

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Was wir wollen ab Seite 8

Interview: **Menschen vor Kapital stellen**

Bernhard Achitz, ÖGB, zu den Forderungen an eine künftige Regierung 8

Schwerpunkt: **Teures Pflaster Österreich**

Die Lebenshaltungskosten dürfen nicht weiter steigen 22

Wir sind Europa: **Betriebsrätin in Ungarn**

Ein Bericht vom SOZAK-Auslandspraktikum in unserem Nachbarland 41



Schwerpunkt:

- | | |
|---|-----------|
| Gewerkschaft und Parlament | 12 |
| In der österreichischen Gesetzgebung ab 1945 spielten GewerkschafterInnen lange eine wichtige Rolle. | |
| Weil wir es uns wert sind | 14 |
| Öffentliche Zusatzausgaben in sinnvollen Bereichen, finanziert durch Reichensteuern, erhöhen den budgetpolitischen Spielraum. | |
| Wenn ich mir was wünschen darf ... | 16 |
| Bald wählen die ÖsterreicherInnen ein neues Parlament. Die Forderungen der ArbeitnehmerInnen an die kommende Regierung. | |
| Stabiles Netz | 18 |
| Von Investitionen in soziale Infrastruktur profitiert letztendlich auch der österreichische Arbeitsmarkt. | |
| Gleich und gleicher | 20 |
| Die Gleichstellung humpelt voran. Da heißt es dranbleiben, damit Frauen genauso gute Chancen wie Männer haben. | |
| Faire Preise – leistbares Leben | 22 |
| Immer weniger ArbeitnehmerInnen kommen mit ihrem Einkommen aus. Vor allem die Fixkosten steigen stark. | |
| Nachhaltige Verantwortung gefragt | 26 |
| In der Verkehrs- und Umweltpolitik geht es um zukunftsfähige Rahmenbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen. | |
| Investieren statt auspressen | 28 |
| Wenn Regeln wichtiger werden als das Engagement der ArbeitnehmerInnen, führt das zur Dequalifizierung der Arbeitsplätze. | |
| Der nicht so kleine Unterschied | 30 |
| Kürzere Kündigungsfristen, keine Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfällen. ArbeiterInnen und Angestellte sind rechtlich nicht gleich. | |
| Generation Pflege | 32 |
| Immer mehr Menschen in Österreich sind pflegebedürftig und das ist oft eine Belastung für alle Betroffenen. | |
| Migration: Gekommen, um zu bleiben | 34 |
| Österreich hat einen der höchsten Migrationsanteile in der EU. Ohne Reformen ist der soziale Zusammenhalt gefährdet. | |
| Bildung geht weiter | 36 |
| Bildung ist ein wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche, kulturelle und demokratiepolitische Entwicklung eines Landes. | |

Arbeitslosigkeit und autoritäre Wende – Europa geht anders! 38

Mehr Demokratie und ein Verschieben der Kräfteverhältnisse in der EU ist notwendig.

Wir wollen Zusammenarbeit ... 40

SOZAK-Auslandspraktikum-Teilnehmerin Szilvia Leisser hat in Ungarn die Gewerkschaftsarbeit der MSZOSZ kennengelernt.

Arbeitssituation im weltweiten Fokus 42

Menschenwürdige Arbeit als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben ist das Anliegen von „weltumspannend arbeiten“.

Interview:**ArbeitnehmerInnen ins Parlament 8**

Bernhard Achitz über den Wahlkampf und warum es so wichtig ist, dass ArbeitnehmervertreterInnen fürs Parlament kandidieren.

Standards:

Standpunkt: „Haben schon gewählt?“ 4

Veranstaltung: Bürgernaher aktiver Staat 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Nicht zum Vergnügen 11

Zahlen, Daten, Fakten 24

„Wir sind Europa“ 41

Rück-Blog 44

Nicht zuletzt von Markus Marterbauer 45

Man kann nicht alles wissen 46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

blog.arbeit-wirtschaft.at

www.twitter.com/arbeit.wirtschaft

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Wahlfieber

Redaktion intern

„Wir müssen darauf achten, dass die Arbeitslosigkeit möglichst gering ist, die Beschäftigung möglichst hoch und dass die Menschen, die in Österreich beschäftigt sind, von ihrem Verdienst auch leben können“, fordert der leitende Sekretär des ÖGB Bernhard Achitz im Gespräch mit A&W 7/2013 von einer künftigen Regierung.

Mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im Parlament setzt sich der Historiker Paul Dvořák in seinem Aufsatz für das Buch „**Wissenschaft über Gewerkschaft**“ auseinander, aus dem wir

in nächster Zeit unregelmäßig Beiträge für die A&W übernehmen. Dieses Buch wird am **1. Oktober 2013 ab 18.30 Uhr bei einer Podiumsdiskussion in der ÖGB-Fachbuchhandlung, Rathausstraße 21, 1010 Wien** präsentiert. Der Eintritt ist frei. Wir haben für diese Ausgabe die Forderungen, Wünsche und Anliegen der ArbeitnehmerInnen an Parlament und Regierung gesammelt – dazu gehören ein stabiles soziales Netz (S. 18), mehr Gleichstellung (S. 20), faire Preise und ein leistbares Leben (S. 22), nachhaltige Verantwortung (S. 26), Lösungen für die Pfl-

gefrage (S. 32) und vieles mehr. Die Kolumne „Nicht zuletzt“ kommt auch diesmal wieder vom Wirtschaftsexperten Markus Marterbauer. Im „Rück-Blog“ lesen Sie Interessantes aus unserem neuen ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at.

Auch in Zukunft finden Sie uns auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee

Katharina Klee
Chefredakteurin



Standpunkt

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

„Haben schon gewählt?“

Ganz ehrlich: Geht Ihnen der Wahlkampf nicht auch schon auf die Nerven? Surrile Plakate, geschönte Gesichter und Fernsehdiskussionen, die passagenweise von keinem Satiriker dieses Landes an Seltsamkeit zu überbieten wären.

Schlagworte für Österreich

Es geht um Österreich, eindeutig: „Mit sicherer Hand für Österreich, kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz“, versprechen die einen, „Für ein Österreich der Lebensqualität. Für ein Österreich, das Heimat ist“, die nächsten. Andere propagieren Politik der „Nächstenliebe“ und meinen damit: „Österreicher zuerst bei Arbeitsplätzen und im Sozialsystem“. Und wieder andere probieren es mit Humor: „Österreich braucht mehr Bildunk“. Da gibt es auch ein Konzept zur Staatsreform: „Österreich neu bauen“, und ein Milliarden schwerer Teilzeit-Österreicher verkauft „Neue Werte für Österreich“. WTF, ätzt die Internetgemeinde zurück. „Widersprechen. Auch im Parlament“, wollen welche, die schon ein halbes Jahrhundert nicht mehr drin sitzen – und doch fast immer kandidieren. „Freies Wissen. Freie Kultur. Freie Menschen“, fordern jene, die das letzte Mal erstmals dabei waren. „Wir wollen Österreich erneuern“, versprechen die Neuen.

Sie alle haben es mittels der Unterstützung von 2.600 Bürgerinnen und Bürgern bzw. der von drei Nationalratsabgeordneten geschafft, bundesweit bei der 25. Nationalratswahl anzutreten. Von den – erstaunlichen – 900 registrierten Parteien im Land, werden immerhin fünf in ein bis vier Bundesländern auf den Stimmzetteln vertreten sein. „Grüß Gott“, heißt es in Burgenland, Oberösterreich, der Steiermark und Vorarlberg; „Bereit für Österreich!“ In Oberösterreich und Wien lautet das Motto: „Wandel oder es kracht!“ In der Hauptstadt findet man auch die Parole „Kämpfen gegen Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und leeres Börs!“ Für „EU-Austritt und ein besseres Österreich!“ kann man sich in Vorarlberg entscheiden oder seine Stimme jenen geben, die verkünden: „Unser Ziel ist die Gleichberechtigung der Männer.“

Die bereits im Parlament vertretenen Parteien werben nicht nur auf riesigen Plakatwänden um Stimmen, bei österreichweiten Wahlkampftourneen verteilen sie Kulis, Wahlzuckerln und anderes. Sie bekommen auch in TV-Diskussionen Gelegenheit, sich gegenseitig die Skandale und Skandalchen der letzten Jahre vorzuwerfen. Es geht um den Kanzler, hört man immer wieder, und nicht wie bei unseren ebenfalls wählenden Nach-

barn um eine Kanzlerin. Das merkt man auch daran, dass es nur eine Spitzenkandidatin gibt und Frauen auch auf den Plakaten eher nur schmuckes Beiwerk sind. Die Klein- und Kleinstparteien nutzen das Internet und gehen Klinken putzen.

Wahlk(r)ampf

Und da und dort mutiert der Wahlkampf zum Wahlkrampf. Da wird es zum Kreuz mit dem Kreuz am Wahlzettel. Irgendwie kann man manchmal sogar verstehen, dass bei der letzten Nationalratswahl 2008 jede/r fünfte Wahlberechtigte von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht hat. Tendenz steigend – also werden vermutlich auch einige bei der 25. Nationalratswahl am 29. September zu Hause bleiben.

Ich nicht – ich glaube an unsere Demokratie, ich glaube sogar, dass Mitglieder all jener oben zitierten wahlwerbenden Parteien daran glauben, dass sie was verändern wollen, dass sie Wünsche, Forderungen und Visionen haben. Viele von ihnen setzen sich in diesen Wochen mit aller Kraft dafür ein, es ist auch Einsatz für ein demokratisches Österreich. Seit 1907 gilt das allgemeine Wahlrecht für Männer in diesem Land. Seit 1917, also nicht einmal 100 Jahre, das für Frauen. Die Freiheit nehme ich mir und gehe zur Wahl – ich wähle Demokratie!

Bürgernaher aktiver Staat

Anfang September wurde das Buch „Bürgernaher aktiver Staat“ in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags in Wien präsentiert.

„Public Management und Governance“ lautet der Untertitel des Buches „Bürgernaher aktiver Staat“ von Elisabeth Dearing und Helfried Bauer, das im Rahmen einer Podiumsdiskussion am 4. September in der ÖGB-Fachbuchhandlung in der Wiener Rathausstraße präsentiert wurde. Neben Dearing, Leiterin der Abteilung Volkswirtschaft und Wirkungsorientierung im Rechnungshof, und dem Ökonomen Bauer diskutierten auch Ex-Föderalismusminister Heinrich Neisser und der Vorsitzende der Gewerkschaft der

Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB) Christian Meidlinger über zeitgemäße Planung und Steuerung der öffentlichen Aufgabenerfüllung.

Dabei war man sich einig: Sparen gefährdet die Aufgabenerfüllung durch den Staat. Governance-orientiertes Handeln setzt bei den Wirkungen für Bürgerschaft, Wirtschaft und Land an, stimmt die Ziele und Maßnahmen mit den Partnern auf Länder- und Städteebene ab und bemüht sich um Gleichstellung, Fairness und Transparenz.

BUCHTIPP

Helfried Bauer/
Elisabeth Dearing
Bürgernaher aktiver Staat
Public Management und
Governance
ÖGB-Verlag, 2013,
353 Seiten, € 29,90
ISBN 978-3-7035-1527-9



Bestellung:
www.besserewelt.at



Im neu erschienenen Buch werden Begriffe und zentrale Konzepte einer zeitgemäßen Planung und Steuerung der öffentlichen Aufgabenerfüllung erklärt.



Der Experte für Finanzwissenschaft und Public Governance und Buchautor Helfried Bauer führte das interessierte Publikum mit einem Impulsreferat ins Thema ein.



Unter den Interessierten, die an diesem Mittwochabend in die ÖGB-Fachbuchhandlung gekommen waren, befanden sich auch Absolventinnen und Absolventen des Lehrgangs Public Management und Governance.



Elisabeth Dearing war auch Leiterin der Abteilung Verwaltungsentwicklung im Bundeskanzleramt und für die Personalentwicklung des Bundes zuständig.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Paul Dvořák, Astrid Fadler, Georg Feigl, Sonja Fercher, Daniel Flamme, Gudrun Glocker, Susanne Haslinger, Nani Kauer, Harald Kolerus, Szilvia Leisser, Sylvia Leodolter, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Amela Muratovic, Lukas Oberndorfer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, René Schindler, Matthias Schnetzer, Tobias Schweitzer, Irene Steindl, Paul Sturm, Norbert Templ, Petra Völkerer, Gabriele Zgubic

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

www.kollektivvertrag.at

Das neue Kollektivvertrags-Infoportal ist online!

Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die jährlichen Gehalts- und Lohnerhöhungen stehen nicht im Gesetz. Sie werden jedes Jahr von den Gewerkschaften mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ausverhandelt und in den Kollektivverträgen festgeschrieben. Pro Jahr werden über 450 Kollektivverträge verhandelt. Das System hat sich bewährt, knapp 98 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in Österreich sind von Kollektivverträgen erfasst. Damit die ArbeitnehmerInnen

ihren Kollektivvertrag auch leichter im Internet finden, macht der ÖGB mit dem neuen Kollektivvertrags-Infoportal erstmals sämtliche Kollektivverträge der Öffentlichkeit zugänglich. Das KV-Portal enthält die aktuellsten und wichtigsten Informationen rund um Kollektivverträge und bietet allen Interessierten eine rasche Übersicht über die wichtigsten Informationen.

Alle Informationen unter:

www.kollektivvertrag.at

Allianz „Wege aus der Krise“:

Wahlkompass 2013

Das Zukunftsbudget im Parteiencheck.

Österreich wählt! Aber welche Wahl haben wir eigentlich? Wie stehen die Parteien zu Vermögenssteuern? Wie zu einer ökologischen Steuerreform? Wie zu Ausbau der Pflege oder einer Arbeitszeitverkürzung? Welche Parteien nehmen die Vorschläge der Zivilgesellschaft ernst? Und wie können sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Konzepte umgesetzt werden?

Die Allianz „Wege aus der Krise“ hat mit Blick auf die Nationalratswahlen 2013 die bundesweit kandidierenden Parteien zu deren Positionen und Vorschlägen rund um das Thema Steuerreform und Zukunftsinvestitionen befragt. Der Fragenkatalog basiert auf den Eckpfeilern des zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets, welches die Allianz seit 2010 jedes Jahr erstellt. Mit Ausnahme von FPÖ und Team Stronach haben alle Parteien geantwortet.

Der Wahlkompass gibt Wählerinnen und Wählern einen gesammelten Überblick über die Vorschläge und Visionen der Parteien rund um das Thema Zukunftsinvestitionen u. a. in Bildung, Pflege, öffentlichen Verkehr oder Energiewende. Ebenso abgefragt wurden die Positionen im Hinblick auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Steuerreform und auf eine Demokrati-

sierung des Budgetprozesses. Der Wahlkompass ist entlang dieser drei Blöcke aufgebaut. Die Antworten können entweder in Form eines Parteienvergleichs zu den jeweiligen Fragen abgerufen werden oder für jede Partei einzeln.

Den Wahlkompass findet man unter:

tinyurl.com/o8y2cy8

„Wege aus der Krise“ ist eine Zusammenarbeit von elf verschiedenen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie entwickelt seit 2010 das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“, das nun schon zum dritten Mal in aktueller Form aufgelegt wurde. Darin werden alternative Wege aus der Krise vorgestellt, die solidarisch, ökologisch nachhaltig und demokratisch sind. Die Allianz besteht aus: Attac Österreich, Armutskonferenz, GdG-KMSfB, GLOBAL 2000, GPA-djp, Greenpeace, Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, ÖH – Österreichische HochschülerInnenschaft Bundesvertretung, Produktionsgewerkschaft PRO-GE, SOS Mitmensch und Lebensgewerkschaft vida.

Das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“ 2013 zum Download:

tinyurl.com/q4zbad6html

Arbeitsklima-Index:

Die besten Berufe Österreichs

Manche Beschäftigte fühlen sich in ihrem Beruf weniger glücklich.

In welchen Berufsgruppen sind die ÖsterreicherInnen am zufriedensten? Den höchsten Indexwert und damit eine Top-3-Platzierung erreichen Büroangestellte ohne Kundenkontakt (118), GeschäftsführerInnen (117) und Bankangestellte (116). Am anderen Ende der Skala sind BauarbeiterInnen (94), BerufskraftfahrerInnen (97) und Reinigungskräfte (98) zu finden – sie sind am wenigsten zufrieden.

Was zeichnet nun einen guten Job aus? Die Werte der folgenden Subdimensionen der einzelnen Berufe geben darüber gut Auskunft. Die signifikantesten Unterschiede zeigen sich bei körperlichen Belastungen: In der Kategorie „Physischer Stress“ erreichen BauarbeiterInnen einen Wert von 58 Punkten, BerufskraftfahrerInnen 39 Punkte und Reinigungskräfte immer noch 20 Punkte. Bei den am besten bewerteten Berufen

hingegen liegt der Wert nur bei vier bis acht Punkten. Alarmierend: Rund die Hälfte der BauarbeiterInnen fühlt sich durch schlechte Gesundheitsbedingungen sowie Unfall- und Verletzungsgefahr ziemlich oder stark belastet!

Auch sehr auffällig ist die Belastung aufgrund fehlender sozialer Einbindung: Acht Prozent der BauarbeiterInnen, sieben Prozent der Reinigungskräfte und 16 Prozent der BerufskraftfahrerInnen leiden in ihrem Beruf unter Einsamkeit und Isolation, aber nur ein Prozent der Bank- und Büroangestellten bzw. GeschäftsführerInnen.

Gute Jobs werden auch durch die Vorgesetzten geprägt: Mit dem Führungsstil sind 84 Prozent der Büroangestellten, aber lediglich 59 Prozent der BauarbeiterInnen zufrieden. Auch die subjektiven Zukunftsperspektiven gestalten sich höchst unterschiedlich.

Mehr als zwei Drittel in den Top-3-Berufen sind mit ihren Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten zufrieden – aber gerade etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten in den Jobs mit niedriger Zufriedenheit.

Selbst für UnternehmensberaterInnen ist die Frage, ob sich Beschäftigte vorstellen können, noch einmal in der gleichen Firma anzufangen, ein guter Indikator für das Betriebsklima. Für mehr als 80 Prozent der Büro- und Bankangestellten und GeschäftsführerInnen ist das sehr gut vorstellbar. Trist schaut es hingegen in der anderen Gruppe aus: 37 Prozent der BerufskraftfahrerInnen, 48 Prozent der Reinigungskräfte und sogar mehr als die Hälfte der BauarbeiterInnen sagen: Selber Betrieb, nein danke!

Mehr Info unter:
tinyurl.com/nhsxvc9

„Big Data“ – Die Revolution, die unser Leben verändert

Viktor Mayer-Schönberger im Gespräch mit Peter Huemer

Professor Viktor Mayer-Schönberger (*1966) ist ein österreichischer Jurist, Hochschullehrer und Autor. 1986 gründete er die Software-Firma Ikarus mit Entwicklungsschwerpunkt in Datensicherheit und entwickelte „Virus Utilities“, eines der am meisten verkauften österreichischen Software-Produkte. Im Rahmen des Wiener Stadtgesprächs wird Peter Huemer mit ihm über das Internet und seine Bedeutung für die Gesellschaft sprechen.

Nach einem Master-Studium an der Harvard Law School promovierte er 1991 in Salzburg zum Doktor der Rechtswissenschaften. 1992 graduierte er zum Master of Science an der London School of Economics and Political Science. 1999 übernahm er eine Professur an der Harvard Kennedy School, aktuell ist er am Oxford Internet Institute tätig.

Sein letztes Buch „Delete“, in dem er das „Recht auf Vergessen werden“ in digitalen Zeiten propagiert, wurde in mehrere Sprachen übersetzt und vielfach ausgezeichnet. In seinem neuesten Buch „Big Data“ beschäftigt sich Mayer-Schönberger mit den gesellschaftlichen Folgen der systematischen und kommerziellen Nutzung von Daten im Internet, er gilt als einer der international anerkanntesten Experten auf diesem Gebiet.

big-data-book.com/on-the-book

Der internationale Bestseller „Big Data“ wird am 1. Oktober 2013 exklusiv und erstmals in seiner deutschen Übersetzung vor Ort erhältlich sein.

Dienstag, 31. Oktober 2013, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter.

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten

Telefon 01/501 65-2882

stadtgesprach@akwien.at

Mehr Infos: www.wienerstadtgesprach.at/aktuell

**w i e n e r -
s t a
d
t g e s p r ä
c h**

ArbeitnehmerInnen ins Parlament

Der Leitende Sekretär des ÖGB, Bernhard Achitz, über die Forderungen der ArbeitnehmerInnenvertretungen an Nationalrat und künftige Regierung.

ZUR PERSON

Mag. Bernhard Achitz



Grundsatz und Organisation
Leitender Sekretär des ÖGB
Geboren am 20. Juli 1965
in Wien
Erlerner Beruf: Jurist

Ausbildung:

1983–1990 Jus-Studium in Wien
1990–1991 Gerichtsjahr

Berufliche Laufbahn:

1991–1997 Mitarbeiter in der Sozialpolitischen
Abteilung der Arbeiterkammer Wien

Gewerkschaftliche Funktionen:

1997–2007 Leiter des Referates für Sozialpolitik
des ÖGB
Seit 1/2008 Leitender Sekretär des ÖGB für Grundsatz
Seit 10/2012 Leitender Sekretär des ÖGB für Grundsatz
und Organisation
Seit 2. Juli 2009 Mitglied des ÖGB-Vorstands

Weitere Funktionen:

Seit 2006 erster stellvertretender Vorsitzender
des Verbandsvorstandes im Hauptverband
der Österreichischen Sozialversicherungsträger

Arbeit&Wirtschaft: „Was wir wollen“ lautet der Titel der kommenden A&W – wir haben darin Sorgen der ArbeitnehmerInnen und die daraus resultierenden Wünsche an eine künftige Regierung zusammengetragen. An dich als Leitender Sekretär im ÖGB nun die Frage: Was wollen wir gar nicht von einer künftigen Regierung?

Bernhard Achitz: Wir wollen auf keinen Fall, dass die Interessen der Wirtschaft vor die Interessen der ArbeitnehmerInnen gestellt werden, dass die Interessen des Kapitals vor den Interessen der Menschen kommen. Das können wir nicht tolerieren.

Wir haben es ja jetzt leicht mit unseren Forderungen an eine zukünftige Bundesregierung, weil wir erst im Juni einen ÖGB-Kongress hatten, wo wir ein tolles Forderungsprogramm bzw. ein Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre formuliert und einstimmig über Fraktionsgrenzen hinweg beschlossen haben. Auf der Basis dieses Arbeitsprogramms sind wir nun dabei, gemeinsam Forderungen für die neue Bundesregierung zu erarbeiten. Diese werden relativ bald nach den Wahlen dem ÖGB-Bundesvorstand vorgelegt und der wird sie beschließen.

Team Stronach hat sich ja in der Anfangsphase des Wahlkampfes auf die Gewerkschaften als „Bremsen und Blockierer“ eingeschossen. Die NEOs wollen den „Kammerzwang“ abschaffen. Viel Gegenwind?

Diese Diskussion gibt es immer wieder. Ich denke nur daran, dass es einmal eine Abstimmung gebraucht hat, um die Politik zu überzeugen, dass gesetzliche Interessenvertretungen notwendig sind – 1996.

Ich glaube, die Erfolgsbilanz spricht für sich, wenn man schaut, wie Österreich durch die Krise gekommen ist und wie andere Staaten durch die Krise gekommen sind. Wenn man analysiert,

warum das so ist, dann hat die Sozialpartnerschaft durchaus eine bedeutende Rolle bei der positiven Bewältigung der Probleme eingenommen.

Diese sollte auf jeden Fall erhalten bleiben, und ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass in Österreich die Maßnahmen zur Krisenbewältigung und nachher auch zur Bewältigung der Finanzprobleme, die die Krise hinterlassen hat, ausgewogen waren und nicht alle auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen wurden wie in anderen Staaten.


Das hat dazu geführt, dass die Kaufkraft der österreichischen ArbeitnehmerInnen nicht – wesentlich – kleiner geworden ist. So ist das Steuereinkommen konstant geblieben, der Sozialstaat blieb finanzierbar. In vielen anderen Staaten, in denen man über die Gewerkschaften „drüber gefahren“ ist und Kürzungen im Sozialsystem durchgeführt hat, ist das nicht passiert.

Ich glaube, auf diese Politik müssen wir weiter setzen, denn sie ist nicht nur im Sinne der ArbeitnehmerInnen und im Sinne der Menschen, sondern sie ist auch im Sinne des Wirtschaftsstandorts.

Welche Rolle übernimmt der ÖGB im Wahlkampf?

Der ÖGB selbst bringt sich in den Wahlkampf nicht ein. Wir vertreten gegenüber allen Parteien die Interessen der ArbeitnehmerInnen.

Wenn Vorschläge kommen, die im Sinne der ArbeitnehmerInnen sind, so unterstützen wir das und wenn Vor-



Wir wollen auf keinen Fall, dass die Interessen der Wirtschaft vor die Interessen der ArbeitnehmerInnen gestellt werden, dass die Interessen des Kapitals vor den Interessen der Menschen kommen. Das können wir nicht tolerieren.

schläge kommen, von denen wir überzeugt sind, dass sie die ArbeitnehmerInnen zusätzlich und unsachlich belasten, dann kritisieren wir das. Insofern kommen wir unserer Rolle auch in Wahlkampfzeiten nach, aber ansonsten mischen wir uns in den Wahlkampf nicht ein. Betrachtet man aber die Fraktionen im ÖGB, schaut das anders aus – die stellen auch Kandidatinnen und Kandidaten und unterstützen die jeweiligen Parteien.

Es gab ja vor Jahren die Diskussion über „GewerkschafterInnen im Parlament“ – wir haben einen Artikel von Paul Dvořák zu diesem Thema im Heft. Warum sind GewerkschafterInnen im Parlament wichtig?

Ganz einfach: Im Parlament sitzen InteressenvertreterInnen. Jeder, der sich ins Parlament wählen lässt, vertritt Interessen einer bestimmten Gruppe, auch einer bestimmten Gruppe in einer bestimmten Region.

Es müssen auch die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Parlament vertreten werden. Diese sind im Verhältnis eher unterrepräsentiert. Die Forderung müsste eigentlich sein: Viel mehr InteressenvertreterInnen der ArbeitnehmerInnen ins Parlament. Und zwar in allen Parteien.

Die UnternehmerInnen, die im Parlament sitzen, vertreten beinahe UnternehmerInnen-Anliegen, Bäuerinnen und Bauern die Anliegen der Landwirtschaft – und das ist alles legitim. Daher muss es auch legitim sein, dass Menschen, die es sich zum Beruf gemacht

haben, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu vertreten, fürs Parlament kandidieren und dass Menschen, die sich als Betriebsrätinnen und Betriebsräte, als PersonalvertreterInnen engagieren sowie Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionäre auch ins Parlament gewählt werden.

Unser Heft ist voll mit Anliegen der ArbeitnehmerInnen aus den verschiedensten Bereichen. Was sind dem ÖGB die drei wichtigsten?

Wenn man es auf drei Punkte beschränken soll, muss man die drei Punkte relativ weit fassen.

Punkt Eins: Schlüssel zur Finanzierung des Sozialsystems aber auch für Steuereinnahmen ist eine hohe Beschäftigung. Und zwar eine hohe Beschäftigung mit guter Bezahlung und guter sozialer Absicherung.

Wir müssen darauf achten, dass die Arbeitslosigkeit möglichst gering ist, die Beschäftigung möglichst hoch und dass die Menschen, die in Österreich beschäftigt sind, von ihrem Verdienst auch leben können. Und entsprechend auch Beiträge zum Sozialsystem leisten und Steuern zahlen. Dafür soll man alles tun, was nur möglich ist: Die Arbeitsfähigkeit der Menschen erhalten, ihnen eine gute Ausbildung mitgeben, denn dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie beschäftigt werden.

Zweiter großer Punkt und eine ganz, ganz wichtige Zukunftsfrage ist Bildung. Und zwar sehr gesamtheitlich betrachtet, von der Ausbildung der ganz Kleinen im Kindergarten über die

Schule zu den Universitäten. Aber auch die Ausbildung und Weiterbildung wenn man schon im Berufsleben steht, die Anerkennung von Lehrabschlüssen als gleichwertige Alternative zu einer schulischen Ausbildung, zu einer Matura. Qualitätssicherung in der Lehre, wenn möglich breiter Zugang zu den Universitäten und dergleichen.

Drittens, würde ich sagen, die Frage der Steuergerechtigkeit, denn wenn man sich anschaut, wer für das Steuereinkommen in diesem Land sorgt, dann sind das zum Großteil die ArbeitnehmerInnen. Und die, die ihr Geld für sich arbeiten lassen, tragen wenig bis gar nichts dazu bei. Das sollte sich ändern, da müssen Schritte gesetzt werden, um Arbeitseinkommen zu entlasten und von jenen einen gerechteren Beitrag zu bekommen, die auf Kapitaleinkünfte setzen.

Wir brauchen also mehr vermögensbezogene Steuern. Außerdem muss das Steuersystem ökologischer gestaltet werden. Dazu gehört, dass Firmen, die die Umwelt stärker belasten als der Branchendurchschnitt, mehr zahlen – und die, die sauberer arbeiten, zahlen weniger Steuern. Bei allen Ökosteuern werden wir aber darauf schauen, dass den sozial schwächeren Menschen die Mehrbelastungen ausgeglichen werden.

Für sie fordert der ÖGB übrigens auch, dass mehr Netto vom Brutto übrig bleibt. Tarifstufen und Freibeträge sollen an die Inflation angepasst werden, damit die jährlichen Lohnerhöhungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern landen und nicht beim Finanzamt.

BUCHTIPP

Kotanko, Christoph (Hg.):
Die Qual der Wahl
 Die Programme der Parteien
 im Vergleich
 Czernin, 2013,
 368 Seiten, € 19,90
 ISBN: 978-3-7076-0468-9

**Bestellung:**

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
 Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Wird das Thema angenommen?

Da haben wir gerade als Gewerkschaftsbewegung ganz gute Aufklärungsarbeit geleistet. Wir hatten ja vor einigen Jahren den Schwerpunkt „Fair teilen“. Da haben wir auf die ungleiche Belastung der ArbeitnehmerInnen im Vergleich zu den Wohlhabenden aufmerksam gemacht, haben auch die Zahlen ins richtige Licht gestellt und haben – ich glaube auch sehr gut – klargemacht und transportieren können, dass eine Vermögenssteuer, die bei 700.000 Euro oder einer Million ansetzt, eine Arbeitnehmerin, einen Arbeitnehmer nicht belastet.

Die müssten nämlich 40 Jahre sparen, sich nichts leisten, um nur in die Nähe eines solchen Vermögens zu kommen. Diese Forderungen wurden dann schon auch im Zuge der Finanzkrise vermehrt aufgegriffen. Da wurde ja offensichtlich, dass durch Spekulationen und durch Menschen, die gemeint haben, sie lassen ihr Geld für sich arbeiten, diese Krise verursacht wurde.

Es ist immer wieder von Politikverdrossenheit die Rede und um ehrlich zu sein, wundert mich das angesichts der täglichen Nachrichten nicht besonders. Seit Jahren geht die Wahlbeteiligung zurück – die IG Metall ruft im Internet mit einem originellen Spot „Geh wählen“ auf, zur Wahl zu gehen – ist so etwas bei uns vorstellbar?

Es wird sicher diverse Wahlaufrufe geben, aber daran ist – noch – nicht gedacht. Eine hohe Wahlbeteiligung ist

aber ein Zeichen für eine aktiv funktionierende Demokratie und wir hoffen schon, dass die ArbeitnehmerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Wie weit nimmst du in deiner Umgebung Politikverdrossenheit wahr?

Eigentlich weniger, aber meine Wahrnehmung ist da eine eher selektive, weil ich genau mit jenen Leuten zusammentreffe, die sich eher für Politik interessieren und das auch diskutieren wollen.

Das sind die zweiten Nationalratswahlen, bei denen junge Menschen ab 16 Jahren wählen dürfen – was hältst du davon?

Das ist sicher gut und wichtig, weil sich die Politik dann automatisch auch um diese WählerInnengruppe und damit um deren Interessen mehr kümmern muss.

Du darfst ja schon eine Zeit lang wählen. Wie haben sich die Wahlkämpfe verändert?

Das Fernsehen wird immer wichtiger. Was auffällt ist, dass diesmal sehr, sehr viele Fernsehkonfrontationen stattfinden. Aber im Bereich der Gewerkschaftsbewegung ist der persönliche Kontakt nach wie vor ausschlaggebend und ich finde es gut, dass PolitikerInnen versuchen, mit ArbeitnehmerInnen in Kontakt zu kommen und auf diversen Veranstaltungen für Diskussionen zur Verfügung zu stehen. Das stärkt die Sache der ArbeitnehmerInnen und das ist immer gut.

Auch in Deutschland wird bald gewählt. Lassen sich die Wahlkämpfe in Deutschland und Österreich überhaupt vergleichen?

In Deutschland ist es vom Einfluss der Gewerkschaften her anders, weil den Deutschen ein starker Dachverband fehlt, der den politischen Einfluss der Gewerkschaftsbewegung fokussiert und an der richtigen Stelle einbringen kann – es ist im Ergebnis anders, denn viele Fehler in der Reform eines Sozialsys-

tems, die in Deutschland passiert sind, sind uns in Österreich erspart geblieben, obwohl sie auch in Österreich verlangt worden sind.

Wir haben z. B. in der Krankenversicherung keinen Umstieg von einer Pflichtversicherung auf eine Versicherungspflicht gemacht; die Deutschen haben jetzt erkannt, dass es ein Fehler war, den sie nicht mehr rückgängig machen können.

Wir haben kein Hartz IV, sondern eine, glaube ich, sehr gut funktionierende Mindestsicherung und wir sind auch im Pensionssystem andere und für die ArbeitnehmerInnen wohl bessere Wege gegangen: Keine Erhöhung des Eintrittsalters, sondern auf Gesundheitsmaßnahmen setzen und Beschäftigung Älterer.

Kannst du dich noch an deine erste Wahl erinnern?

Wenn mich nicht alles täuscht, war das der Vorzugsstimmenwahlkampf von Josef Cap.

Seitdem irgendwann nicht gewählt?

Nein – immer.

Ist Wählen etwas Besonderes für dich?

Ich lasse keine Wahl aus, insofern ist es nichts Besonderes – es ist ein Teil der Demokratie. Das macht man, das nimmt man wahr. Ich bin froh, dass ich wählen gehen darf und das tu ich auch.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.bundeskongress.at

IG-Metall-Spot:

www.youtube.com/watch?v=uy1af0A2Bn0

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Redaktion
aw@oegb.at

Nicht zum Vergnügen

Seit GewerkschafterInnen Politik machen, müssen sie immer wieder erklären, warum das im Interesse der ArbeitnehmerInnen nützlich ist.

1907 zogen Gewerkschafter erstmals in einen Wahlkampf und eroberten Abgeordnetenmandate für das Parlament. 1918 – als Österreich Republik und eine echte Demokratie geworden war – übernahm ein Gewerkschafter erstmals auch ein Regierungsamt. Der vor 90 Jahren früh verstorbene **Ferdinand Hanusch**, Organisator der TextilarbeiterInnen, während des Ersten Weltkriegs Vorsitzender der Reichskommission der Freien Gewerkschaften und ab 1907 Parlamentsabgeordneter, legte als Staatssekretär für Soziales die Fundamente des österreichischen Sozialstaats.

Heute wird diese Leistung auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung (fast) uneingeschränkt anerkannt, aber viele Zeitgenossinnen und -genossen sahen Hanuschs Rolle kritisch. Sie meinten, er würde zu viele Kompromisse schließen und damit die Interessen der ArbeitnehmerInnen „verraten“. Beim Gewerkschaftskongress 1919 antwortete Hanusch diesen KritikerInnen: ... *ich weiß ganz gut die Grenzen der Sozialpolitik abzuschätzen. ... Ich verkenne auch nicht, dass manches der Gesetze und Vollzugsanweisungen der Kritik nicht ganz standhalten kann. Aber vergessen Sie nicht die Tatsache, dass wir eine Koalition haben ... Ich kann nichts machen, wenn das, was die Genossen in den Gewerkschaften beschließen, im Kabinettsrat eingeschränkt wird. ... [Wir] müssen eben herauschinden, was*

wir können ... ich sage, jeder wäre dumm, wenn er nicht alles, was er kann im Interesse seiner Klasse ausnützen würde. Zum Vergnügen sitze ich nicht im Staatsamt; wenn ich nichts für die Arbeiterklasse tun könnte, würde ich noch heute demissionieren.

Die Diskussion darüber, ob es gut oder zumindest nützlich ist, wenn sich GewerkschafterInnen aktiv in die Politik einmischen, riss nie ganz ab – außerhalb und innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Auch an die Kandidatinnen und Kandidaten für den ÖGB-Vorstand, die ein Landtags- oder Nationalratsmandat ausüben, wurden beim Bundeskongress 2013 Fragen nach der Vereinbarkeit von politischer und gewerkschaftlicher Funktion gestellt. Die Statements fielen eindeutig aus – in der Sprache des 21. Jahrhunderts, aber in der Haltung unverändert, seit Hanusch sein politisches Engagement erklärte, weil ja das Thema unverändert aktuell ist. Zwei Kollegen seien hier stellvertretend zitiert. Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gemeindebediensteten und Wiener Landtagsabgeordneter: *Jeden Tag in der Früh möchte ich mich in den Spiegel schauen können, und ich weiß, wo ich hingehöre: zur Gewerkschaft.* Und Nationalratsabgeordneter Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp und der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen: *Die entscheidende Frage am Schluss ist:*



© Bildarchiv des ÖGB.

Ferdinand Hanusch im Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus des Reichsrats der Monarchie 1911. Als Parlamentarier sah er seine Aufgabe darin, Sprachrohr der gesamten Arbeiterschaft zu sein.

Kann ich noch mehr umsetzen oder muss ich mehr abrücken? Solange ich das Gefühl habe, dass ich noch mehr umsetzen kann, ist es gut, so glaube ich, dass wir mit dabei sind. Wenn ich das Gefühl hätte, das ist nicht mehr der Fall, würde ich mein Mandat sofort zurücklegen.

Zusammengestellt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Gewerkschaft und Parlament

In der österreichischen Gesetzgebung ab 1945 spielten GewerkschafterInnen lange eine wichtige Rolle. Das sollte in Zukunft wieder der Fall sein.

Paul Dvořák
Historiker

In den vergangenen Jahren wurden Stimmen lauter, die den Rückzug von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus dem Parlament forderten. Einmal wird als Grund dafür Unvereinbarkeit genannt, ein anderes Mal heißt es, scheinbar wohlmeinend, es wäre „besser für den ÖGB“, würden seine SpitzenvertreterInnen keine Mandate ausüben. Die Freiheitliche Partei (FPÖ) verlangte sogar einmal entsprechende gesetzliche Regelungen.¹ Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Tätigkeit derer, deren Entfernung aus dem relevanten Entscheidungsgremium da gefordert wird, ist bisher kaum bis gar nicht erfolgt. Mein Beitrag in „Wissenschaft über Gewerkschaft“ setzt sich das Ziel, diese Lücke zumindest in Ansätzen zu schließen. Ausgehend von den Stenographischen Protokollen des österreichischen Nationalrates wird der Versuch unternommen, die Frage „Was tun GewerkschafterInnen im Parlament?“ zu beantworten.

Dass das nach 1945 in Österreich praktizierte System des Interessenausgleichs, die „Sozialpartnerschaft“, das Parlament in seiner Bedeutung einschränkt, ist eine häufig anzutreffende Meinung. Für den Politikwissenschaftler Anton Pelinka stellt sie sogar die „Anti-These zum Parlamentarismus“ dar.² Der Sozialphilosoph Norbert Leser spricht den Mandatarinnen und Mandataren aus den Bereichen der Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände eigenständige Kompetenz ab: Die von dort kommenden Abgeordneten seien, im Unter-

schied zu den anderen Mandatarinnen und Mandataren, keine „Persönlichkeiten“, sondern verdankten ihr Mandat der „Rückendeckung ihrer Organisationen, [...] nicht ihren Qualitäten“.³ Dass die tatsächliche Aktivität der ArbeitnehmervertreterInnen eine solche Behauptung nicht stützt, ist eine der Hauptthesen, die sich aus der Analyse der parlamentarischen Quellen ergeben.

Bedeutende Beiträge

Die GewerkschafterInnen im Nationalrat leisteten oft die bedeutendsten Beiträge zur parlamentarischen Arbeit. Die Sozialpolitik der Zweiten Republik wurde nicht nur über Sozialpartnervereinbarungen, sondern auch und vor allem auf parlamentarischer Ebene von GewerkschafterInnen „gemacht“. Der Großteil der Sozialausschussmitglieder waren ArbeitnehmervertreterInnen und seit 1945 waren alle Vorsitzenden des Sozialausschusses SP-GewerkschafterInnen. Bei nahezu allen Weichenstellungen in der Sozialpolitik drückten ArbeitnehmervertreterInnen den Gesetzen ihren Stempel auf. Sie waren es vornehmlich, die die Ausschussberatungen und die darauf folgenden Debatten im Plenum führten. Ebenso, wenn auch weniger dominant, machte sich ihr Einfluss in Fragen der Wirtschafts-, Frauen- und Bildungspolitik bemerkbar. Genannt seien hier nur die Stichworte Verstaatli-

¹ Vgl. Sozialpartner aus dem Parlament: Empörung über Vorstoß Riess-Passers, Die Presse, 14.7.2001, tinyurl.com/mzmlhtn (abgerufen am 16.3.2013).

² Pelinka, Anton (1986): Sozialpartnerschaft und Interessenverbände (Politische Bildung 52/53), Wien.

³ Vgl. Leser, Norbert: Kommentar der Anderen, Die Presse, 11.8.2001.

INFO & NEWS

Der Artikel fasst Paul Dvořáks Aufsatz „Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung in Österreich“ aus dem zum ÖGB-Kongress 2013 erschienenen Band „Wissenschaft über Gewerkschaft“ zusammen. Hier setzen sich WissenschaftlerInnen verschiedener Fachrichtungen mit Positionen über und von Gewerkschaften im Lauf ihrer Entwicklung auseinander und fragen nach der Rolle der Gewerkschaft im 21. Jahrhundert. Arbeit&Wirtschaft wird Kurzfassungen wichtiger Beiträge in unregelmäßigen Abständen publizieren.



chungsgesetze, Arbeitszeitgesetzgebung, Sozialversicherung, Arbeitsverfassung oder Schulorganisationsgesetz. Der Beitrag, den sie leisteten, war also ein beachtlicher.

Haltung der Parteien

Auf parlamentarischem Boden spielten die ArbeitnehmervertreterInnen erst im Klub der Sozialistischen, dann in jenem der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) die bedeutendste Rolle und in den 1970er-Jahren erreichte ihr Einfluss seinen Höhepunkt. Hier waren GewerkschafterInnen diejenigen, die die Haltung der Partei in Sozialfragen, in Fragen der Wirtschafts- und Industriepolitik und immer öfter in budgetpolitischen Belangen vertraten. Die ArbeitnehmerInnen aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) waren dagegen vergleichsweise schwach.



Ein dauerhafter Rückzug von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie parteiintegrierten Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern aus dem Parlament würde bedeuten, dass die Gewerkschaftsbewegung jegliche Hoffnung aufgegeben hat, die Berücksichtigung von ArbeitnehmerInneninteressen durch ihre Parteien und damit in der Gesetzgebung durchzusetzen.

Während der Debatte zu dem so bedeutenden Arbeitsverfassungsgesetz war es etwa für die ÖVP selbstverständlich, als Hauptredner den Präsidenten der Wirtschaftskammer **Rudolf Sallinger** zu nominieren, während bei der SPÖ ausschließlich GewerkschafterInnen sprachen. Dies entsprach dem Selbstverständnis und der Konzeption der ÖVP, eben keine „Klassenpartei“ zu sein und das gesamte „Volk“ zu vertreten.

Rückentwicklung nach 1980

Ab den 1980er-Jahren änderte sich jedoch die Zusammensetzung der Fraktionen im Parlament. Erstens kandidierten tendenziell weniger ArbeitnehmervertreterInnen und überhaupt InteressenvertreterInnen für den Nationalrat. Zweitens kam es zu gravierenden Veränderungen innerhalb der stark reduzierten Gruppe der ArbeitnehmervertreterInnen. Während bisher fast alle wichtigen Vorsitzenden der Teilgewerkschaften Abgeordnetenmandate (meist für die SPÖ) innehatten, bestimmten nun weniger prominente GewerkschafterInnen und leitende Angestellte der Arbeiterkammern das Bild. Die einzig verbleibenden beziehungsweise „nachbesetzten“ SpitzengewerkschafterInnen im Nationalrat waren nach der politischen Wende 1999/2000 ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, der Metallvorsitzende Rudolf Nürnberger als Repräsentant der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion, ÖGB-Frauvorsitzende Renate

Csörgits sowie Rainer Wimmer, 2004 bis 2006 Vorsitzender der Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss. Alle vier hatten Mandate der zu diesem Zeitpunkt oppositionellen SPÖ, während der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Fritz Neugebauer ab 2002 ein ÖVP-Mandat ausübte. Im Jahr 2006 entschied die SPÖ, dass Gewerkschaftsvorsitzende und der ÖGB-Präsident nicht mehr als Kandidaten für sie antreten sollten, ein Beschluss, der allerdings schon 2008 wieder zurückgenommen wurde. Damit konnte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier und der FSG Wolfgang Katzian in den Nationalrat einziehen und der steirische Abgeordnete Josef Muchitsch zum Vorsitzenden der Gewerkschaft Bau-Holz gewählt werden, ohne sein Mandat niederlegen zu müssen.

Gegentrend notwendig

Ein dauerhafter Rückzug von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie parteiintegrierten Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern aus dem Parlament würde bedeuten, dass die Gewerkschaftsbewegung jegliche Hoffnung aufgegeben hat, die Berücksichtigung von ArbeitnehmerInneninteressen durch ihre Parteien und damit in der Gesetzgebung durchzusetzen. Internationale Erfahrungen zeigen nämlich deutlich die Notwendigkeit für Gewerkschaftsorganisationen, in den nationalen Parlamenten vertreten zu sein.⁴ Auch angesichts stagnierender oder sinkender Mitgliederzahlen ist es für Gewerkschaften notwendiger denn je, über ihre „Kernkompetenz“ der Kollektivver-

trags- und Lohnverhandlungen hinaus in der Gesellschaft präsent und verankert zu sein. Der Sozialphilosoph **Oskar Negt** vertritt die These, dass sie ihren „Kampf um Anerkennung und würdige Lebensbedingungen“ nicht ohne „Erweiterung des kulturellen und politischen Mandats“ erfolgreich fortführen könnten.⁵ Folgt man dieser Argumentation, sind das Engagement und die Arbeit von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in den Parlamenten heute wichtiger denn je. Ein Gegenteil zu dem sich seit den 1990er-Jahren abzeichnenden relativen Bedeutungsverlust der ArbeitnehmervertreterInnen in der parlamentarischen Arena wäre im ArbeitnehmerInneninteresse erforderlich. Denn was ein in den Schaltzentralen der Macht verankerter ÖGB nicht erreichen kann, kann ein freiwillig-unfreiwillig aus diesen Zentren der Macht entfernter ÖGB schon gar nicht. Seine Geschichte beweist, dass es möglich ist, aktive und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit und Mitentscheiden sowie Mitverantworten im Parlament zu verbinden.

Internet:

Mehr zum Projekt
„Wissenschaft über Gewerkschaft“:
www.oegbverlag.at

Alle Beiträge ab 1. Oktober auf:
www.wissenschaft-gewerkschaft.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
paul.dvorak@univie.ac.at
oder an die Redakteurin von
„Wissenschaft über Gewerkschaft“
brigitte.pellar@aon.at

⁴ Vgl. Weltarbeitsbericht der ILO 1997/98; ILO-Studie: Gewerkschaften müssen Global Players werden, Süddeutsche Zeitung, 5.11.1997.

⁵ Negt, Oskar (2005): Wozu noch Gewerkschaften?, Göttingen.

Weil wir es uns wert sind

Öffentliche Zusatzausgaben in sinnvollen Bereichen finanziert durch Reichensteuern schaffen Lebensqualität und erhöhen langfristig den budgetpolitischen Spielraum.

Georg Feigl und Tobias Schweitzer

Referenten für öffentliche Haushalte
in der AK Wien

2009, auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise, stand die Budgetpolitik unter keinem guten Stern. Nach einem fast ausgeglichenen Haushalt in den beiden Vorjahren unter der neuen/alten großen Koalition drohte das öffentliche Defizit durch Bankenrettung, Konjunkturpakete und Einnahmehausfälle durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf neue Rekordwerte zu klettern. Von Defiziten an die sechs Prozent des BIP und einem Schuldenstand jenseits der 80 Prozent des BIP war die Rede. Gekommen ist es anders: Durch das rasche Gegensteuern der Bundesregierung inklusive Lohnsteuersenkung in Kombination mit guten Lohnabschlüssen und einer überraschend starken Erholung der Exportnachfrage wuchs die Beschäftigung kontinuierlich weiter. So konnte die Neuverschuldung unter fünf Prozent des BIP gehalten werden.

Maßvolle Konsolidierungspakete

Dessen ungeachtet waren ab 2011 in der Budgetpolitik Steuererhöhungen und Einsparungen angesagt, um die öffentlichen Haushalte wieder zu sanieren. Auch wenn gerade die Einsparungen schmerzhaft waren, so gelang es, nicht zuletzt aufgrund des Einsatzes von Gewerkschaft und AK, die beiden Konsolidierungspakete im internationalen Vergleich maßvoll zu gestalten bzw. sogar mit einigen echten Verbesserungen zu

kombinieren. Die nun fast durchgängige Besteuerung von Vermögenszuwächsen reduzierte die Konsolidierungslast der unteren und mittleren Einkommen, Offensivmaßnahmen in Bereichen wie Kinderbetreuung, aktive Arbeitsmarktpolitik, Pflege, Bildung oder thermische Sanierung wirkten sich auf Gemeinwohl und Wirtschaft positiv aus.

Keine schlechte Ausgangslage

Unterm Strich konnte das öffentliche Defizit in nur zwei Jahren bereits wieder halbiert werden, Tendenz weiter fallend. Dies geschah trotz ungeplanter Budgetbelastungen in Form weiterer Milliardenhilfen für heimische Banken, einer nach wie vor im historischen Vergleich hohen Arbeitslosigkeit und gravierender Probleme in der Eurozone. Geht man davon aus, dass wahrscheinlich notwendige weitere Hilfen für die Banken noch heuer budgetwirksam werden und die prognostizierte europaweite Wirtschaftserholung diesmal tatsächlich kommt, so könnte 2014 das Budgetdefizit bereits auf unter ein Prozent des BIP fallen. Somit entstünde gegenüber dem bisherigen gesamtstaatlichen Budgetpfad ein Spielraum.

Angesichts der relativ hohen Arbeitslosigkeit sollte dieser Spielraum nicht für eine noch schnellere Reduzierung der Staatsverschuldung genutzt werden, sondern um Beschäftigung zu schaffen. Denn wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, ist eine gute Beschäftigungsentwicklung nicht nur im Interesse der ArbeitnehmerInnen bzw. der Jugend, sondern auch der Schlüssel

für eine sozial verträgliche und nachhaltige Verbesserung des Budgets.

Budgetpolitik muss wieder mehr sein als Konsolidierung. Budgetpolitik ist wichtig zur Erreichung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, von denen sie nicht losgelöst betrachtet werden kann. Vielmehr gilt, dass eine günstige wirtschaftliche Entwicklung Voraussetzung für die Verringerung der öffentlichen Defizite ist: Nehmen Einkommen, Beschäftigung und Verbrauch stetig zu, dann wachsen auch die Steuer- und Beitragseinnahmen und die Neuverschuldung des öffentlichen Sektors geht zurück. Zudem darf nicht aus den Augen verloren werden, dass Budgetpolitik nicht Finanzmärkten, Ratingagenturen oder der Erfüllung europäischer Auflagen dient, sondern gesellschaftlichen Wohlstand fördern soll – unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Gruppen.

Bedarfsgerecht umschichten

Einige Interessengruppen wie z. B. Großbetriebe oder der landwirtschaftliche Sektor haben es ausgezeichnet verstanden, sich Sonderregelungen trotz Konsolidierungsdruck zu erhalten oder sogar auszubauen. In „echten“ Budgetverhandlungen sollte deshalb zu Beginn der kommenden Legislaturperiode bedarfsgerecht umgeschichtet bzw. nachgebessert werden. Bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelang es zwar durch Sonderbudgetierungen am Höhepunkt der Krise, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, allerdings müssen diese auch in Zukunft in dieser Höhe

Einige Interessengruppen wie z. B. Großbetriebe oder der landwirtschaftliche Sektor haben es ausgezeichnet verstanden, sich Sonderregelungen trotz Konsolidierungsdruck zu erhalten oder sogar auszubauen. In „echten“ Budgetverhandlungen sollte deshalb zu Beginn der kommenden Legislaturperiode bedarfsgerecht umgeschichtet bzw. nachgebessert werden.



bereitgestellt werden. Der Fokus muss auf Weiterbildung Niedrigqualifizierter, Erhöhung der Beschäftigung von Älteren, von Menschen mit besonderen Bedürfnissen sowie jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern liegen.

Beim Thema Wohnbau hat sich die Abschaffung der Zweckwidmung des Wohnbaufinanzierungsbeitrags als Fehler erwiesen. Diese ist wieder einzuführen bzw. auch auf die Rückflüsse aus Darlehen, die mittels ehemaliger Wohnbaumittel vergeben wurden, auszuweiten und dem tatsächlichen Wohnraumbedarf anzupassen.

Die seit 2009 in der Finanzverfassung verankerte „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern“, die vor allem auch über die bewusste Verteilung der öffentlichen Mittel erreicht werden soll, ist endlich mit Leben zu erfüllen. Beispielsweise wurden weder Konsolidierungs- noch Konjunkturmaßnahmen auf ihre unterschiedliche Auswirkung auf Frauen und Männer analysiert, geschweige denn auch darauf ausgerichtet. Die Einrichtung eines Beirats, der gleichstellungspolitische Empfehlungen abgeben kann, sowie eine über die einzelnen Budgetuntergliederungen hinweg wirksame Gesamtstrategie wären hier wichtige Schritte.

Vermögensbezogene Steuern

Auf der Einnahmenseite ist jedenfalls sicherzustellen, dass im Steuersystem zukünftig die Bessersituierten auch einen relativ höheren Beitrag leisten werden. Das ist momentan kaum der Fall,

da diese zwar deutlich höhere Lohn- oder Einkommensteuern entrichten, allerdings relativ zu ihrem Einkommen weniger Verbrauchssteuern und Sozialbeiträge zahlen. Somit sind sie insgesamt nicht mehr belastet als NiedrigverdienerInnen.

Ohne Beitrag der Topvermögenden kann der notwendige Umbau des Steuer- und Abgabensystems nicht finanziert werden. Dies ist nicht nur sozial gerecht, sondern ökonomisch sinnvoll: Einerseits, weil damit einer der Gründe für die Finanz- und Wirtschaftskrise bearbeitet werden kann, nämlich die wachsende Spekulation durch die steigende Zahl von Superreichen. Andererseits, weil dadurch eine Senkung der Belastung des Faktors Arbeit erzielt werden kann.

Neben dem Ausbau der sozialen Infrastruktur muss daher die Steuerentlastung der ArbeitnehmerInnen insbesondere des unteren Einkommensdrittels Vorrang haben.

Europäische Budgetpolitik neu

Die größte Herausforderung ist die Erreichung eines Kurswechsels in der Budgetpolitik auf europäischer Ebene. Als erster Schritt muss die europäische „Schuldenbremse“ reformiert werden, damit Zukunftsinvestitionen getätigt werden können. Die EU-Kommission hat hier bereits erste Vorschläge unterbreitet, die unter eng definierten Umständen Zusatzausgaben für europäische Projekte ermöglichen. Diese Vorschläge greifen allerdings noch viel zu kurz.

Zweitens muss auch auf europäischer Ebene versucht werden, die Möglichkeiten zur Finanzierung vermehrt durch die koordinierte Anhebung der Reichensteuern, die Bekämpfung der Steuervermeidung und -hinterziehung sowie die Senkung der Zinslast der öffentlichen Haushalte auf stabile Beine zu stellen. Dieser Kurswechsel würde europaweit die bereits angesprochenen Zukunftsinvestitionen bzw. eine Ausweitung der sozialen Dienstleistungen ermöglichen.

Signal mit Mehrwert

Europa könnte so aus der Verschuldung herauswachsen, anstatt durch die übertriebenen Sparmaßnahmen immer weiter in den Abwärtsstrudel aus Arbeitslosigkeit, Stagnation und öffentlicher wie privater Verschuldung hineingezogen zu werden. Dieses positive Signal hätte einen hohen Mehrwert und würde allen zugutekommen.

Internet:

Mehr Info unter:
tinyurl.com/nhltr8r

Analyse zum Bundesfinanzrahmen:
tinyurl.com/nb86cuu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autoren
tobias.schweitzer@akwien.at
georg.feigl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wenn ich mir was wünschen darf ...

*Bald wählen die ÖsterreicherInnen ein neues Parlament.
Die ArbeitnehmerInnen haben Forderungen an die kommende Regierung.*

Harald Kolerus
Freier Journalist

Am 28. September wird gewählt, seit Monaten rühren die politischen Parteien kräftig die Werbetrömmel. Komplexe Zusammenhänge bleiben dabei leider oft auf der Strecke. Klar und deutlich formulieren jedenfalls die Vertretungen der ArbeitnehmerInnen ihre Forderungen – und die „Wunschliste“ ist lang ...

Einen Schwerpunkt macht naturgemäß der Arbeitsmarkt aus. In Österreich ist die Zahl der Arbeitsuchenden im August gegenüber dem Vorjahr um 11,7 Prozent auf 323.111 Personen angestiegen. Wobei eine Entspannung nicht in Sicht ist: „Alle Wirtschaftsprognosen deuten darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit eher zunehmen oder zumindest auf hohem Niveau verharren wird“, urteilt Josef Wallner, Arbeitsmarktexperte der AK Wien. Laut Wallner finden vor allem ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen kaum Chancen am Arbeitsmarkt vor. Er fordert daher ein „griffiges“ Bonus-Malus-System. Derzeit fallen bei Betrieben nur Strafzahlungen an, wenn ältere Personen entlassen werden. Das stellt für Unternehmen sogar einen Anreiz dar, Ältere erst gar nicht einzustellen. Firmen, die hingegen vielen älteren Menschen eine Chance geben, werden benachteiligt, wenn Entlassungen ausgesprochen werden. Der AK-Experte spricht sich deshalb für ein Bonus-Malus-Modell aus, das bereits greift, wenn Betriebe unterdurchschnittlich viele ältere Menschen beschäftigen. Weiters wünscht sich Wallner mehr In-

vestitionen in den Bereich der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation: „Hier müssen sowohl Krankenkassen als auch die Unternehmen selbst ihren Beitrag leisten.“

„Hackln“ bis zum Umfallen

Im aktuellen Wahlkampf fordert die ÖVP eine „Entfesselung der Wirtschaft“ und spricht sich im Rahmen neuer Durchrechnungsmodelle für die Möglichkeit eines Zwölf-Stunden-Arbeitstages aus. Ein Vorschlag, der bei AK und Gewerkschaften auf vehemente Ablehnung stößt: „Eine solche weitere massive Flexibilisierung der Arbeitszeit im Interesse der Wirtschaft würde direkt zu Lohnkürzungen für die ArbeitnehmerInnen führen. Außerdem würde ein Zwölf-Stunden-Arbeitstag mehr gesundheitliche Beschwerden, mehr krankheitsbedingte Erwerbsausfälle und letztendlich auch mehr Invaliditätspensionen verursachen“, heißt es seitens der AK.

Zudem wird in Österreich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bereits jetzt eine sehr hohe „Flexibilität“ abverlangt. So liegt der Anteil der Beschäftigten, die in einem im Wesentlichen gleichbleibenden Stundenausmaß – pro Woche oder pro Tag – arbeiten, deutlich niedriger als im europäischen Durchschnitt (vgl. Eurofound 2010).

Weiters ist die Anzahl der Überstunden in Österreich enorm: Im vergangenen Jahr waren es in etwa 300 Mio., rund 70 Mio. davon wurden nicht abgegolten – weder in Form von Zeitausgleich noch von Einkommen. Damit entgeht den Beschäftigten die stattliche

Summe von circa 1,5 Mrd. Euro an zusätzlichem Bruttoeinkommen pro Jahr.

Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse des Arbeitsklima-Index der AK OÖ (2011). Demnach geben lediglich 48 Prozent der Befragten an, dass sie angesichts ihrer Arbeit und ihres Gesundheitszustands ihren Beruf auch noch mit 65 Jahren ausüben können. Eine Untersuchung der Statistik Austria belegt weiters, dass bereits jetzt mehr als 300.000 Beschäftigte aufgrund langer Arbeitszeiten gesundheitliche Probleme aufweisen. Bei drei Viertel der Personen führt die zeitliche Überbelastung zu körperlichen Problemen, ein Viertel klagt über Erschöpfungszustände und andere seelische Leiden.

Immer mehr All-in-Verträge

Hochproblematisch ist dabei, dass immer mehr Beschäftigte mit All-in-Verträgen „abgespeist“ werden; bereits jede/r fünfte Vollzeitbeschäftigte (530.000 Personen) arbeitet im Rahmen einer solchen Vereinbarung. All-in bedeutet, dass mit dem regulären Gehalt der zeitliche Mehraufwand pauschal abgegolten wird. Wenn damit die korrekte Verrechnung von Überstunden ausgehebelt wird und Mehrleistungsverpflichtungen jenseits der gesetzlich zulässigen Grenzen abverlangt werden, bleiben die ArbeitnehmerInnen auf der Strecke.

So leiden also einerseits manche ArbeitnehmerInnen unter Überbelastung und wollen weniger Zeit für den Beruf aufwenden. Andererseits sehen wir eine Vielzahl von Personen in Teilzeit-Jobs, die mehr arbeiten möchten, aber keine



Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse des Arbeitsklima-Index der AK OÖ (2011). Demnach geben lediglich 48 Prozent der Befragten an, dass sie angesichts ihrer Arbeit und ihres Gesundheitszustands ihren Beruf auch noch mit 65 Jahren ausüben können.

Möglichkeit dazu finden. Zusätzlich scharren Menschen in den Startlöchern, denen der Weg zum Arbeitsmarkt überhaupt versperrt ist. Eine paradoxe Situation. Die AK zielt daher prinzipiell auf eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Minderung der Kaufkraft ab.

Wir brauchen Sanktionssysteme

AK-Expertinnen und -Experten fordern im Zuge dessen eine Neuregelung bei All-in-Klauseln. Hier soll der Grundlohn für die Leistung der Normalarbeitszeit zwingend im Vertrag ausgewiesen sein. So könnten sich ArbeitnehmerInnen ausrechnen, wie viel sie für die Leistung ihrer Überstunden erhalten, und ungerechter Entlohnung entgegenwirken.

Gleichzeit bedarf es wirksamer Sanktionssysteme und Kontrollen zur Sicherstellung der Einhaltung des Arbeitszeitrechts (verstärkte Kontrollen der korrekten Arbeitszeitaufzeichnungen) und einer Verdoppelung der Ansprüche der ArbeitnehmerInnen bei mutwilliger Vorenthaltung von Überstundenentgelt. „Wenn es gelingt, die Überstunden nur um 20 Prozent zu reduzieren, könnten auf diesem Weg bis zu 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um zumindest 10.000 reduziert werden. Der Staat könnte sich zudem jährlich 200 Mio. Euro an Kosten von Arbeitslosigkeit ersparen“, rechnet die AK vor.

Auch eine Verteuerung der Überstunden in Form einer Arbeitgeberabgabe in der Höhe von einem Euro pro geleisteter Überstunde halten die Exper-

tinnen und Experten für sinnvoll. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Bildung. Alexander Prischl, Leiter des Referates für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik im ÖGB, spricht sich etwa dafür aus, bei der betrieblichen Lehrlingsausbildung noch mehr in die Qualitätssicherung zu investieren: „Es geht hier nicht nur darum, dass von staatlicher Seite Geld fließt. Auch die Betriebe müssen dazu gebracht werden, mehr für die Ausbildung zu tun.“ Prischl fordert daher, dass Unternehmen ein Prozent ihrer jährlichen Bruttolohnsumme in einen „Topf“ einzahlen sollen. Mit diesem Kapital könnten Betriebe gezielt gefördert werden, die sich im Ausbildungsbereich besonders anstrengen. „Im gegenwärtigen System profitieren auch Firmen, die sich wenig um Ausbildung kümmern, das ist ungerecht“, so der Experte.

Wobei Bildung in frühester Jugend beginnt, bei den Kindern. Sabine Oberhauser, Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende des ÖGB, spricht deshalb lieber von Kinderbildungs- als von Kinderbetreuungspätzen: „Betreuung klingt nach ‚Abgeben‘ von Kindern. In Wirklichkeit ist aber zum Beispiel die Förderung des Spracherwerbs und -aufbaus im Vorschulalter von enormer Bedeutung. Wir fordern daher flächendeckende Kinderausbildungspätze und gute Arbeitsbedingungen für Pädagoginnen und Pädagogen.“ Sauer aufgestoßen ist Oberhauser die in der ÖVP entfachte Diskussion, das Frauenministerium abzuschaffen. Frei nach dem Motto: Ein Familienministerium wäre ausreichend. „Frauen sind nicht nur

Ehefrauen, Mütter oder Krankenschwestern. Frauen dürfen nicht nur im privaten Kontext gesehen werden. Deshalb brauchen wir zur Vertretung ein eigenes Frauenministerium – natürlich mit einer Frau an der Spitze“, stellt die ÖGB-Expertin klar.

Wunschzettel und Wahlurne

Eine Zusammenfassung der Forderungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern liefert AK-OÖ-Präsident Johann Kalliauer: „Arbeitslosigkeit und Schiefelage im Steuersystem bekämpfen, Kaufkraft stärken, Sozialsystem sichern, Bildungschancen ausbauen.“ Deshalb sei nicht zuletzt die Umstrukturierung des Steuersystems das Gebot der Stunde. Die AK fordert die Entlastung der LohnsteuerzahlerInnen durch Senkung des Eingangssteuersatzes und eine jährliche Anpassung der Progressionsstufen an die Inflation. Zur Gegenfinanzierung sei die Einführung einer Millionärssteuer auf Netto-Privatvermögen ab einer Mio. Euro sinnvoll. Seien wir gespannt, welche Wünsche nach dem Wahlgang tatsächlich in Erfüllung gehen werden.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.arbeiterkammer.com
www.oegb.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
h.kolerus@geld-magazin.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Stabiles Netz

Kürzungen bei Sozialleistungen bedeutet Sparen am falschen Platz. Denn von Investitionen in soziale Infrastruktur profitiert auch der Arbeitsmarkt.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigen auch die EU-Gremien. Angesichts der enormen Herausforderungen wollte die Europäische Kommission den Mitgliedsstaaten Empfehlungen und Leitlinien zur effizienteren und effektiveren Sozialpolitik bieten. Das so entstandene Sozialinvestitionspaket enthielt dann einige Überraschungen: Schon bei der Erhebung der Basisdaten hatte sich nämlich herausgestellt, dass „gerade die europäischen Länder mit den effektivsten Sozialschutzsystemen und mit gut etablierten Sozialpartnerschaften zu den erfolgreichsten und wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt gehören“, so Kommissionspräsident Barroso. Bildungsniveau und Pro-Kopf-BIP sind höher, Defizit und Arbeitslosigkeit geringer. Dementsprechend erhielten die Mitgliedsstaaten mit dem Social Investment Package (SIP) neben konkreten Leitlinien und Finanzierungsmöglichkeiten auch die Aufforderung, Sozialinvestitionen prioritär zu behandeln und die Systeme der sozialen Sicherheit zu modernisieren.

Chancengleichheit

Sozialleistungen nach unten zu **nivellieren**, aber auch Nicht-Handeln in wichtigen Bereichen (Bildung, berufliche und medizinische Rehabilitation, Fördermaßnahmen für Migrantinnen und Migranten etc.) kann langfristig deutlich

höhere Kosten verursachen. So sind etwa Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen derzeit um rund 27 Prozent länger arbeitslos als gleichaltrige gesunde Erwerbslose. „Sozialinvestitionen sind der Schlüssel, wenn wir stärker, solidarischer und wettbewerbsfähiger aus der aktuellen Krise hervorgehen wollen. (...) Sozialinvestitionen jetzt werden helfen zu verhindern, dass die Mitgliedsstaaten später einen sehr viel höheren – finanziellen und sozialen – Preis zahlen müssen“, so **László Andor**, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, Ende Februar bei der Präsentation des Pakets.

Kinderbetreuung ausbauen

Zum SIP gehört auch eine Empfehlung der Kommission zur Bekämpfung der Kinderarmut. Investitionen in Kinder und junge Menschen sind ein besonders wirksames Mittel, den generationenübergreifenden Kreislauf von Armut und sozialer Ausgrenzung zu durchbrechen und die Chancen im späteren Leben zu verbessern. Dass mit Investitionen im Bereich Kinderbetreuung nicht nur die akuten Defizite bezüglich Angebot und Qualität behoben werden, sondern auch beachtliche Beschäftigungs- und Budgeteffekte erreicht werden können, zeigt konkret für Österreich eine aktuelle AK-Studie.¹

Mit einer Anstoßfinanzierung von jährlich durchschnittlich 100 Mio. Euro seitens des Bundes für die nächsten vier Jahre, ergänzt um den gleichen Betrag von den Ländern, könnten beispielsweise 35.000 zusätzliche Plätze für Klein-

INFO & NEWS

Auf einen Blick:

- » Keine Nivellierung nach unten, Sozialleistungen sind Investitionen in die Zukunft
- » Ausbau der Kinderbetreuung, Kindergärten sind eine Bildungseinrichtung
- » Durch verbesserte Kinderbetreuung kommen Frauen aus der Teilzeitfalle, das Risiko von Altersarmut sinkt
- » Finanzierung von Sozialinvestitionen mithilfe von EU-Mitteln
- » Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf EU-Niveau
- » Unternehmen, die zu wenig ältere Menschen beschäftigen, müssen einen Malus zahlen
- » Bonus-Malus-System auch für den Anteil an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen
- » Wirkungsvoller Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen
- » Abschaffung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Notstandshilfe

kinder und bessere Öffnungszeiten bei 70.000 bestehenden Kindergartenplätzen geschaffen werden. Außerdem würde damit für jede Kleinkindgruppe halbtags eine zusätzliche pädagogische Fachkraft zur Verfügung stehen. Damit könnten in der Kinderbetreuung selbst

¹ A. Buxbaum/S. Pirklbauer: Investiver Sozialstaat – Wachstum, Beschäftigung und finanzielle Nachhaltigkeit, Volkswirtschaftliche und fiskalische Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung in Österreich. AK Wien, 2013



Investitionen in Kinder und junge Menschen sind ein besonders wirksames Mittel, den generationenübergreifenden Kreislauf von Armut und sozialer Ausgrenzung zu durchbrechen und die Chancen im späteren Leben zu verbessern.

rund 14.000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, weitere 2.300 Arbeitsplätze könnten durch die zusätzliche Nachfrage in anderen Branchen entstehen. Darüber hinaus könnten je nach Konjunkturverlauf zwischen 14.000 und 28.000 Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die bislang durch ihre Betreuungspflichten daran gehindert wurden.²

Bereits ab dem fünften Jahr würden die Einnahmen aus den Steuern und Abgaben dieser Beschäftigung sowie die Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung die zusätzlichen Kosten für die Kinderbetreuung übersteigen.³

Vom Notstand in die Armut

In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit ist die Absicherung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe besonders wichtig. Allein gegenüber dem ersten Halbjahr des vergangenen Jahres ist die Arbeitslosigkeit 2013 um acht Prozent gestiegen, im Vergleich zum Jahr 2008 um 34 Prozent!

Deutlich mehr Menschen als im Vorjahr beziehen Notstandshilfe (plus acht Prozent). Viele Menschen – überwiegend Frauen – können jedoch aufgrund der Anrechnung des PartnerInneneinkommens überhaupt keine Leistung beziehen. Derzeit bekommen rund 80 Prozent der weiblichen Betrof-

fenen keine Notstandshilfe, weil das Einkommen des Partners zu hoch ist. Und selbst wenn man einen Anspruch auf Notstandshilfe hat, liegt das Niveau oft unter jenem der bedarfsorientierten Mindestsicherung, Frauen erhalten durchschnittlich nur 612 Euro (Männer 717 Euro). Das Risiko, schon nach relativ kurzer Zeit in die Armut abzurutschen, ist groß.

Reformen beim Arbeitslosengeld sind dringend nötig. Derzeit ist die Bezugsdauer mit 20 Wochen begrenzt. Erst wenn in den letzten fünf Jahren vor dem Jobverlust arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigungen von 156 Wochen vorliegen, kann 30 Wochen Arbeitslosengeld bezogen werden.

Diese Regelung benachteiligt ArbeitnehmerInnen in jenen Branchen, wo es überdurchschnittlich häufig zu Phasen der Arbeitslosigkeit kommt. „In den meisten EU-Staaten ist die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes generell mit sechs Monaten beschränkt“, erklärt AK-Arbeitsmarktexperte Josef Wallner. „Würde man die derzeitige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes an EU-Gepflogenheiten angleichen, dann wäre auch die Notstandshilfe-Problematik etwas entschärft.“

Vom Krankenstand in die Pension

Seit 2008 ist die Arbeitslosigkeit bei den über 50-Jährigen überproportional stark angestiegen. Der europäische Vergleich zeigt, dass Österreich bei der Beschäftigungsquote Älterer unter dem EU-27-Schnitt liegt. 40 Prozent der Frauen starten nicht aus einem auf-

rechten Arbeitsverhältnis, sondern aus dem Krankenstand, Arbeitslosigkeit etc. in die Pension.

Bonus-Malus reloaded

2009 wurde das Bonus-Malus-System zur Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen eingestellt. AK- und ÖGB-Expertinnen und Experten finden die Idee an sich nach wie vor attraktiv, entscheidend sind die Bedingungen. Josef Wallner: „Ein Malus nur bei Kündigung älterer ArbeitnehmerInnen ist nicht wirklich zielführend. Denn Kündigungen sind schließlich nur dann möglich, wenn überhaupt Ältere beschäftigt werden.“

Von Quotenregelungen für den Anteil Älterer an der Gesamtbelegschaft verspricht man sich mehr Erfolg. „Dabei geht es nicht um Strafeffekte für den bösen Betrieb, sondern um notwendige Maßnahmen, weil die Menschen länger arbeiten müssen“, so Wallner. Die Einnahmen aus den Malus-Zahlungen könnten dann etwa für den Ausbau alternsgerechter Arbeitsplätze verwendet werden.

Internet:

Leitantrag des ÖGB-Bundesvorstands mit aktuellen Forderungen:
tinyurl.com/o5cdk2c

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
astrid.fadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

² Derzeit sind 70 Prozent der 25- bis 49-jährigen Frauen mit Kindern unter 15 teilzeitbeschäftigt.

³ A. Buxbaum/N. Templ: Erster Schritt zu Paradigmenwechsel oder soziales „Feigenblatt“ - Das „Social Investment Package“ der EU-Kommission. In: AK-Info-Brief eu & international. Ausgabe 2/ April 2013

Gleich und gleicher

Von schreiten kann keine Rede sein – die Gleichstellung humpelt voran. Da heißt es dranbleiben, damit Frauen genauso gute Chancen wie Männer haben.

Sybille Pirklbauer

Abteilung Frauen – Familie der AK Wien

Die Chancen in der Gesellschaft sind alles andere als fair verteilt. Eine gerechte Verteilung muss sich auch um die noch immer vorhandenen Unterschiede zwischen Frauen und Männern kümmern, und das in vielen Bereichen: bei Jobs und Einkommen, in der Familie und bei der Bildung. Gleichstellung fängt beim Einstieg in die Bildung an – und die beginnt schon bei Krippe und Kindergarten. Wesentliche Entscheidungen werden bei der Frage getroffen, für welchen beruflichen Ausbildungsweg sich jemand entscheidet. Leider gibt es da noch immer Nachteile für Mädchen. So sind zwei Drittel aller Lehrstellen mit Burschen besetzt. Gute Chancen auf einen Lehrplatz haben junge Frauen nur in typischen Frauenberufen. Im Job selbst können Frauen oft nicht im gleichen Ausmaß an betrieblicher Qualifizierung teilnehmen wie Männer. Ein Hauptgrund dafür ist, dass Teilzeitbeschäftigte hier nicht ausreichend berücksichtigt werden – und das sind eben ganz überwiegend Frauen.

Wir wollen, dass bereits im Kindergarten Mädchen und Buben gefördert werden, ohne dabei die klassischen Rollen zu bestärken. Außerdem trägt gute Kinderbetreuung entscheidend dazu bei, Unterschiede aufgrund der sozialen Herkunft auszugleichen.

Bei der Berufswahl sollen junge Menschen ermutigt werden, sich für einen Beruf zu entscheiden, der typischerweise vom anderen Geschlecht ausgeübt wird. Das muss in der Schule, aber auch

vom Arbeitsmarktservice unterstützt werden. Und in der Lehrausbildung müssen sich Betriebe darum bemühen, junge Frauen für technische Ausbildungen zu gewinnen. Später im Job sollen sich ArbeitnehmerInnen fix eine Woche im Jahr weiterbilden dürfen – und zwar auch jene, die in Teilzeit beschäftigt sind. Viele weibliche Beschäftigte hätten dann endlich eine faire Möglichkeit, sich besser zu qualifizieren.

Nicht ohne Arbeitsmarkt

Dreh- und Angelpunkt der Gleichstellung ist und bleibt der Arbeitsmarkt. Frauen müssen eine bezahlte Beschäftigung haben können – und dabei gleich viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Das sichert auch ihre Pension. Nur so können sie wirtschaftlich unabhängig sein. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten laufend gestiegen. Der Preis dafür ist allerdings, dass eine Vollzeitstelle ohne Befristung mittlerweile die Ausnahme für weibliche Beschäftigte bildet. 44 Prozent der Frauen arbeiten in Teilzeit. Und viele sind nur geringfügig, also ohne Arbeitslosen- und Pensionsversicherung angestellt. Oder sie sind als freie Dienstnehmerinnen tätig – ohne arbeitsrechtlichen Schutz.

Teilzeit ist zwar in rechtlicher Hinsicht gut abgesichert, aber der Verdienst reicht oft nicht zum Leben. Die im Rahmen einer Teilzeitarbeit geleistete Stunde ist nämlich auch um ein Viertel schlechter bezahlt als die Vollzeitschicht. Dass Frauen sich trotzdem so oft auf Teilzeit einlassen, liegt häufig an feh-

lender Kinderbetreuung und der zu geringen Beteiligung der Väter. Aber in manchen Bereichen – etwa der mobilen Pflege – werden fast nur noch Teilzeitjobs angeboten. Wer dort Vollzeit arbeiten möchte, muss den Beruf wechseln. Auf der anderen Seite müssen viele Männer oft deutlich mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten – und stöhnen unter dieser Belastung.

Wir wollen, dass Beschäftigte den gesamten Schutz des Arbeits- und Sozialrechts genießen. Wie viele Stunden sie tätig sind, sollen ArbeitnehmerInnen selbst entscheiden können. Dazu braucht es eine Umverteilung der Arbeitszeit in Richtung einer ausgewogeneren Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. Außerdem müssen Überstunden für ArbeitgeberInnen teurer werden. Und wird eine Vollzeitstelle frei, soll der Betrieb zuerst Teilzeitarbeitskräfte fragen müssen, ob sie aufstocken möchten.

Zu wenig zum Leben

Frauen verdienen um fast ein Viertel weniger als Männer, auch wenn die Arbeitszeit herausgerechnet wird. Das ist an sich ungerecht. Dramatisch wird es, wenn sie zu wenig Einkommen zum Leben haben. Zwei von drei beschäftigten Frauen kommen gerade oder gar nicht mit ihrem Einkommen aus. Neben Teilzeit sind deutlich schlechtere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und viele Jobs in schlecht bezahlten Branchen wesentliche Gründe dafür. So kommt es, dass auch ein Vollzeit-Einkommen oft nicht ausreicht. Drei von zehn in Vollzeit beschäftigten Frauen

erhalten nur einen „Niedriglohn“. Das bedeutet, sie verdienen nicht einmal zwei Drittel des Durchschnitts. Bei den Männern ist es nur einer von zehn. Nicht zuletzt die schlechtere Bewertung typisch weiblicher Tätigkeiten, wie Pflege oder Kinderbetreuung, ist mit daran schuld. Dabei können wir ganz bestimmt nicht auf diese Arbeiten verzichten.

Wir wollen ein Einkommen, von dem man leben kann. Deswegen fordern wir die Einführung eines kollektivvertraglichen Mindestlohns/Mindestgehalts von 1.500 Euro. Und wer beruflich in der Sackgasse steckt, soll die Möglichkeit haben, eine neue Ausbildung zu absolvieren. Die Kosten dafür sowie die Deckung des Lebensunterhalts sollen dabei vom Arbeitsmarktservice übernommen werden. Außerdem braucht es eine neue Bewertung von Arbeit, nach der alle Anforderungen angemessen bezahlt werden.

Family Business

Es ist ein altes Lied, trotzdem ist es leider noch aktuell: Es gibt zu wenig Plätze in der Kinderbetreuung. Mehr als 140.000 Eltern (vor allem Frauen) sind aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze nicht oder nur in Teilzeit berufstätig. Zusätzlich beklagen mehr als 100.000 Eltern ungenügende Öffnungszeiten, zu viele Schließtage in den Ferien oder zu hohe Kosten.

Das Argument, mehr Plätze seien nicht leistbar, ist wenig glaubwürdig. Schließlich wurden steuerliche Förderungen in den vergangenen Jahren am laufenden Band eingeführt (z. B. Kinderfreibetrag, Freibetrag Kinderbetreuungskosten). Die begünstigen aber hohe Einkommen, während Eltern mit geringem Verdienst leer ausgehen. Zudem werden Paare mit traditioneller Arbeitsteilung durch den Alleinverdienerabsetzbetrag höher gefördert als solche mit einer partnerschaftlichen Aufteilung.

Wir wollen mehr und bessere Kinderbetreuungsplätze – überall in Österreich. Vor allem für Kleinkinder gibt es viel zu wenig Plätze. Kindergärten sperren oft schon am frühen Nachmittag zu oder haben in den Ferien wochenlang geschlossen. Das muss sich ändern! Außerdem wollen wir mehr Personal für kleinere Gruppen und bessere Betreu-

ung. Das Geld dafür soll aus den ungenutzten Steuerförderungen umgeschichtet werden. Das zahlt sich dreifach aus, denn Kinderbetreuung schafft nicht nur bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern bringt auch Tausende zusätzliche Arbeitsplätze. Durch die neue Beschäftigung fließt mittelfristig mehr Geld an die öffentliche Hand zurück, als die Kinderbetreuung kostet.

Arme Frauen?

Die geringeren Einkommen von Frauen führen zu schlechteren Sozialleistungen. So bekommen Frauen rund 150 Euro monatlich weniger Arbeitslosengeld als Männer. Zudem wird die Notstandshilfe gestrichen, wenn der Partner zu viel verdient – obwohl oft jahrelang Beiträge gezahlt wurden. Acht von zehn dieser Streichungen betreffen Frauen.

Auch am Ende des Erwerbslebens schaut es nicht gut aus: Frauenpensionen sind so gering, dass 26 Prozent der allein lebenden Pensionistinnen von Armut betroffen sind. Auch Alleinerzieherinnen gehören zu den Gruppen, die besonders armutsgefährdet sind. Gerade sie müssen die Nachteile einer Teilzeitarbeit – weniger Geld, weniger betriebliche Bildung, weniger Aufstiegsmöglichkeiten – tragen.

Wir wollen den Ausbau arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und weiterhin 50 Prozent der Mittel für Frauen. Mit diesem Geld können Frauen Beratung und Qualifizierung erhalten, die ihre Jobsituation verbessert. In der Arbeitslosenversicherung muss endlich die Regelung beseitigt werden, dass die Notstandshilfe wegen dem Einkommen des Partners gekürzt oder gar gestrichen wird. Und die Zeiten der Kindererziehung müssen bei der Anrechnung für die Pension mehr wert sein als derzeit.

Internet:

Gender Budgeting:
www.bka.gv.at/site/5557/default.aspx

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Bei der Berufswahl sollen junge Menschen ermutigt werden, sich für einen Beruf zu entscheiden, der typischerweise vom anderen Geschlecht ausgeübt wird.



Faire Preise – leistbares Leben

Immer weniger ArbeitnehmerInnen kommen mit ihrem Einkommen aus. Vor allem die Fixkosten steigen stark. Wird Leben zum Luxus?

Roland Lang, Gabriele Zgubic

stv. Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik
Abteilungsleiterin Konsumentenpolitik,
beide AK Wien

Österreich ist ein teures Pflaster und ArbeitnehmerInnen müssen einen erheblichen Teil ihres Einkommens zur Abdeckung ihrer Grundbedürfnisse ausgeben. Bei einem durchschnittlichen Haushalt mit einer statistischen Haushaltsgröße von 2,29 Personen entfallen laut der jüngsten Konsumerhebung der Statistik Austria 36 Prozent der Ausgaben auf die Bereiche Nahrungsmittel (12 Prozent), Wohnen (19 Prozent) und Energie (Elektrizität 2,2 Prozent, Wärme 2,5 Prozent). Dieser Haushalt gibt insgesamt 2.910 Euro im Monat aus – davon also über 1.000 Euro für die angesprochenen Lebensbereiche. Rechnet man noch 15 Prozent der Gesamtausgaben für den Verkehr hinzu, dann kommt man auf fast 1.500 Euro. Anders als bei Reisen, Markenkleidung oder Ähnlichem kann bei diesen Ausgaben nur sehr eingeschränkt gespart werden, denn dies würde meist unmittelbar zu einer stark verringerten Lebensqualität führen. Mit diesen Grundbedürfnissen sind aber noch lange nicht alle Ausgaben gedeckt. Will man an der Gesellschaft teilhaben, so kommen noch Telefon, Internet, Fernsehen, Versicherungen, Kultur usw. dazu.

Dennoch deckt dieses grobe Zahlengerüst nur die halbe Wahrheit auf. Denn nicht alle Haushalte gehören zu den oben genannten „durchschnittlichen Haushalten“. Die Hälfte der Haushalte gibt nämlich weniger als 2.540 Euro im Monat aus. Um bei den Daten der Statistik Austria bleiben zu können: Haushalte, die zwi-

M A S S N A H M E N

Um die Preise in lebensnotwendigen Bereichen so niedrig wie möglich zu halten, sollten vor allem folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- » Schärfere Regeln auf internationaler Ebene, um Spekulationen mit Lebensmitteln und Rohöl massiv zu vermindern, z. B. **Hochfrequenzhandel** mit Rohstoffen verbieten, Rohstoffhandel nur an der Börse erlauben, Finanztransaktionssteuer.
- » Um die österreichischen Aufschläge wegzubekommen, muss die Wettbewerbsbehörde noch effektiver Preisabsprachen verhindern bzw. aufdecken, strengere Strafen verhängen und die Vorgänge transparent der Öffentlichkeit bekanntgeben.
- » Akteneinsicht für Konsumentinnen und Konsumenten bei berechtigtem Interesse, um Schadenersatzklagen zu ermöglichen.
- » Schadenersatz für „Streuschäden“ bei Preisabsprachen, die über Jahre in Form von unzähligen kleinen Schadenssummen bei einer großen Zahl von Konsumentinnen und Konsumenten anfallen (Beispiel: vier Cent zu viel für einen Liter Milch).
- » Beweislastumkehr in hochkonzentrierten Branchen, z. B. Lebensmittelhandel, Energie: nicht KonsumentIn bzw. Behörde sollen exakt beweisen müssen, dass Preise ungerechtfertigt erhöht wurden, sondern das Unternehmen, dass die Erhöhung gerechtfertigt war.
- » Faire Mieten bei privaten Mietwohnungen: gesetzliche Festlegung der Zuschläge zum Richtwert und verpflichtende Angabe im Mietvertrag sowie eine gesetzliche Obergrenze für die Zuschläge im Ausmaß von 20 Prozent des Richtwerts.
- » Betriebskosten senken und Befristungen eindämmen.
- » Zweckwidmung der Wohnbauförderung und der Rückflüsse aus Wohnbauförderungsdarlehen.

schen 1.455 und 1.814 Euro im Monat ausgeben (drittes Dezil) wenden bereits 48 Prozent für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie auf – mit Verkehr dann weit über die Hälfte. Der Schluss liegt nahe: für Menschen mit geringem Einkommen stellen die Grundbedürfnisse Nahrung, Wohnung und Energie eine ungleich höhere Belastung dar als für Menschen mit hohem Einkommen. Steigen die Preise in diesen Bereichen, so sind es auch gerade die weniger gut verdienenden Gruppen, bei denen die ohnehin hohe Belastung noch zusätzlich in die Höhe geschraubt wird.

Preistreiber Wohnen

Dramatisch ist die Explosion der privaten Mieten, die weit über der Inflationsrate liegen: So sind die privaten Mieten in fünf Jahren um 28 Prozent angestiegen, während Mieten für Genossenschafts- und Gemeinwohnungen um rund 13 Prozent teurer wurden. Die privaten Mieten steigen also seit 2005 doppelt so stark wie die Einkommen und die allgemeine Teuerung. Die ursprünglich intendierte Begrenzung der Mieten durch das Richtwertsystem, das für Altbauwohnungen gilt, ist wirkungslos. Es gibt keinen Unterschied zwischen Richtwert-

mieten und freien Mieten. Aber auch weniger Neubauten, die nicht mehr zweckgebundene Wohnbauförderung und Bodenpreissteigerungen machen Wohnen teuer.

Preistreiber Lebensmittel

Die Lebensmittel-Preisvergleiche der AK zeigen regelmäßig auf, dass Lebensmittel im Vergleich zu Deutschland deutlich teurer sind. An der Qualität kann es nicht liegen, sind doch auch idente Markenprodukte in Wien um 15 Prozent teurer als in München, wie ein Preisvergleich der AK vom Frühjahr 2013 zeigt. Am Beispiel der Nahrungsmittelpreise lässt sich sehr gut veranschaulichen, dass die Teuerungsproblematik in den vergangenen Jahren verstärkt Relevanz bekommen hat. Ein Vergleich der Nahrungsmittelpreisniveauindizes im Euroraum (EU15 = 100) zeigt, dass das Preisniveau in Österreich mit 112,7 mittlerweile am höchsten ist, während etwa Deutschland bei 99,8 liegt. Auch die Preissteigerungen sind in Österreich besorgniserregend: Die Preise für Nahrungsmittel sind seit 2005 erheblich stärker gestiegen als die allgemeine Inflationsrate. Aber nicht nur das: Sie sind auch erheblich stärker gestiegen als die Preise für Nahrungsmittel im internationalen Vergleich. Im Euroraum und in Deutschland stiegen die Preise um rund 17,5 Prozent, in Österreich um über 22 Prozent.

Das ist eine Entwicklung, die gerade mit Blick auf die weniger begüterte Bevölkerung nicht weiter hingenommen werden darf. Seit Jahren gibt es daher bereits intensive Bemühungen vonseiten der AK, hier einerseits das Problembewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik zu schärfen, und andererseits über verschärfte Wettbewerbspolitik zu Erfolgen zu kommen. Bei einem Marktanteil der drei größten Lebensmittelhändler von rund 80 Prozent und ähnlich hochkonzentrierten Situationen im Bereich verschiedener Verarbeitungsindustrien (z. B. Molkereien, Mühlen) stellt dieser Ansatz durchaus eine sinnvolle Option dar. Dies zeigen auch die ersten „Erfolge“ mit Kartellverurteilungen etwa von REWE und Berglandmilch. Die Löhne in Österreich sind jedenfalls nicht der Grund für die Preisunterschiede: Selbst nach den Daten der WKO ist der Anteil der Arbeitskosten am Umsatz in Österreich nur um drei Prozentpunkte hö-

her. Das kann also die viel höheren Preisunterschiede bei Lebensmitteln nicht erklären.

Preistreiber Energie und Treibstoffe

Auch der Energiepreisindex (Elektrizität, Wärme, Treibstoffe) verzeichnete in der Vergangenheit eine steile Aufwärtsbewegung und liegt deutlich über den Steigerungen des Verbraucherpreisindexes. Zwar zeichnet sich für das Jahr 2013 ab, dass der Aufwärtstrend der Energiepreise – allen voran bei den Mineralölprodukten – vorläufig gestoppt ist, auf einen spürbaren Rückgang des hohen Energie-Preisniveaus warten die Haushalte jedoch weiterhin.

Die Preise für Mineralölprodukte orientieren sich im Wesentlichen an den stark schwankenden und seit 2009 massiv gestiegenen Rohölpreisen auf den internationalen Märkten. Wie die Bundeswettbewerbsbehörde festgestellt hat, werden von der Mineralölwirtschaft dabei steigende Rohölpreise rascher an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben als sinkende. Expertinnen und Experten sind sich einig, dass Rohöl seit Beginn der Finanzkrise verstärkt zum Objekt der Begierde internationaler Finanzinvestoren und Rohstoff-Spekulanten geworden ist. In wissenschaftlichen Beiträgen wird der sogenannte Spekulationsanteil bei Rohöl auf 20 Prozent und mehr geschätzt. Bei Strom und Gas stellt sich die Preisentwicklung anders dar: Wie die AK zuletzt feststellte, sind die Großhandelspreise für Strom seit Mitte 2008 um rund ein Drittel gesunken, jene für Gas im gleichen Zeitraum um rund zehn Prozent. Demgegenüber stehen gestiegene Haushaltspreise bei Strom und in noch deutlicherem Ausmaß bei Gas. Für die AK ist die Preispolitik der Unternehmen ein deutliches Signal, dass hier etwas schief läuft: Großhandelspreiserhöhungen werden schnell und teilweise überschießend an die Haushalte weitergegeben, Preissenkungen aber nur zögerlich oder überhaupt nicht.

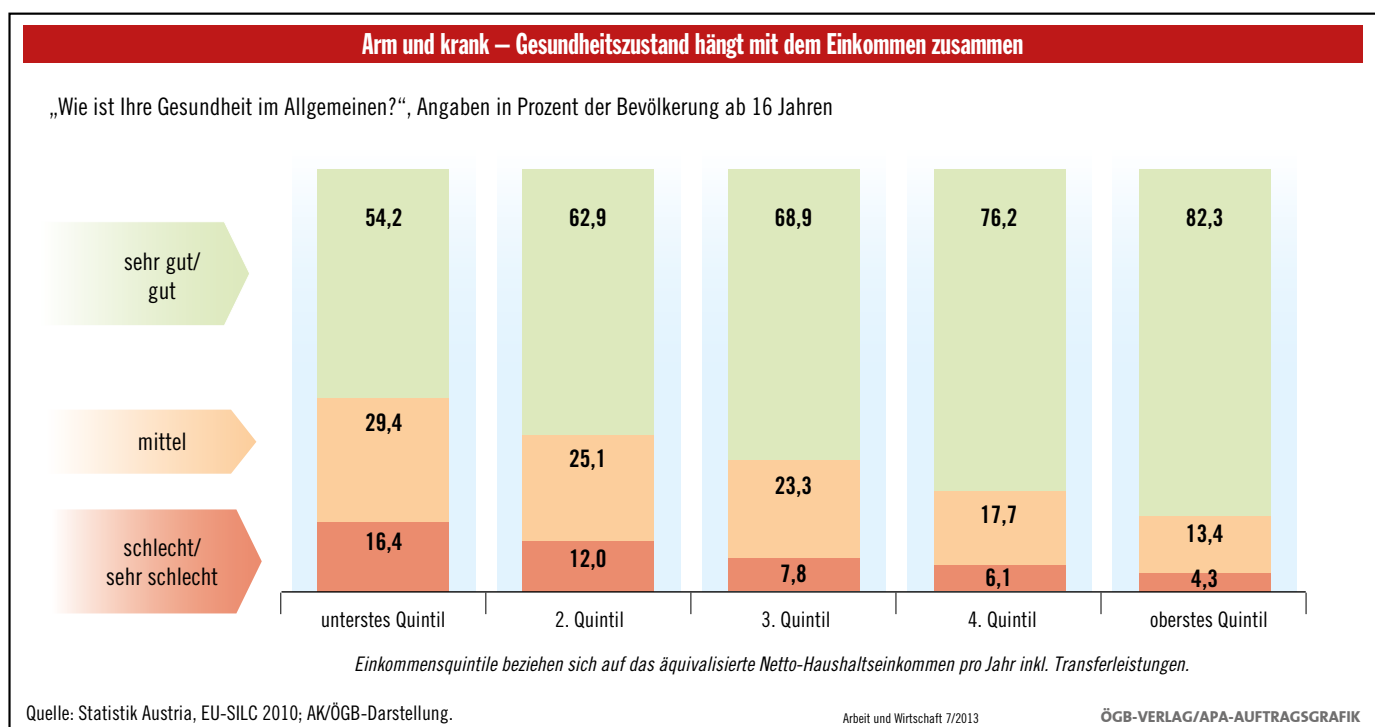
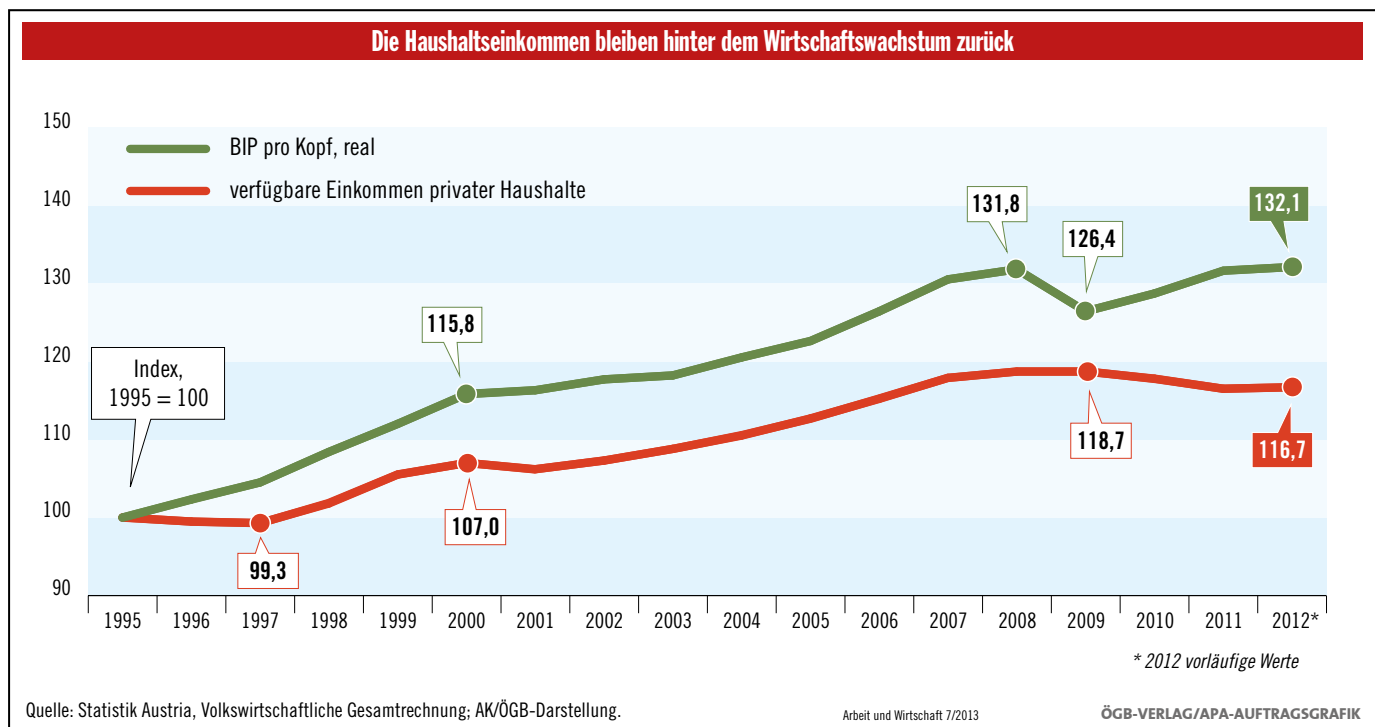
Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen:
gabriele.zgubic@akwien.at
roland.lang@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



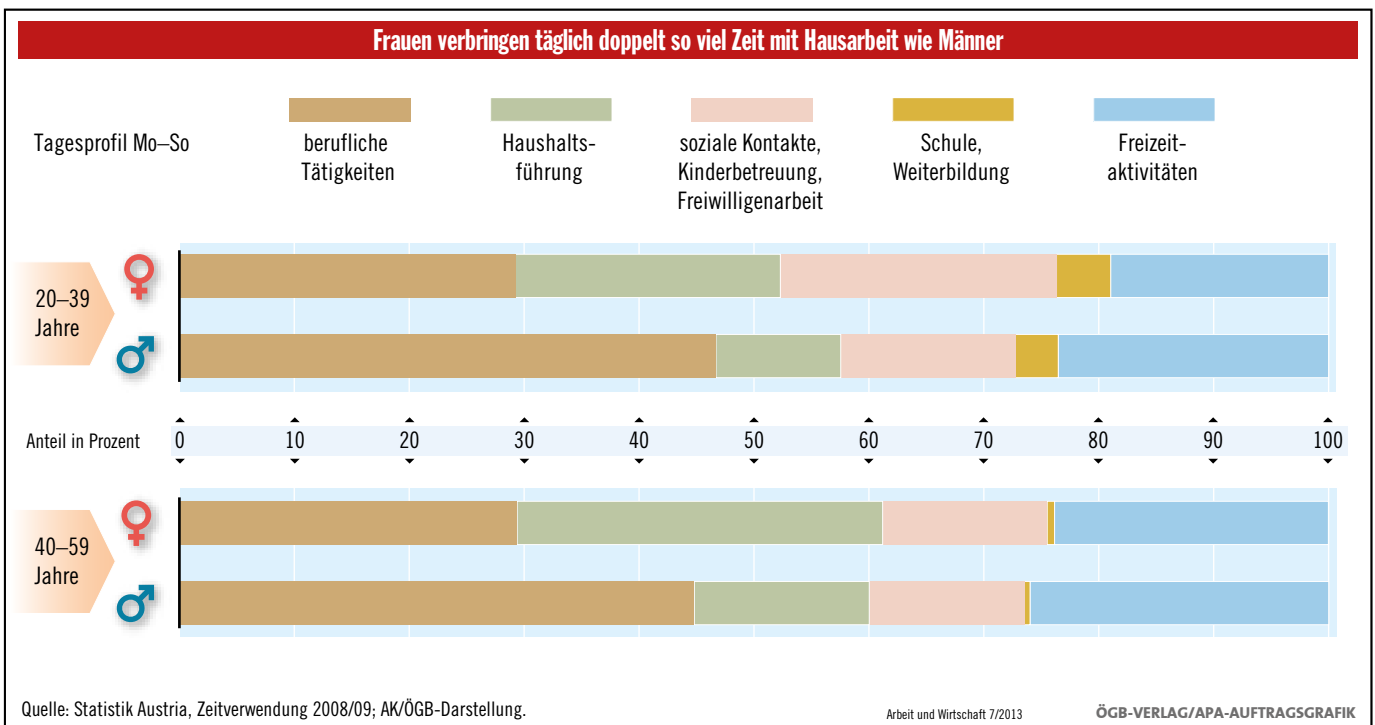
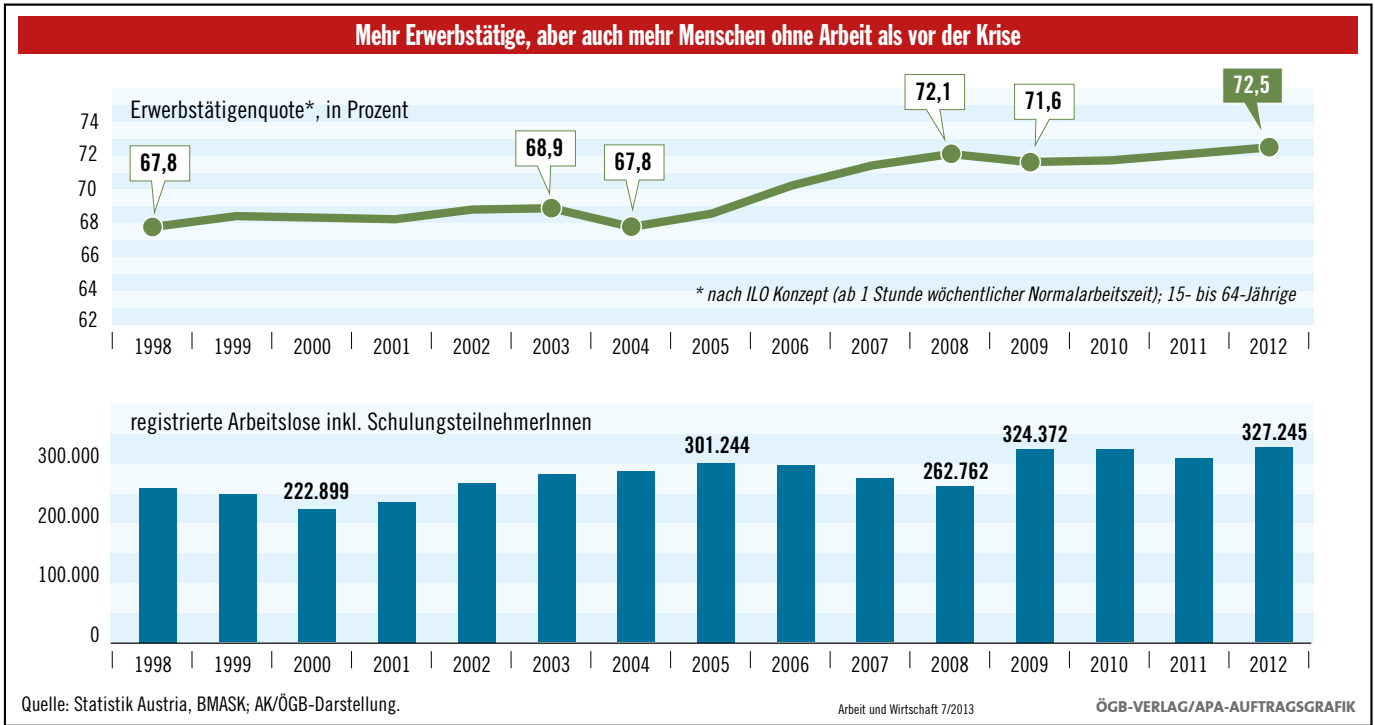
Die Lebensmittel-Preisvergleiche der AK zeigen regelmäßig auf, dass Lebensmittel im Vergleich zu Deutschland deutlich teurer sind. An der Qualität kann es nicht liegen, sind doch auch idente Markenprodukte in Wien um 15 Prozent teurer als in München, wie ein Preisvergleich der AK vom Frühjahr 2013 zeigt.

Zahlen, Daten, Fakten

Nicht nur subjektiv kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass uns immer weniger im Börsel bleibt. Aktuelle Statistiken belegen, dass die Haushaltseinkommen – besonders seit



Ausbruch der Krise – hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben. Das ist umso bedenklicher, als dass auch der Gesundheitszustand mit dem Einkommen zusammenhängt. Seit der Krise gibt es mehr Menschen ohne Arbeit, die Zahl der Erwerbstätigen ist allerdings auch gestiegen. Oft vergessen wird unbezahlte Arbeit, z. B. im Haushalt – für diese wenden Frauen nach wie vor doppelt so viel Zeit auf wie Männer.



Nachhaltige Verantwortung gefragt

In der Verkehrs- und Umweltpolitik geht es um zukunftsfähige Rahmenbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen. Daran wird auch die neue Regierung zu messen sein.

Sylvia Leodolter

Ökonomin, Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Umwelt- und verkehrspolitische Themen sind nicht gerade ein Wahlkampfschlager – abgesehen vom verzichtbaren Ruf nach Privatisierung der ÖBB. Das ist auch gut so, denn gerade wenn es um zentrale Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie Wasserversorgung, Abfallentsorgung, öffentlicher Verkehr, oder um Weichenstellungen für eine nachhaltige Wirtschaft geht, braucht es eine konsistente, langfristig orientierte Politik, die sich nicht an Wahlzyklen orientiert.

Es geht um Daseinsvorsorge

Das größte Problem für nachhaltige Verkehrs- und Umweltpolitik liegt darin, dass sie nicht dem neoliberalen Mainstream entspricht. Weder soziale noch ökologische Ziele passen zum „freien Spiel der Marktkräfte“. Öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand sind das genaue Gegenteil von privater Profitmaximierung. Viele neue Ideen und Instrumente der Umweltpolitik folgen der Logik, dass es für alles einen Markt geben muss, der sich seine Spielregeln möglichst selbst gibt.

Vor diesem Hintergrund sind die Prioritäten aus ArbeitnehmerInnensicht klar: Es geht um die Erhaltung und den Ausbau der Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung, um die Sicherung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen im Verkehrs- und Umweltsektor und um einen schonenden und

nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Daraus ergeben sich auch die konkreten Anliegen für die nächste Legislaturperiode.

Offensive für öffentlichen Verkehr

Wer nicht mobil ist, kann am sozialen und öffentlichen Leben kaum teilnehmen und ist in seinen Arbeitsmarktchancen eingeschränkt. Vor dem Hintergrund der klimapolitischen Herausforderungen und der steigenden Preise für fossile Treibstoffe ist die Sicherstellung leistbarer Mobilität nur mit einer Offensive für den öffentlichen Verkehr möglich. Um die Rahmenbedingungen für die Bahn und den öffentlichen Verkehr zu verbessern, ist mehr Kostenwahrheit zwischen Schiene und Straße sowohl beim Personen- als auch beim Güterverkehr notwendig. Dazu gehört auch der Ausbau von Regelungen, die den öffentlichen Verkehr priorisieren (z. B. Raumplanung, Luftreinhaltung, Klimaschutz). Ziel muss ein österreichweiter, integrierter Taktverkehr auf der Basis von einheitlichen Versorgungsstandards und der Ausbau der dazu notwendigen Infrastruktur sein. Das schließt auch ein österreichweites Tarif-, Ticket- und Fahrgastinformationssystem, einheitliche und sozial gerechte Ermäßigungen sowie Barrierefreiheit beim Zugang und der Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel und die Stärkung von Fahrgastrechten mit ein.

Im Zusammenhang mit der auf europäischer Ebene massiv vorangetriebenen Liberalisierung und Privatisierung auch im Verkehrssektor sind umfassende Maßnahmen erforderlich,

damit der öffentliche Verkehr attraktiver wird und weiterhin Arbeitsplatzsicherheit und faire Arbeitsbedingungen bietet. Die ÖBB und die kommunalen Verkehrsbetriebe sind ein unverzichtbarer Teil unseres öffentlichen Eigentums, weil sie nur umfassende Verkehrsdienstleistungen erbringen können, wenn sie integriert bleiben. Eine Privatisierung der ÖBB ist auf jeden Fall zu verhindern, das gilt auch für den Verkauf bestehender Unternehmensteile oder Teilunternehmen.

Damit ein fairer Wettbewerb im öffentlichen Verkehr auf Schienen und Straßen überhaupt möglich ist, sind einheitliche und verbindliche Regeln für alle Verkehrsunternehmen im Hinblick auf technische Anforderungen, Ausbildungsstandards, Bau-, Betriebs- und Sicherheitsstandards zu schaffen – hier besteht noch Nachholbedarf. Ebenso wichtig ist die Verhinderung von Sozial- und Qualitätsdumping im Verkehrsbereich, die künftige Regierung soll sich klar zur Direktvergabe bei der Bahn bekennen. Für jegliche Form von Verkehrsbestellung (Direktvergabe oder Ausschreibung) müssen Qualitäts- und Sozialkriterien österreichweit verbindlich verankert werden.

Auf dem Rücken des Fahrpersonals

Es gibt aber auch andere „Verkehrs-Baustellen“, an denen die Politik in den kommenden Jahren dringend weiterarbeiten sollte. Das Verkehrssystem klimaverträglich und ressourcenschonend weiterzuentwickeln, erfordert gesamtgesellschaftliche Anstrengungen. Es braucht eine



Die ÖBB und die kommunalen Verkehrsbetriebe sind ein unverzichtbarer Teil unseres öffentlichen Eigentums, weil sie nur umfassende Verkehrsdienstleistungen erbringen können, wenn sie integriert bleiben. Eine Privatisierung der ÖBB ist auf jeden Fall zu verhindern, das gilt auch für den Verkauf bestehender Unternehmensteile oder Teilunternehmen.

konsequente Offensive für den Güterverkehr, die zu einer Verlagerung auf die Schiene und die Schifffahrt führt und die Maßnahmen, von der Erhöhung der Lkw-Maut über strenge Kontrollen der Sozialvorschriften auf der Straße bis hin zu einer Reform der Anschlussbahnförderung, bündelt. Der Wettbewerb im Verkehr wird derzeit zum Großteil auf dem Rücken des Fahrpersonals ausgetragen. Deshalb muss die Schaffung fairer Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten eine zentrale Leitlinie der kommenden Jahre werden.

Verkehrslärm: Strategie erforderlich

Verkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit der BürgerInnen. Lärm ist auch ein soziales Problem. Eine Wohnumgebung, die Ruhe und Erholung ermöglicht, ist nicht für jeden leistbar. Der Straßenverkehr ist die wichtigste Lärmquelle.

Die bisherige Lärmschutzpolitik Österreichs leidet an fehlender Koordination und Verbindlichkeit. Natürlich haben fahrzeugseitige Maßnahmen (Schiene, Straße, Flugzeug) weithin Priorität. Aber die Verkehrszunahmen „fressen die technischen Verbesserungen am Fahrzeug auf“. Daher sind **immissionsseitige** Maßnahmen eine nationale Aufgabe. Derzeit werden die Spielräume für emissionsseitige (lärmabhängige Infrastrukturbenutzungsgebühren) sowie immissionsseitige Maßnahmen nur unzureichend genutzt. Dabei ist die zersplitterte Kompetenzlage in Österreich das Haupthindernis. Schwerpunkt für die kommenden Jahre muss die

Schaffung von mehr Transparenz, klaren Prioritäten und mehr Verbindlichkeit sein. Dazu sind die Überarbeitung des Bundes-Umgebungslärmgesetzes, ein neues Bundes-Verkehrslärmschutzgesetz und die Koordination von Raumordnung und Verkehrsplanung notwendig.

Feinstaub- und Stickoxidbelastung

Die Feinstaubbelastung reduziert die Lebenserwartung der ÖsterreicherInnen um sechs Monate. Vor allem bei Feinstaub und Stickoxiden besteht Handlungsbedarf. Eine Schlüsselrolle kommt auch hier dem Verkehr zu. Daher ist eine konsistente Strategie des Bundes notwendig, die Stickoxid-Emissionen deutlich reduziert und die Bundesländer bei ihren Verantwortlichkeiten im Rahmen des Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) wirksam ergänzt. Synergieeffekte mit dem Klima- und Lärmschutz sowie die Vermeidung von besonders gefährlichen Feinstaub-Fraktionen (z. B. Dieselruß) sind anzustreben. Die wichtigsten Ansatzpunkte sollen dabei der gewerbliche Verkehr, Offroad-Fahrzeuge, ein konsequenter Ausbau von Fernwärme und Erdgas, die Vermeidung von Feinstaub („sekundärer Feinstaub“) aus landwirtschaftlicher Produktion und neue Lkw-Maut-Zuschläge entsprechend der neuen EU-Richtlinie bilden.

Trotz ernüchternder Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung weisen EU-Initiativen wiederholt in Richtung Liberalisierung. Zuletzt konnte nur dank des Erfolgs von über 1,7 Mio. Stimmen für die Europäische Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre

Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ eine Liberalisierung abgewendet werden. Nun gilt es, die Versorgung mit Wasser sowie anderen öffentlichen Dienstleistungen durch die öffentliche Hand nachhaltig auch gesetzlich abzusichern. Sowohl für den weiteren Ausbau der Wasserkraft als auch hinsichtlich der Gewässerökologie liegen die bisherigen Maßnahmen weit hinter den Plänen. Insbesondere bei Kraftwerksplanungen, wo gleichzeitig die Verbesserung der Gewässerökologie erreicht werden soll, ist mit Zielkonflikten zu rechnen. Es braucht daher eine strategische, österreichweite Planung, welche klima-, energie-, umwelt- und gesellschaftspolitische Aspekte berücksichtigt. Viele Hochwasserschutzmaßnahmen, die nach der Katastrophe 2002 umgesetzt wurden, zeigten beim Jahrhunderthochwasser 2013 erste Erfolge. Dennoch sind einige wesentliche Probleme nach wie vor ungelöst (Gebäude in Gefahrenzonen, Versicherung), für die unter anderem im Wasserrechtsgesetz die Grundlagen zu verbessern sind.

Internet:

Zeitschrift Wirtschaft und Umwelt:
www.ak-umwelt.at

Abteilung Umwelt und Verkehr
auf der AK-Wien-Homepage:
tinyurl.com/npeoaea

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sylvia.leodolter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Investieren statt auspressen

Wenn Regeln wichtiger werden als das Engagement der ArbeitnehmerInnen, führt das zu einer Dequalifizierung der Arbeitsplätze.

Sonja Fercher

Freie Journalistin

Einen Arbeitgeber, der nicht nur in die Hardware investiert, sondern auch in das Know-how der MitarbeiterInnen: Das wünschen sich viele ArbeitnehmerInnen. Denn es liegt auf der Hand: Wer sich weiterbildet, ist besser im Job und hat auch die Chance auf ein besseres Gehalt. Nicht umsonst also haben Beschäftigte selbst ein großes Interesse an Weiterbildung. Laut einer aktuellen Umfrage des Karriereportals Monster plant knapp die Hälfte der Befragten eine Weiterbildung. Doch von Weiterbildung profitieren nicht nur die Beschäftigten: Weiterbildungsmaßnahmen erhöhen die Produktivität. Eine Studie der Universität Linz im Auftrag der Arbeiterkammer ergab, dass jeder Euro, den ein Unternehmen in Weiterbildung investiert, 13 Euro zusätzlichen Ertrag bringt. Allein schon deshalb könnte man erwarten, dass Unternehmen sich nur so danach reißen, in das vielzitierte „lebenslange Lernen“ ihrer MitarbeiterInnen zu investieren.

Dequalifizierungsprozess

Der Alltag aber sieht oft anders aus. Die Qualität der Arbeit ist da nicht mehr so wichtig, wie Eva Angerler von der Gewerkschaft GPA-djp immer wieder von Betriebsrätinnen und -räten hört. Vielmehr finde in der Arbeitswelt ein „Dequalifizierungsprozess“ statt: „Viele Arbeitsprozesse werden immer standardisierter und damit entwertet“, so Angerler. Zugleich finde eine Standortentwertung

statt, indem qualifizierte Arbeitsplätze abgezogen werden, während nur noch die Standardgeschäfte in Österreich verbleiben. Sie illustriert das am Beispiel einer international tätigen Versicherung, die nur noch das Customer-Care-Center hier belasse, sprich geringer qualifizierte Arbeitsplätze. „Reporten statt Gestalten“, so laute immer häufiger das Credo, das ursprünglich in den großen Konzernen um sich gegriffen habe, sich inzwischen aber auf die Wirtschaft insgesamt auswirke. „Da spielt natürlich die Technik mit rein, denn die macht eine immer zentralere Steuerung möglich“, so Angerler. Dazu komme, dass man in vielen Unternehmen an Verhaltenskodizes arbeite, die nach Möglichkeit weltweit gleich lauten sollen. Dies beeinträchtige nicht nur die Qualität der Arbeit an sich. Es führe auch dazu, dass die Beschäftigten weniger Verantwortung übernehmen, befürchtet die Gewerkschafterin.

Ein oberflächlicher Blick in die Statistik könnte Anlass zur Zufriedenheit mit den österreichischen Arbeitgebern sein. Immerhin gilt die große Mehrheit von ihnen als „weiterbildungsaktiv“: Laut Statistik Austria ließen 87 Prozent der Betriebe im Jahr 2010 ihre Beschäftigten während der Arbeitszeit an Kursen teilnehmen oder finanzierten Weiterbildungsaktivitäten außerhalb der Arbeitszeit. Mit Erstaunen liest man vor diesem Hintergrund die nächste Zahl: Obwohl so viele Unternehmen in Weiterbildung zu investieren scheinen, konnte nur rund ein Drittel der Beschäftigten an einer solchen Maßnahme teilnehmen. Die Diskrepanz ist leicht erklärt: Um als weiterbildungsaktiv zu

BUCHTIPP

Nussbaum, Martha C.:
Nicht für den Profit
Warum Demokratie Bildung braucht
TibiaPress, 2012,
182 Seiten, € 15,30
ISBN: 978-3-935254-91-5



Bestellung:

www.besserewelt.at

gelten, reicht es schon, wenn man für einen/eine MitarbeiterIn eine Weiterbildung angeboten oder finanziert hat.

„Wer hat, dem wird gegeben“

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich einige Herausforderungen. AK-Bildungsexpertin Petra Völkerer verweist auf einen problematischen Meinungswandel bei den Arbeitgebern. Auf die Frage, warum man den Beschäftigten keine Weiterbildung anbietet, habe man früher geantwortet: Die MitarbeiterInnen sind auf dem neuesten Stand, keine Zeit oder zu teuer. „Jetzt antworten sie: Ich stelle lieber neue Leute ein, die das können“, so Völkerer. „Daraus spricht eine Hire-and-fire-Mentalität.“

Dazu kommt, dass bestimmte ArbeitnehmerInnen-Gruppen mehr profitieren als andere. „Wer hat, dem wird gegeben“, zitiert Völkerer einen leider inzwischen zum geflügelten Wort gewordenen Satz. „Wer gut gebildet ist, sucht sich Weiterbildungen meist selber aus und geht damit zum Chef.“ Anders die Lage von Geringqualifizierten, die



Um die Qualität der Arbeit wieder in den Vordergrund zu rücken, fordern Gewerkschaft und Arbeiterkammer von den Unternehmen aber nicht nur mehr Engagement in Sachen Weiterbildung.

bei Weiterbildungen meist den Kürzeren ziehen. In konkreten Zahlen ausgedrückt: Mehr als zwei Drittel der Personen mit einem Abschluss von der Uni oder einer ähnlichen Bildungseinrichtung bildeten sich weiter, wie eine Studie der Statistik Austria aus dem Jahr 2011 ergab. Bei den Beschäftigten mit Pflichtschulabschluss hingegen war es lediglich ein Viertel.

Außerdem können junge Beschäftigte davon deutlich häufiger profitieren als die ältere Generation. Dazu kommt ein Gender-Gap: Zwar seien die Unterschiede bei den TeilnehmerInnen-Zahlen nicht so groß, meint AK-Arbeitsmarktexpertin Gerlinde Hauer, „Männer bekommen aber meistens umfassendere Weiterbildungen“.

Weiterbildung ist Karrierefrage

Ein weiterer Aspekt, der gegen Frauen wirkt, lautet: Je höher die Position, desto größer die Chance auf Weiterbildung. Doch je höher die Sprosse auf der Karriereleiter ist, desto seltener sind dort Frauen anzutreffen. Nicht zuletzt sind viele Frauen in Branchen beschäftigt, in denen Weiterbildung ohnehin nicht weit oben auf der Tagesordnung steht. Im Nachteil sind im Übrigen auch Beschäftigte mit Migrationshintergrund, wie eine AK-Studie aus dem Jahr 2012 aufzeigte. Betrachtet man sich die Unternehmen selbst genauer, so sagt die Statistik: Je größer der Betrieb, desto mehr Wert wird auf Weiterbildung gelegt. Barbara Riedl-Wiesinger vom Karriereportal Monster: „Bedenklich ist, dass gerade in KMUs, die eine tragende Säule der heimischen

Wirtschaft darstellen, die Weiterbildung offensichtlich einen geringeren Stellenwert besitzt.“

Innovation schafft Arbeitsplätze

Wenn sich Beschäftigte in erster Linie als „RichtlinienerfüllerInnen sehen“, habe dies indirekte Folgen für die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, unterstreicht Angerler. Eine aktuelle AK-Studie zeigt nämlich: Innovation schafft Arbeitsplätze, und zwar ganze 19.000 pro Jahr. Das ist mehr als ein Drittel des gesamten Beschäftigungswachstums. „Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer innovationspolitischen Strategie sind entsprechende Investitionen in den Aus- und Weiterbildungssektor“, sagte AK-Präsident Rudolf Kaske anlässlich der Präsentation der Studie. Hier allerdings sieht er ein Defizit und fordert mehr Anstrengung der Unternehmen. Der Zugang zu Weiterbildung soll für alle gleich sein, so Kaske. Er fordert: „Eine Arbeitswoche pro Jahr innerhalb der bezahlten Arbeitszeit.“

Um die Qualität der Arbeit wieder in den Vordergrund zu rücken, fordern Gewerkschaft und Arbeiterkammer von den Unternehmen aber nicht nur mehr Engagement in Sachen Weiterbildung. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Arbeitszeit. Immerhin hat Österreich schon jetzt im EU-Vergleich die zweithöchste faktische Wochenarbeitszeit. Im Jahr 2012 kamen 300 Mio. Überstunden zusammen, auch dies ist ein Spitzenwert in Europa – und ein ganzes Viertel davon wird nicht abgegolten. Erhielten früher vor allem Führungs-

kräfte All-in-Verträge, so werden diese inzwischen immer mehr Angestellten aufgezwungen.

Die Gewerkschaft fordert hier ein Zurück zum Ursprung, so Angerler: „Diese dürfen nur Beschäftigte in höheren Hierarchie- und Gehaltsstufen bekommen.“ Es müsse bessere Kontrollen geben, fordert Angerler.

Nicht zuletzt oder vielmehr ganz besonders: Der Zugang zur sechsten Urlaubswoche muss erleichtert werden. Und: „Der Sonntag muss frei bleiben“, fordert Angerler. Zugleich müsse auch die Gesundheit der Beschäftigten deutlich mehr gefördert werden. Arbeitsbezogene Erkrankungen nehmen immer mehr zu, vor allem psychische Erkrankungen. „Der Druck, krank zur Arbeit zu gehen oder mehr zu arbeiten, lässt sich in der Statistik in jedem Fall ablesen“, so die Gewerkschafterin. Hier seien die Arbeitgeber gefragt, mehr für die Prävention zu tun.

Denn wie auch immer man es dreht und wendet: In die ArbeitnehmerInnen zu investieren bringt mehr, als sie noch weiter auszupressen – und zwar nicht nur den Beschäftigten, sondern auch den Unternehmern.

Internet:

Mehr Info unter:
tinyurl.com/qyavm7n

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sonja.fercher@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der nicht so kleine Unterschied

Kürzere Kündigungsfristen, keine Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfällen – ArbeiterInnen und Angestellte sind rechtlich nicht gleichgestellt.

Susi Haslinger, René Schindler
Gewerkschaft PRO-GE

Vor 150 Jahren war die Welt noch „in Ordnung“: Da gab es „Werksbeamte“, deren soziale Stellung dem Gesetzgeber ein Anliegen war; und es gab die Masse der HacklerInnen, für die sich niemand interessierte – ausgenommen die gerade im Aufbau befindlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine. Die beiden sozialen Welten hatten kaum Berührungspunkte, auch nicht bei der Arbeit: Die einen kontrollierten nur die Arbeit der anderen.

Aber die Welt dreht sich: Heute ist es oft sehr schwierig, festzustellen, wer eigentlich ArbeiterIn und wer Angestellte/r ist. Die sozialen Mauern sind gefallen. Angestellte weisen es im Regelfall empört zurück, in die Nähe von „Beamten-tum“ (auch ein Klischee ...) gerückt zu werden. Schon gibt es gemeinsame KV für ArbeiterInnen und Angestellte einer Branche. Nur der Gesetzgeber schafft die Angleichung nicht: Noch immer gibt es erstaunliche Unterschiede, im Regelfall zulasten der ArbeiterInnen, da und dort auch zulasten der Angestellten.

Gleiche Rechte für alle?

Gewiss: Es gibt noch Tätigkeiten, die man gut unterscheiden kann, z. B. Fließbandarbeit einerseits, Leitungsaufgaben andererseits. Aber auch wo das zutrifft: Weshalb sollte diese tatsächliche Unterscheidung unterschiedliche Rechte nach sich ziehen? Tatsächlich spricht viel dafür, dass auch die verbliebenen rechtlichen Unter-

INFO & NEWS

Die wichtigsten Unterschiede auf einen Blick:

- » Alle haben Anspruch auf bezahlte Freizeit aus „wichtigen persönlichen Gründen“. Bei Arbeiterinnen und Arbeitern gelten alte KV-Regelungen als wirksame Schlechterstellung und verdrängen das Gesetz.
- » Bei Krankheit bzw. Freizeitunfall haben alle sechs Wochen Anspruch auf das volle Entgelt, dann vier Wochen auf das halbe Entgelt (und halbes Krankengeld von der Krankenkasse). Mit den Dienstjahren steigen diese Ansprüche nur für Angestellte. Aber: ArbeiterInnen haben alle diese Ansprüche pro Arbeitsjahr, für Angestellte gilt eine komplexe Zusammenrechnungsregel. Nur ArbeiterInnen haben einen zusätzlichen Zahlungsanspruch bei Krankenständen nach Arbeitsunfällen.
- » Unterschiedliche Gründe für vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses (Entlassung/Austritt). Bei Arbeiterinnen und Arbeitern sind die Gründe geregelt, bei Angestellten nur beispielsweise angeführt.
- » Die kurze 14-tägige Frist für ArbeiterInnen kann durch KV noch einmal verkürzt werden, das Gesetz kennt keinen Kündigungstermin. Für Angestellte gilt eine Kündigungsfrist von sechs Wochen bis fünf Monaten (je nach Dienstalter) und das Quartal als Kündigungstermin (allerdings kann im Arbeitsvertrag der 15. und der Letzte jedes Monats vereinbart werden).
- » ArbeiterInnen zahlen 3,95 Prozent vom Bruttolohn an die Krankenversicherung, Angestellte nur 3,82 Prozent. ArbeitgeberInnen zahlen bei Arbeiterinnen und Arbeitern nur 3,7 Prozent dazu, bei Angestellten 3,83 Prozent. In Summe ergibt das jeweils 7,65 Prozent.

schiede zwischen Arbeiterinnen/Arbeitern und Angestellten verfassungswidrig sind. Aber neue und vernünftige Regeln sind nicht die Aufgabe der Gerichte, die muss schon der Gesetzgeber herbeiführen.

Als allererstes muss endlich mit einer schwarz-blauen Gemeinheit aufgeräumt werden: Bei Fällen der Arbeitsverhinderung aus persönlichen Gründen (Hochzeit, Geburt, Katastrophen ...) bestehen gleiche Rechte. Allerdings gelten Regeln in KV – abgeschlossen in grauer Vorzeit – per Gesetz als gültige Schlechterstellung bei Arbeiterinnen und Arbeitern. Es braucht nur einen Federstrich, um das endlich zu lösen; zur Hälfte hat ihn

der Gesetzgeber im Zuge der Hochwasserkatastrophen im Sommer bereits gemacht.

Bei Erkrankung und Arbeitsunfällen sind sich alle einig: Das derzeit für Angestellte geltende System ist sozial wenig treffsicher. Es sieht gerade bei langen schweren Erkrankungen schlechtere Leistungen vor als das Arbeitersystem. Bei häufigeren, kürzeren Krankheiten ist es in seinen Leistungen besser, bei Arbeitsunfällen schlechter. Zudem ist das Regelwerk so kompliziert. Kaum jemand kann wirklich feststellen, auf welche Leistungen Anspruch besteht. Also, warum keine einheitliche Regelung, die ein-

fach zu administrieren ist und die man gut überblicken und kontrollieren kann? Die vorgesehenen Leistungen bei Krankheit müssen so weit verbessert werden, dass ArbeiterInnen und Angestellte Anspruch auf gleiche, jedenfalls bessere Leistungen als heute haben. Das würde die ArbeitgeberInnen nicht belasten. Sie ersparen sich im Bereich gehäufter Kurzkrankenstände etwas, aber auch durch einfachere Verwaltung.

Vorzeitige Auflösung

Unterschiedlich geregelt sind auch die Gründe für eine vorzeitige (fristlose) Auflösung der Arbeitsverhältnisse, also Entlassung bzw. Austritt. Für ArbeiterInnen sind sie in der Gewerbeordnung aus 1859 geregelt. Entsprechend merkwürdige Überbleibsel aus vergangenen Tagen finden sich da: So kann ein/e ArbeiterIn z. B. fristlos entlassen werden, wenn er bzw. sie „mit einer abschreckenden Krankheit behaftet ist“ oder der „Trunksucht verfällt“. Aber auch Angestellte können schon deswegen entlassen werden, weil sie sich als „vertrauensunwürdig“ erweisen. Da sind modernere, differenziertere, aber für beide Gruppen gleiche Regelungen überfällig.

Die Kündigungsfristen für Angestellte betragen bei Kündigung durch den/ die ArbeitgeberIn mindestens sechs Wochen. Je nach Dienstalter erstrecken sie sich auf bis zu fünf Monate. Bei ArbeiterInnen verhält sich dies anders: Gesetzlich ist eine 14-tägige Kündigungsfrist festgelegt, von dieser kann jedoch im KV abgegangen werden. In den traditionell starken KV, wie z. B. jenen der Metallindustrie, ist eine Anpassung an die langen Fristen der Angestellten bereits gelungen. Eine gesetzliche Gleichstellung gibt es jedoch noch immer nicht. Das führt dazu, dass in manchen Branchen aberwitzig kurze Kündigungsfristen für ArbeiterInnen bestehen, z. B. im Bäckerhandwerk (ein Tag) oder im Malergewerbe (in den ersten fünf Jahren gar keine Kündigungsfrist). Das hat im Fall der kurzfristigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses schlimme soziale und finanzielle Auswirkungen für die Betroffenen. Wenn nur mit gleichen Fristen und vor allem zum selben Kündigungstermin aufgelöst werden könnte, gäbe es

auch am Arbeitsmarkt einen einheitlichen Termin zum Arbeitsplatzwechsel: den Monatsersten für alle! Das würde kurze Phasen der Arbeitslosigkeit vermeiden, die nur wegen verschiedener Usancen beim Beendigungstermin entstehen. Bei Kündigungsfristen und -terminen gibt es massive Interessengegensätze, zumal wir für ArbeitnehmerInnen weiter möglichst kurze Kündigungsfristen wollen. Dieses Thema wird eine harte Nuss!

Überhaupt nicht nachvollziehbar ist der noch immer bestehende Unterschied bei den Beiträgen zur Krankenversicherung. ArbeiterInnen zahlen hier 3,95 Prozent, anstelle der 3,82 Prozent der Angestellten. Genau um diese Differenz ist wiederum der Arbeitgeberanteil niedriger, sodass die Krankenkassen im Effekt denselben Gesamtbetrag erhalten! Die Krankenversicherung für einen/eine ArbeiterIn ist also für ArbeitgeberInnen – wenn auch nur minimal – billiger, dafür für HacklerInnen entsprechend teurer.

Schöne neue Welt?

Immer wieder locken ArbeitgeberInnen einzelne ArbeiterInnen mit der Zusage, sie in ein Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Was verschwiegen wird: Mit dem Wechsel des Kollektivvertrags fallen oft auch Zulagen und Zuschläge weg, die an die typische ArbeiterInnen-Tätigkeit anknüpfen. Bei geänderter Tätigkeit entfällt der Anspruch auf Umstufung und höheren Lohn – denn im Angestellten-KV gibt es natürlich alle diese Arbeiter-Tätigkeiten nicht. Aber das wissen wir ja seit Langem: „Lösungen“ nur für Einzelne von uns sind keine wirkliche Lösung. Gemeinsam sind wir stark! Der Gesetzgeber ist gefordert!

Internet:

Ein Blick in den KV:
www.kollektivvertrag.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
rene.schindler@proge.at
susanne.haslinger@proge.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Für ArbeiterInnen sind sie in der Gewerbeordnung aus 1859 (!) geregelt, dementsprechend merkwürdig anmutende Überbleibsel aus vergangenen Tagen finden sich da: So kann ein/e ArbeiterIn z. B. fristlos entlassen werden, wenn er bzw. sie „mit einer abschreckenden Krankheit behaftet ist“ oder der „Trunksucht verfällt“.

Generation Pflege

Immer mehr Menschen in Österreich sind pflegebedürftig, und das ist oft eine Belastung für alle Betroffenen. Neue Regelungen sollen helfen.

Amela Muratovic

ÖGB-Kommunikation

Wenn der Eintopf auf dem Gasherd würzig duftete oder auch der Kuchen im Ofen seinen Duft im ganzen Zimmer verströmte, waren das schöne Momente in Omas und Opas Wohnküche. 30 Jahre später erinnern nur noch Familienbilder an der alten Wandtapete an diese unbeschwertere Zeit. „Sie kann sich nicht allein um ihn kümmern, ihn pflegen“, sagt die Schwester und beobachtet ihre Mutter beim Tisch decken. „Wir sind alle vollbeschäftigt, was machen wir jetzt?“, fragt der Bruder. Das Geschwisterpaar ist eines von vielen, das auf die Pflegebedürftigkeit eines Elternteils nicht vorbereitet war.

Jeder kann pflegebedürftig werden

Ende des Jahres 2011 waren laut Statistik Austria zwölf Prozent der BezieherInnen von Pflegegeld jünger als 60 Jahre. Ein Autounfall, Herzinfarkt, Schlaganfall, eine schwere Erkrankung oder einfach nur Altersgebrechlichkeit – und was dann? Jeder kann pflegebedürftig werden, völlig überraschend von heute auf morgen oder absehbar, als Folge einer schleichenden Krankheit. Laut Caritas werden etwa 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in den eigenen vier Wänden versorgt, von Familienangehörigen gepflegt. Für die Betroffenen ist die häusliche Pflege unverzichtbar, für die Angehörigen oft eine große Belastung.

Pflegebedürftigkeit verursacht eine ganze Reihe von Kosten für die Betroffenen und deren Angehörige. Neben der

Beschaffung von Pflegehilfsmitteln oder Beanspruchung von Pflegeleistungen, entstehen für alle Betroffenen physische und psychische Belastungen. „Mit der Pflegekarenz wird künftig verhindert, dass sich pflegende Angehörige komplett vom Arbeitsmarkt zurückziehen müssen. Derzeit sind vor allem Frauen praktisch gezwungen, ihren Beruf aufzugeben, wenn ein Angehöriger pflegebedürftig wird“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

Die neuen Regelungen zur Pflegekarenz und Pflegezeit schaffen eine bessere Vereinbarkeit von pflegenden Angehörigen und Beruf. Pflegenden Angehörige können bis zu drei Monate in Pflegekarenz oder -zeit gehen. Nach den drei Monaten Karenz oder Teilzeit kann ein anderer Angehöriger daran anschließen – ebenfalls maximal drei Monate. Sollte sich der Zustand des zu pflegenden Angehörigen verschlechtern, ist es erneut möglich, eine Pflegekarenz oder -zeit zu beantragen. Voraussetzung für all das ist allerdings die Zustimmung des Arbeitgebers. Der ÖGB hat vorab einen Rechtsanspruch darauf gefordert. „Es darf nicht von der Gnade des Arbeitgebers abhängen, wer in Pflegekarenz gehen darf und wer nicht. Wir werden daher auf einen Rechtsanspruch auf eine befristete Pflegekarenz nicht vergessen“, so Achitz.

Anstrengende Arbeit

Fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung sind älter als 80 Jahre. Im Jahr 2050 werden es mit 11,5 Prozent mehr als doppelt so viele sein – etwa eine Mil-

lion Menschen. Der Betreuungs- und Pflegebedarf steigt und somit auch die Kosten. Das WIFO geht von einem Anstieg der Gesamtkosten von 3,9 Mrd. Euro auf mindestens 5,4 Mrd. Euro im Jahr 2030 aus, so die Caritas. „Pflege muss für alle Menschen leistbar bleiben – unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind“, sagt der stv. Vorsitzende der Gewerkschaft vda, Willibald Steinkellner. „Die Einrichtung eines **Pflegefonds** und dessen Verlängerung bis zum Jahr 2016 waren ein wichtiger Schritt, um die finanzielle Basis des Gesundheits- und Pflegebereichs nachhaltig zu verbessern. Es sind aber weitere Investitionen notwendig.“

Fachkräftestipendium seit 1. Juli 2013

Ende 2012 präsentierten Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Wiens Soziallandesrätin Sonja Wehsely kommende Schritte für die Weiterentwicklung der Pflege in Österreich. Der ÖGB lobte vor allem die Festlegung auf eine Steuerfinanzierung bei der Finanzierung des Pflegefonds. Ebenso wurde im Konzept ein Fachkräftestipendium angedacht, welches nun seit dem 1. Juli in Kraft ist. Da mehr Beschäftigte im Pflegebereich benötigt werden, ist das Fachkräftestipendium zur Deckung des Lebensunterhaltes eingeführt werden. Das soll einerseits einen Anreiz zum Wechsel in einen Pflegeberuf geben und andererseits den Umstieg erleichtern. „Investitionen in den Gesundheits- und Sozialbereich sind Zukunftsinvestitionen von hoher Beschäftigungssintensität und sind unverzichtbar für die Lebensqualität der Gesellschaft“, so Steinkellner.

Ein Autounfall, Schlaganfall, Herzinfarkt, eine schwere Erkrankung oder einfach nur Altersgebrechlichkeit – und was dann? Jeder kann pflegebedürftig werden, völlig überraschend von heute auf morgen.



80 Prozent der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich sind Frauen. Die Arbeitszeiten in der Branche sind derzeit unterschiedlich geregelt. Die Kollektivverträge in privaten Krankenanstalten sehen eine 40-Stunden-Woche vor, während Beschäftigte in Betrieben des Pflege- und Betreuungsbereichs, in denen der BAGS-KV gilt, eine 38-Stunden-Woche haben. Im Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz ist noch die Möglichkeit einer Verlängerung der Tageshöchstleistungszeit auf bis zu 13 Stunden und der höchstzulässigen Wochenarbeitszeit auf bis zu 60 Stunden festgeschrieben. Außerdem können mittels Betriebsvereinbarungen durch sogenannte Bereitschaftszeiten Arbeitszeiten von bis zu 25 Stunden am Stück vereinbart werden.

KV weiterentwickeln

„Allen Verantwortlichen muss klar sein, dass es bei der Finanzierung dieses Bereiches um die Finanzierung hochwertiger und anstrengender Arbeit geht und nicht um irgendwelche Jobs“, so Steinkellner. „Unregelmäßige Arbeitszeiten durch Überstunden, Schichtdienst, Dienstaustausch oder Einspringdienste sind im Gesundheits- und Sozialbereich nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Arbeitszeit und Freizeit sind kaum mehr planbar. Diese Belastung wirkt sich negativ auf die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen aus. Studien beweisen den Zusammenhang. Die Folgen reichen von Schlafstörungen bis hin zu Herzbeschwerden. Krankenstände, Burn-out und Berufsunfähigkeit gehen damit einher.“

Die Gewerkschaft vida fordert daher eine Weiterentwicklung der Kollektivverträge, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Außerdem unterstützt vida die Forderung der ArbeitgeberInnen an die Geldgeber, kollektivvertragliche Vereinbarungen bei den Leistungs- und Förderverträgen zu berücksichtigen.

Rund um die Uhr

Eine 24-Stunden-Pflege für erkrankte Angehörige ist eine Alternative zum Pflegeheim, weil auch immer mehr Menschen in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt und versorgt werden wollen. Seit 2008, als das System der Selbstständigkeit gegen den drohenden Pflegenotstand etabliert wurde, werden pflegebedürftige Menschen in Österreich von Selbstständigen betreut. Der ÖGB kritisiert das und fordert, dass die 24-Stunden-Pflege in Zukunft von ArbeitnehmerInnen erledigt wird, die bei Vereinen wie Caritas, Hilfswerk oder Volkshilfe angestellt werden, und nicht direkt bei den Pflegebedürftigen. Damit soll die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sichergestellt werden, und die pflegebedürftigen Menschen werden von rechtlichen Risiken entlastet, die die Auftraggeberrolle mit sich bringt.

Diese Position vertritt auch die Gewerkschaft vida. Das Argument, wonach die 24-Stunden-Betreuung bei einer Anstellung der Pflegekräfte deutlich teurer würde, bezeichnet der stv. vida-Vorsitzende als zynisch: „Es kann nicht sein, dass die Frage der Finanzierung auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird und ArbeitnehmerInnen zweiter

Klasse geschaffen werden, indem man sie in Scheinselbstständigkeit drängt und so zum Verzicht auf sozialrechtliche Absicherung und kollektivvertragliche Entlohnung zwingt.“

Ein weiteres Anliegen der Gewerkschaft vida bleibt die gesetzliche Verankerung einer Ausbildung, zum Schutz der Pflegebedürftigen, aber auch der Beschäftigten. „Für die Wartung eines Autos braucht der Mechaniker eine Ausbildung, für die Betreuung alter, kranker Menschen geben wir uns damit zufrieden, dass hoffentlich nichts passiert, wenn ungeschulte Kräfte das übernehmen“, betont Steinkellner.

Die ÖGB-Position findet auch Unterstützung bei einer Mehrheit der Menschen in Österreich. Eine Befragung der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) hat ergeben: Bei der Frage, ob die 24-Stunden-Betreuung auf selbstständiger Basis oder durch Angestellte bei Sozialvereinen erledigt werden sollte, sprechen sich 61 Prozent für das letztere Modell aus. Nur 24 Prozent setzen auf Selbstständige.

Internet:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales
und Konsumentenschutz:
www.bmask.gv.at

Gewerkschaft vida:
www.vida.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
amela.muratovic@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Migration: Gekommen, um zu bleiben

*Österreich hat einen der höchsten Migrationsanteile in der EU.
Ohne Reformen in der Asylpolitik ist der soziale Zusammenhalt gefährdet.*

Irene Steindl

Freie Redakteurin

Max Frisch schrieb einst: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und Menschen sind gekommen.“ Als Österreich Anfang der 1950er-Jahre Gastarbeiter benötigte, waren die menschlichen Konsequenzen nicht absehbar. Die meisten sind gekommen, um zu bleiben. Heute reicht ein Blick auf die Straßen, um zu sehen, dass Österreich ein Einwanderungsland ist. Jede fünfte in Österreich lebende Person hat einen **Migrationshintergrund**, wie aus dem Integrationsbericht 2013 hervorgeht. Damit hat Österreich einen der höchsten Migrationsanteile innerhalb der Europäischen Union. Was verhindert nun eine gemeinsame Zukunft von Menschen unterschiedlicher Herkunft am Arbeitsmarkt? Derzeit vieles. Aus Sicht von Arbeiterkammer, ÖGB und Gewerkschaften läuft hierzulande hinsichtlich der Integration von MigrantInnen und Asylwerbenden in den Arbeitsmarkt einiges schief. Unabhängig von den Wahlen fordern sie dringend Reformen.

Bildungsabschlüsse anerkennen

MigrantInnen sind am österreichischen Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt. Das hat eine Studie der Arbeiterkammer Wien aus dem Jahr 2012 ergeben. Ein Drittel der Beschäftigten mit Migrationshintergrund wird demnach in Österreich nicht gemäß ihrer Qualifikationen eingesetzt. Die Folge ist eine systematische Unterentlohnung. Eine Ursache dafür sieht Manfred Wolf von work@migration, der

Interessenvertretung für MigrantInnen innerhalb der Gewerkschaft GPA-djp, an der mangelnden Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Viele Ausbildungen, die MigrantInnen im Heimatland absolviert haben, werden in Österreich nicht oder nur sehr zögerlich anerkannt. Sowohl Arbeiterkammer als auch ÖGB und die GPA-djp fordern daher die (schnellere) Anerkennung der im Herkunftsland absolvierten Ausbildungen. Finanzielle Benachteiligungen aufgrund mangelnder Anerkennung von Bildungsabschlüssen können aber auch in Kollektivverträgen abgedeckt werden. In der Metall- oder Elektroindustrie erfolgt die Entlohnung nach der tatsächlichen Tätigkeit.

In Diskussionen um Migration fällt schnell die Forderung nach Integration: „MigrantInnen haben sich gefälligst zu integrieren, in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt!“ Ein Argument, das Wolf besonders ärgert: „Einerseits wird Integration und Anpassung an die österreichische Kultur gefordert, zugleich wird alles Mögliche unternommen, um Integration zu verhindern.“ In Krisenzeiten gehören MigrantInnen zu den ersten, die gehen müssen. Sie werden nach wie vor als industrielle Reservearmee gesehen, die rasch aufgenommen und auch rasch wieder abgebaut werden kann. Warum ist Integration so wichtig? Integration ist eine Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt und soziale Sicherheit in der Gesellschaft. Dass es hier massive Mankos gibt, verdeutlichen die „refugee protests“. Seit mittlerweile zehn Monaten protestieren AsylwerberInnen in Österreich aufgrund menschenunwürdiger Lebensbedingungen. Eine zen-

trale Forderung der „refugees“ war von Anfang an der freie Zugang zum Arbeitsmarkt: „Wir brauchen eine Arbeitserlaubnis. Wir wollen für uns selbst sorgen. Wir wollen nicht vom Staat abhängig sein. Wir verlangen, dass man uns unsere Würde als Menschen zurückgibt.“ Derzeit ist es Asylwerbenden nicht möglich, während des laufenden Asylverfahrens einer Beschäftigung nachzugehen oder eine Ausbildung zu absolvieren. Diese Regelung führt direkt in die illegale Beschäftigung und spielt Lohn- und Sozialdumping in die Hände.

Zugang zu Bildung

Die Sozialpartner haben sich bereits 2011 in Bad Ischl auf die Forderung geeinigt, den Arbeitszugang für Asylwerbende sechs Monate nach Antragstellung zu öffnen, sofern das Asylverfahren noch läuft. Damit ist es aber nicht getan. Die Arbeiterkammer fordert grundlegende Änderungen des Asylwesens. Die Asylverfahren müssen schneller und straffer organisiert ablaufen. Bei längeren Verfahren sollen die AntragstellerInnen die Zeit für Ausbildungen oder einen selektiven Arbeitsmarktzugang nützen können. Im Vordergrund steht die Öffnung von Bildungszugängen für junge Asylwerbende. Seit heuer ist es aufgrund einer Verordnung des Sozialministeriums möglich, dass AsylwerberInnen bis zum 25. Lebensjahr eine Lehre in Mangelberufen (zum Beispiel BäckerIn oder FußpflegerIn) während des Verfahrens beginnen können. Aus Sicht der Arbeiterkammer wäre zu überlegen, auch die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr



Integration ist eine Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt und soziale Sicherheit in der Gesellschaft. Dass es hier massive Mankos gibt, verdeutlichen die „refugee protests“.

für Asylwerbende zu öffnen. Im Bereich der Bildung sei es das Wesentlichste, so Johannes Peyrl, so rasch als möglich die deutsche Sprache zu lernen. Für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sei das grundlegend. Dass bereits vor der Einreise nach Österreich deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau A1 (nach dem Europäischen Rechtsrahmen) und für einen unbefristeten Aufenthalt sowie die Staatsbürgerschaft auf dem Niveau B2 erforderlich sind, erachtet der Migrationsrechtsexperte der Arbeiterkammer als reinste Schikane. „Das schließt soziale Gruppen gänzlich von einem unbefristeten Aufenthaltsrecht und der Staatsbürgerschaft aus. Diese Anforderungen können meist nur jene erfüllen, die im Herkunftsland Zugang zum Spracherwerb haben. In der Regel sind das BewohnerInnen aus Großstädten oder sozial besser gestellte Schichten.“ Laut Peyrl sei es daher sinnvoll, unmittelbar nach der Einreise Deutschkurse für zuziehende Personen anzubieten.

Erwerb der Staatsbürgerschaft

Der Migrationsrechtsexperte plädiert zudem für eine grundlegende Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Österreich hat eine der restriktivsten Regelungen in der EU. Derzeitige Einkommens- und Sprachanforderungen seien laut Peyrl zu hoch. Die Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Integrationsschritt. Ihr Erwerb darf nicht am Geld scheitern, so die Position der Arbeiterkammer. Die nötigen Unterhaltsmittel müssen gesenkt werden, Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften sollen zugelassen werden. Auch will die Arbeiterkammer die Möglichkeit prüfen, Kindern

der 2. Generation bereits bei Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft zuzuerkennen, wenn zumindest ein Elternteil rechtmäßig in Österreich niedergelassen ist. Die Novelle wurde kürzlich im Parlament beschlossen. Die Forderungen der Arbeiterkammer blieben unberücksichtigt. „Bei uns im Betrieb gibt es keine Probleme“, bekommt Manfred Wolf von work@migration oft von Betriebsrätinnen und Betriebsräten zu hören. Daran glaubt er nicht. Dort, wo Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenarbeiten, gebe es immer wieder Reibereien. Das liege auch daran, dass MigrantInnen in der Arbeitswelt oft schlechtergestellt sind. Zum Beispiel bei der Bewertung von Sprachkenntnissen. MigrantInnen sprechen oft mehrere Fremdsprachen und verwenden diese auch beruflich. Entlohnt werden diese Kenntnisse selten. Das Argument der ArbeitgeberInnen: „Wir haben nicht verlangt, dass sie die Sprachen sprechen“, erklärt Wolf. Die Praxis zeige jedoch genau das Gegenteil. Für die GPA-djp ist die Entlohnung von Sprachkenntnissen eine wesentliche Forderung.

Auch die Arbeiterkammer will eine gerechte Entlohnung aufgrund faktischer Qualifikationen schaffen. Derzeit sei die gläserne Decke für Menschen mit Migrationshintergrund sehr hoch. Es brauche bessere innerbetriebliche Aufstiegsmöglichkeiten. Die Gleichbehandlung von MigrantInnen in der Arbeitswelt könne zum Beispiel durch ein betriebliches „diversity management“ gefördert werden. Betriebe, die Maßnahmen zur Gleichbehandlung und Antidiskriminierung setzen, sollen finanziell gefördert und bei öffentlichen Ausschrei-

bungen bevorzugt werden. Auch der bereits bestehende Anspruch auf Gleichbehandlung müsse laut Arbeiterkammer besser umgesetzt werden.

Es darf ein bisschen mehr sein

Migration und Asyl sind Reizthemen. Im Wahlkampf wird das durch populistische Wahlkampagnen einzelner Parteien offensichtlich. Bestehende Probleme aufgrund unzureichender Integration von MigrantInnen können nicht totgeschwiegen werden. Und: Österreich braucht Zuwanderung. Das ist spätestens seit den Diskussionen um eine **Rot-Weiß-Rot-Card** auch ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Mit der Schaffung eines eigenen Integrationsressorts 2011 in der Regierung wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, sich politisch des Themas anzunehmen. Die Fortschritte hinken den Erwartungen jedoch hinterher, worauf uns die „refugee protests“ täglich aufmerksam machen. Österreich wird weiterhin Arbeitskräfte rufen. Kommen werden Menschen.

Internet:

work@migration – Interessenvertretung
von MigrantInnen in der GPA-djp:
tinyurl.com/pze85xz

Beschäftigungssituation von Wiener
ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund:
tinyurl.com/pnxk2wz

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
steindlirene@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Bildung geht weiter

Bildung ist ein wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche, kulturelle und demokratiepolitische Entwicklung eines Landes.

Pia Lichtblau

Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher
Bildung, VÖGB

Petra Völkerer

Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Bereits **Henry Ford** hat postuliert: „Jeder, der aufhört zu lernen, ist alt, mag er zwanzig oder achtzig Jahre zählen. Jeder, der weiterlernt, ist jung, mag er zwanzig oder achtzig Jahre zählen.“ Eine Meinung, die mittlerweile weit verbreitet ist und sich in politischen Strategien niederschlägt.

„Wissensbasierter Wirtschaftsraum“

Die sich rasch verändernden Anforderungen der Arbeitswelt scheinen gar keine andere Wahl zu lassen, als ein Leben lang zu lernen. Der **Europäische Rat** hat daher im Frühjahr 2000 in der Lissabon-Strategie das strategische Ziel formuliert, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“. Ein Jahr später definierte die Europäische Kommission, dass lebenslanges oder lebensbegleitendes Lernen „alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgerschaftlichen, sozialen bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt“, umfasst. Eine Definition, die weit über das landläufige Verständnis von Bildung als formale Bildung, die in Schulen und Universitäten erworben wird, hinausgeht und alle Lernprozesse mit einbezieht, die

in verschiedensten Zusammenhängen und in allen Lebensphasen – von der Kindheit bis ins hohe Alter – stattfinden. Weiters wird der Blick nicht nur auf konkrete Qualifikationen (TischlerIn, Soziologin/Soziologe ...), sondern auch auf Kompetenzen (soziale Kompetenzen, IT-Anwendungskenntnisse, Sprachkenntnisse ...) gelenkt. „Beschäftigungsbezogen“ ist nur eine unter mehreren gleichwertigen Perspektiven.

LLL:2020 – Made in Austria

Im Juli 2011 wurde nach einem intensiven Konsultationsprozess, in den auch die Positionen von AK und ÖGB eingeflossen sind, eine „Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich“ beschlossen: „LLL:2020“. Sie enthält zwölf sehr klar formulierte strategische Ziele, wie zum Beispiel die „Erhöhung des Anteils der Beschäftigten, die während der Arbeitszeit in den Genuss einer Weiterbildung kommen und lediglich über einen Pflichtschulabschluss (...) verfügen (...) auf mindestens 15 Prozent“. Zur Erreichung der strategischen Ziele wurden zehn Aktionslinien ausgearbeitet, die von der vorschulischen bis zur nachberuflichen Bildung alle Lebensphasen umfassen und zur Hälfte das Lernen im Erwachsenenalter betreffen. Aktionslinie fünf beschäftigt sich mit „Maßnahmen zur besseren Neuorientierung in Bildung und Beruf und Berücksichtigung von Work-Life-Balance“ oder Aktionslinie sieben mit der „Förderung lernfreundlicher Arbeitsumgebungen“.

An der Umsetzung der Strategie wird seither intensiv gearbeitet. So kön-

nen Basisbildungen wie Alphabetisierung sowie ein Pflichtschulabschluss, der den Zugang zu weiterführenden Schulen ermöglicht und die Chancen auf eine Lehrstelle erhöht, seit Beginn des Jahres 2012 im Rahmen der Initiative Erwachsenenbildung gebührenfrei nachgeholt werden. Die Zielgruppe dafür ist nicht zu unterschätzen: Nach Berechnungen des Instituts für Höhere Studien (IHS) gibt es in Österreich bis zu 280.000 Personen ohne positiven Abschluss der achten Schulstufe, von denen rund 50.000 tatsächlich als Zielgruppe von diesem Modell angesprochen werden. Die Initiative ist allerdings mit Ende 2014 befristet – aus Sicht von ÖGB und AK ist neben einer unbefristeten Verlängerung auch eine Ausweitung der Initiative unbedingt notwendig: Künftig sollen auch das Nachholen eines Lehrabschlusses sowie die Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung gebührenfrei möglich sein.

Bildungsteilzeit für alle

Dass Bildung nichts kostet, ist schon eine wesentliche Voraussetzung, um lebensbegleitendes Lernen zu ermöglichen. Darüber hinaus muss aber auch der Lebensunterhalt des Lernenden und seiner Familie während der Bildungszeit sichergestellt werden. Eine Möglichkeit ist, neben der bereits bekannten Bildungskarenz, die erst kürzlich eingeführte Bildungsteilzeit: Arbeitszeit für Bildungszwecke reduzieren und für die wegfallenden Stunden einen „Lohnersatz“ bekommen – das ist seit dem 1. Juli 2013 möglich. Der Vorteil gegenüber der Bil-



„Jeder, der aufhört zu lernen, ist alt, mag er zwanzig oder achtzig Jahre zählen. Jeder, der weiterlernt, ist jung, mag er zwanzig oder achtzig Jahre zählen“ hat bereits Henry Ford postuliert.

dungskarenz ist: Gerade für kleinere Einkommen ist die Bildungsteilzeit finanziell attraktiver und außerdem bleibt der Kontakt zum Betrieb aufrecht.

Verbesserungswürdig aus Sicht von AK und ÖGB ist allerdings, dass für den Antrag auf Bildungsteilzeit und Bildungskarenz die Zustimmung der ArbeitgeberInnen notwendig ist, und dass die Absolvierung der Weiterbildung nachgewiesen werden muss. Wer das nicht schafft, dem kann das AMS das Bildungsteilzeitgeld einstellen und im Extremfall sogar zurückfordern! Das so entstehende finanzielle Risiko kann insbesondere für Personen mit niedrigem Einkommen existenzbedrohend sein. Darüber hinaus stellt dies eine nicht zu unterschätzende mentale Hürde für viele Menschen dar, sich überhaupt eine Bildungsteilzeit bzw. -karenz zuzutrauen.

Qualifizierungsstipendium

Bei vielen Weiterbildungen, insbesondere wenn völlig auf einen neuen Beruf umgesattelt werden soll, reicht aber auch das nicht aus. Wer eine Gesunden- und Krankenpflegeschule, eine Höhere Technische Lehranstalt (HTL) besucht oder den Lehrabschluss nachholen will, kann schlichtweg nebenbei auch noch arbeiten gehen.

Die AK hat bereits im Jahr 2006 begonnen, ein „Qualifizierungsstipendium“ zu entwickeln, welches die Lücken im österreichischen Stipendien- und Fördersystem abdecken soll – das mit 1. Juli 2013 in Kraft getretene „Fachkräftestipendium“ hat dieses Modell

aufgegriffen: Es handelt sich dabei um eine Existenzsicherung („Deckung des Lebensunterhalts“) unabhängig von der sozialen Situation bzw. dem Haushaltseinkommen, die zum Einsatz kommt, wenn eine aufwendige neue Ausbildung begonnen wird. Nun wurde vom bmask eine Liste mit – auch arbeitsmarktpolitisch sinnvollen – Berufsausbildungen erstellt, für die ein Fachkräftestipendium bezogen werden kann. Das neue Stipendium soll nämlich auch eine Antwort auf den immer wieder zitierten „Fachkräftemangel“ geben. Darüber hinaus wird aber auch der Besuch einer Abend(matura)schule finanziell unterstützt.

Noch lange nicht am Ziel ...

Trotz aller Fortschritte bleibt noch immer einiges zu tun. In Österreich herrscht in Bezug auf die Weiterbildung nach wie vor das „**Matthäus-Prinzip**“ – wer hat, dem wird gegeben: Je höher das Bildungsniveau, desto höher ist auch die Beteiligung an Weiterbildung. Und zwar sowohl im privaten als auch im betrieblichen Bereich. Nur drei von zehn Beschäftigten werden in Österreich mit Unterstützung des Betriebs gefördert – eine Tatsache, die zu einer zunehmenden Polarisierung in der Arbeitswelt führen wird. Besonders Geringqualifizierte und Teilzeitbeschäftigte – und damit überdurchschnittlich viele Frauen – werden dadurch von Weiterbildung ausgeschlossen. Um dem gegenzusteuern, fordern ÖGB und AK den gesetzlichen Anspruch auf jährlich eine Woche Weiterbildung während der

bezahlten Arbeitszeit, wie er beispielsweise in Deutschland schon seit Langem umgesetzt ist.

Bildung muss aber – dies wird schon in oben erwähnter Definition der EU-Kommission deutlich – mehr, als nur dem beruflichen Vorteil dienen. Sie ist auch ein wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche, kulturelle und demokratiepolitische Entwicklung eines Landes. Angesichts flauer Wahlbeteiligungen und genereller Politikverdrossenheit sollte gerade politische Erwachsenenbildung im Sinne kritisch-emanzipatorischer Bildung in Strategien und Programmen des lebensbegleitenden Lernens zentral verankert werden. Schließlich stellt die Entwicklung sozialer, ökologischer Verantwortung über den eigenen Interessenbereich hinaus eine Grundvoraussetzung für eine solidarische Gesellschaft dar.

Internet:

Pflichtschulabschluss und Basisbildung nachholen:

tinyurl.com/kfhbo90

Infoblatt Bildungsteilzeit:

tinyurl.com/k5s5dnq

Fachkräftestipendien –
Liste der förderbaren Ausbildungen:
www.ams.at/_docs/001_fks_liste.pdf

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorinnen
pia.lichtblau@oegb.at
petra.voelkerer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeitslosigkeit und autoritäre Wende – Europa geht anders!

Mehr Demokratie und ein Verschieben der Kräfteverhältnisse ist notwendig.

Lukas Oberdorfer und Norbert Tempel

Experten für Europafragen in der Abteilung
EU & Internationales der AK Wien

Europa steht an einem Wendepunkt. Das Leben von Millionen Menschen nach fünf Jahren Krisenpolitik ist geprägt von Arbeitslosigkeit, Rezession und Armut. Seit Beginn der Aufzeichnungen war die Arbeitslosenquote noch nie so hoch: 26 Mio. Menschen sind in der Union ohne Lohnarbeit – rund zehn Millionen mehr als vor der Wirtschaftskrise. Allein seit Juni 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der Union um über eine Million Menschen zu.

Besonders dramatisch ist die Situation in jenen Ländern, die im Anschluss an die Wirtschaftskrise die Politik der Troika umsetzen müssen, um Geld aus dem EU-Rettungsschirm zu erhalten. Sie sind mit der schärfsten Form der EU-Austeritätspolitik konfrontiert. Die Folgen sind desaströs: So beträgt in Griechenland und Spanien die Arbeitslosigkeit mittlerweile rund 27 Prozent – bei Jugendlichen sogar 60 Prozent. Werte, die selbst in der Zwischenkriegszeit nur kurzfristig übertroffen wurden. Neben drastischen Sparmaßnahmen verordnet die aus Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission zusammengesetzte Troika „Strukturreformen“, zu denen sich die betroffenen Länder durch vertragliche Vereinbarungen verpflichten müssen. Die Erfahrungen zeigen aber, dass damit nicht jene Strukturen einer Reform unterzogen werden, die für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind. So kam es in keinem der betrof-

fenen Länder zu einer merklich verstärkten Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen. Genauso wenig wurde die Monopolisierung wirtschaftlicher Entscheidungen durch eine Demokratisierung aufgebrochen. Im Gegenteil, die Ungleichheit in der Verteilung und die Entdemokratisierung der Wirtschaft(-spolitik) spitzten sich weiter zu – zumal die Gelder aus dem EU-Rettungsschirm nicht den Arbeitslosen und Armen zugutekommen. Vielfach werden sie zur Rettung von Banken eingesetzt, die nicht selten aus den „Geberländern“ stammen.

Nicht zukunftsfähig

Da Ausgabenkürzungen und neoliberale Strukturreformen die Nachfrage drosseln, kam es zu einem massiven Einbruch der Wirtschaft. Dass diese Entwicklung im Süden letztlich auch die Länder des Zentrums treffen werde, war kritischen Ökonomen und Ökonomen von Anfang an klar: 87 Prozent der Nachfrage nach europäischen Gütern und Dienstleistungen kommen vom europäischen Binnenmarkt. Nachdem die Rezession 2012 erneut auch die Kernländer der Eurozone erfasst hat, lässt sich ein Zusammenhang nicht mehr länger leugnen.

Trotzdem die Politik in den „Krisenländern“ aus der Perspektive der breiten Masse gescheitert ist, wird sie in ganz Europa verallgemeinert: Ein „Reformbündnis“ aus Unternehmerverbänden, Finanzindustrie, EU-Kommission, neoliberalen Staatschefs und EZB hat ab 2010 energische Anstrengungen unternommen, Teile der sogenannten Austeritätspolitik

(bedingungslose Kürzung der öffentlichen Leistungen) und der „Strukturreformen“ auf ganz Europa auszuweiten. Im Zentrum dieser Bemühungen stehen die sogenannte Economic Governance (Paket aus sechs Rechtsakten, welches die Haushalts- und Wirtschaftspolitik verstärkt in die Hände der Europäischen Kommission legt) und der Fiskalpakt (völkerrechtliche Verpflichtung auf drastische Sparpolitik), die Ende 2011 bzw. Anfang 2013 in Kraft getreten sind.

Pakte für Wettbewerbsfähigkeit

Diese Politik soll nun mit einer Grundsatzentscheidung im Dezember 2013 in ihre nächste Etappe gehen: In „Pakten für Wettbewerbsfähigkeit“¹, so die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, sollen sich alle Mitgliedsstaaten der Euro-Zone vertraglich gegenüber der Kommission zur Deregulierung ihres Arbeitsrechts, zur „Reform“ ihrer Pensionssysteme und zur Senkung ihrer Löhne verpflichten. Um politischen Widerstand zu überwinden, werden Zuckerbrot und Peitsche in Position gebracht: Wenn die Maßnahmen umgesetzt werden, gibt es dafür – ganz nach dem in den Krisenländern zur Anwendung kommenden Modell – finanzielle Unterstützung. Andernfalls drohen Verwarnungen und Geldbußen.

Die Wirtschaftskrise und ihre „Bearbeitung“ haben die ohnehin oft schon prekäre Lebenssituation vieler Menschen weiter verschärft und die neoliberalen

¹ Für eine ausführliche Analyse siehe: Oberdorfer, Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik?, Infobrief eu & international 1/2013, bit.ly/paktfuerwettbewerbsfaehigkeit

In der AK-Broschüre „Die EU auf Kurs bringen – Ein neues Europa für die Menschen“ finden sich Vorschläge, wie sich die EU ändern muss, um die Krise zu überwinden und die Grundlagen für ein neues Wohlstands- und Verteilungsmodell zu schaffen.



Europabilder brüchig werden lassen. Eine Vertiefung der Union im Interesse der wenigen stößt daher immer weniger auf den Konsens der Bevölkerung und lässt sich deshalb auch immer schwerer demokratisch durchsetzen. Es überrascht daher nicht, dass die bisherigen Bausteine der Krisenpolitik ein autoritär-neoliberales Muster aufweisen: Sie stellen einen Eingriff in die europäischen Verträge dar, der ordnungsgemäß nur durch ein Vertragsänderungsverfahren erfolgen hätte können.

Gegen diese Krisenpolitik bilden sich zunehmend Bündnisse von unten. Hierfür steht der Aufruf „Europa geht anders“², der von zahlreichen Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichnern aus ganz Europa unterstützt wird. Auf der entsprechenden Homepage heißt es: „Wir fordern alle Menschen, die ein anderes Europa wollen, auf, Druck auszuüben, damit möglichst viele Regierungschefs dem Wettbewerbspakt eine Absage erteilen. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen!“

Europa braucht eine Kehrtwende

Über die Wettbewerbspakte hinaus geht es um den Kampf für ein neues Europa. Die fatale Abwärtsspirale aus Sparpolitik, Sozialabbau, Zerstörung der Tarifautonomie und Arbeitslosigkeit muss gestoppt werden. In der AK-Broschüre „Die EU auf Kurs bringen – Ein neues Europa für die Menschen“³ finden sich Vorschläge, wie

sich die EU ändern muss, um die Krise zu überwinden und die Grundlagen für ein neues Wohlstands- und Verteilungsmodell zu schaffen. Kurzfristig sind Sofortmaßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung unumgänglich, wobei die Verteilungsfrage zentral ist: Durch koordinierte und markante Steuererhöhungen auf Vermögen, Spitzeneinkommen, Unternehmensgewinne und den Finanzsektor können die massiven Verteilungsungleichgewichte angegangen und budgetäre Spielräume für eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik gewonnen werden. Darüber hinaus braucht es weitreichende Maßnahmen zur Schrumpfung des Finanz- und Bankensektors, wie Re-Regulierung, öffentliche Kontrolle und Aufspaltung. Weitere Ressourcen zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, vor allem in die soziale und ökologische Infrastruktur, können durch die rasche Einführung der geplanten Finanztransaktionssteuer und wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Steuerdumping sichergestellt werden.

Die restriktiven fiskalpolitischen Vorgaben zur Budgetkonsolidierung sind dahingehend zu lockern, dass öffentliche Zukunftsinvestitionen nicht den neuen Fiskalregeln unterliegen („Goldene Regel der Finanzplanung“). Gleichzeitig muss das Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte umfassend überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass Mitgliedsstaaten mit Leistungsbilanzüberschüssen gezielt ihre Binnennachfrage stärken und Parlamente anstatt der Exekutive über die Wirtschaftspolitik entscheiden. Ein Sozialpakt, der soziale

Mindeststandards einschließlich der Verankerung von Lohnuntergrenzen auf nationaler Ebene (unter Wahrung der Tarifautonomie), Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sowie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beinhaltet, muss wesentlicher Bestandteil einer verbesserten sozialen Dimension der Währungsunion sein.

Vertiefung der Europäischen Union

Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist Bedingung für eine „Vertiefung der Europäischen Union“. Sie bilden Einstiegsprojekte in die notwendige umfassende Transformation der europäischen Integration, die nicht nur eine formale Demokratisierung des Institutionengefüges zur Voraussetzung hat, sondern auch jene Akteure des neoliberalen Reformbündnisses entmachten muss, die für die gegenwärtige Politik der Verelendung verantwortlich sind. Ein „anderes Europa“ kann nur über eine weitreichende Verschiebung der Kräfteverhältnisse erstritten werden, welche auch die Monopolisierung wirtschaftlicher Entscheidungen durch eine umfassende Demokratisierung aufbrechen muss.

Internet:

Europa geht anders:
www.europa-geht-anders.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autoren
norbert.tempel@akwien.at
lukas.oberndorfer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

² www.europa-geht-anders.eu

³ tinyurl.com/ksanpth

Wir wollen Zusammenarbeit . . .

SOZAK-Auslandspraktikum-Teilnehmerin Szilvia Leisser hat in Ungarn die Gewerkschaftsarbeit bei der MSZOSZ, einem der sechs Dachverbände, kennengelernt.

Szilvia Leisser

Betriebsratsvorsitzende der Firma DHL
Logistic Service GmbH

Die MSZOSZ organisierte Kontakte zu allen Dachverbänden, zur Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Betriebsgewerkschaften sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräten in verschiedenen Branchen. Nach kurzer Zeit wurde mir klar, dass ich mein Auslandspraktikum in einem Land absolviere, in dem die Herausforderungen an die Gewerkschaften, sich in der Arbeitswelt zu positionieren, kein Spaziergang sind.

Herausforderungen nach der Wende

Die Gewerkschaften mussten sich nach der politischen und wirtschaftlichen Wende 1989 neuen Herausforderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft stellen. Viele Menschen bringen Gewerkschaft immer noch, wie im Sozialismus, mit Partei in Verbindung. Aus meiner Sicht ist der Abnabelungsprozess zu einer überparteilichen, aber nicht unpolitischen Organisation im Bewusstsein der Menschen bis heute nicht gelungen. Allerdings wurden die Gewerkschaften auch mit einer „Turboprivatisierung in einem Turbo-kapitalismus“ konfrontiert, das erschwerte die Ausrichtung von Strategien zusätzlich. Um Ideologien der ArbeitnehmerInnenvertretung, wie Solidarität, Demokratie und Sozialpartnerschaft (um nur einige zu nennen), in die Gesellschaft zu transportieren, braucht es eine starke Gewerkschaft, die ihre Kräfte bündeln und mobilisieren kann. In Ungarn haben sich nach der Wende sechs Dachverbände he-

rausgebildet. Drei davon verhandeln über einen Zusammenschluss bis 2014. Dies wäre aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, um gemeinsame Visionen und Strategien für eine starke ArbeitnehmerInnenvertretung in Ungarn zu entwickeln.

Durch die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft nach Ende des Sozialismus wurden starke Mitgliederrückgänge verzeichnet. Die Privatisierung hat die Gewerkschaften durch den Mitgliederverlust in ihrer Mitsprachestärke und ihren Ressourcen stark geschwächt. Bei Gründung eines BR/EUBR wird den Kolleginnen und Kollegen mit Schulungen unter die Arme gegriffen, damit sie die Möglichkeiten sozialpartnerschaftlicher Elemente bestmöglich nutzen können. In vielen Gesprächen wurde erwähnt, dass durch die Einführung des neuen Arbeitsrechts im Jahr 2012 die derzeitige Regierung nicht nur ArbeitnehmerInnenrechte beschnitten hat, sondern auch die Schwächung der Gewerkschaften im Visier hatte. Im November wird dazu eine mit Spannung erwartete Arbeitsrechtsstudie der FES in Budapest präsentiert.

Gewerkschaftsjugend

Die ungarische Gewerkschaftsjugend kämpft gegen die Hoffnungslosigkeit in Bezug auf eine stabile Zukunft, gegen hohe Arbeitslosigkeit und gegen die Abwanderung der unter 25-Jährigen. Ich hatte die Gelegenheit, an einer von der FES Budapest organisierten Veranstaltung teilzunehmen. Themenschwerpunkt war „Demokratie 2020 – Wie erleben die Jugendlichen die Demokratie und wie ist

ihr Zukunftsbild davon?“. An der Diskussion nahmen junge GewerkschafterInnen aus allen Dachverbänden, junge MSZP-PolitikerInnen (Sozialistische Partei) und ProjektleiterInnen (AK Linz, FES, Gewerkschaft Handel Budapest) teil. Wir diskutierten mit den Jugendlichen über die Bedeutung der Demokratie, die Rolle der Gewerkschaften bei der Demokratieförderung und über Politik. Es wurde eine österreichisch-ungarische Studie vorgestellt, in der das Zukunftsbild von Demokratie und Politik von Jugendlichen der beiden Länder miteinander verglichen wurde. Zusammenfassend wurde klar, dass in beiden Ländern nicht Parteipolitik, sondern politische Bildung das Bewusstsein und das Engagement der Jugend erweckt, Demokratie aktiv mitzugestalten. Die Gewerkschaftsjugend hat die Möglichkeit, sich in diesem Zusammenspiel zu positionieren. Wir wollen eine aktive Mitgestaltung der Jugend in der Gewerkschaftsbewegung. Wir wollen eine internationale Zusammenarbeit, und wir wollen keine nationalen Angstmacher, die uns rücksichtslos in die Ecke drängen.

Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen in Ungarn meinen Dank für die hervorragende Betreuung, für die offenen Gespräche und Diskussionen aussprechen und ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung ihrer Visionen wünschen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
szilvia.leisser@dhl.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

ZUR PERSON

Gulyásné Háhl Erika, Alter: 45, Wohnort: 1222 Budapest

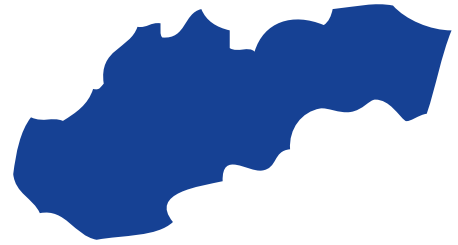
Beruf: Einzelhandelskauffrau

Gewerkschaftssekretärin bei der Handelsgewerkschaft, BR-Vorsitzende bei SPAR

Firma: SPAR Magyarország Kereskedelmi Kft.

Anzahl der MitarbeiterInnen: 13.000

Gewerkschaft: KASZ-SPAR Alapszervezet, untergeordnete Gewerkschaft der Handelsgewerkschaft (diese ist eine Teilgewerkschaft der MSZOSZ)



Seit wann bist du im Betriebsrat?

Seit November 2007.

Was bedeutet für dich gute Arbeit?

Einkommen, wovon man leben kann. Die Arbeit muss mein Interesse wecken und Spaß machen – gute Arbeitsbedingungen.

Wie siehst du die Wirtschaft und die politische Lage deiner Heimat?

Nicht berechenbar, nicht nachhaltig, labil, hohe Steuerbelastung, hohe Verschuldung, für viele Menschen ist die Zukunft aussichtslos.

Wie hoch ist der durchschnittliche Monatsverdienst in Ungarn?

Das ist regional unterschiedlich. In Budapest sind das 185.274 Forint, in der Region Békés lediglich 109.961 Forint, der Landesdurchschnitt beträgt 147.771 Forint.

Kommt man damit aus?

BUCHTIPP

SOZAK (Hg.)

Hinterm Horizont geht's weiter

ÖGB-Verlag, 2012,
304 Seiten, € 24,90
ISBN: 978-3-7035-1542-2



Bestellung:

www.bessereWelt.at

Die durchschnittlichen Mindestlebenshaltungskosten in Ungarn betragen 180.000 Forint.

Was bedeutet dir Gewerkschaft?

Meine derzeitige Arbeit.

Was bedeutet dir die EU?

Die Beschäftigungs- und Reisefreiheit.

Dein Lieblingsland in Europa?

Leider habe ich noch nicht viel reisen können, aber Österreich gefällt mir wegen der geografischen Lage sehr gut. In Deutschland gefallen mir die Schlösser und Spanien mag ich wegen der Lebendigkeit.

Was bringt der Betriebsrat?

Die Interessen der ArbeitnehmerInnen gegenüber dem Arbeitgeber vertreten.

Wie und wie oft machst du Urlaub?

Ich habe 30 Tage Jahresurlaub. Ich verbringe meine Zeit zu Hause, um die liegen gebliebene Hausarbeit zu erledigen und mich etwas auszuruhen.

Was wünschst du dir für deine Zukunft?

Für meine Familie und für mich wünsche ich Gesundheit, dass wir uns öfter entspannen und ausruhen können. Dass das, was ich mache und wie ich lebe, gut ist.



INFO & NEWS

Ungarn:

EinwohnerInnen: 9,908 Millionen
Währung: Forint (1 € ca. 290 Ft.)
BIP pro Kopf: 140,3 Mrd. USD
Human Development Index: 0,816

Aktuelle Durchschnittskosten

1 Liter Benzin: 450 Ft.
1 kg Brot: 250–400 Ft.
1 Liter Milch: 150–200 Ft.
½ Liter Bier im Lokal: 400 Ft.
1 kg Äpfel: 300–500 Ft.
1 Kinokarte: 700–1500 Ft.-ig

Arbeitssituation im weltweiten Fokus

Menschenwürdige Arbeit als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben ist das Anliegen von „weltumspannend arbeiten“.

Gudrun Glocker

Projektleiterin „weltumspannend arbeiten“

In Zeiten nationaler Wahlen rücken Bedürfnisse und Probleme von Menschen in den südlichen Ländern in den Hintergrund. Um der Wählerschaft unangenehme Budgetkürzungen oder Steuererhöhungen zu ersparen, werden Einsparungen auf Kosten derer gemacht, die nicht wählen. Wenn man die Wahlslogans der Parteien liest, entsteht der Eindruck, wir müssten uns ohnehin keine Sorgen machen. Weltretter und Weltoffene lächeln von den Plakatwänden. Aber wie schaut es tatsächlich aus?

Verlagerung in Billiglohnländer

Durch die zunehmende Globalisierung sind Kapital, Produktion und Arbeitskraft immer weniger an einen Ort gebunden. Die Verlagerung der Produktion in die sogenannten Billiglohnländer bedeutet für diese zwar Wachstum, nicht immer aber menschliche Entwicklung. Für multinational agierende Unternehmen stehen oft nicht mehr die eigentlichen Produkte des Betriebes im Zentrum der wirtschaftlichen Tätigkeit, sondern riskante Verlagerungen auf internationale Finanzmärkte. Auch Unternehmen aus Österreich sind heute vermehrt auf den globalen Märkten aktiv und nutzen dabei Faktoren wie billige Löhne, niedrige Sozial-, Umwelt- und Arbeitssicherungsstandards zur weiteren Profitmaximierung. So fordert der ÖGB-Bundesvorstand im Leitantrag zum Bundeskongress 2013 die Einhaltung der von ILO (International Labour Organization), UNO und OECD geforderten

Mindeststandards (**Kernarbeitsnormen**) und Sanktionen bei Nichteinhaltung für multinationale Unternehmen.

In den vergangenen Monaten konnte man sehen, welche furchtbaren Folgen der globale Wettlauf nach unten hat: Allein in Bangladesch verloren mehr als 1.200 NäherInnen ihr Leben und geschätzte 2.600 ArbeiterInnen wurden verletzt. Ein Aufschrei ging durch Europa und erste Erfolge konnten erzielt werden. So wurde ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen 70 Bekleidungsmarken und lokalen sowie internationalen Gewerkschaften abgeschlossen. Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie in Bangladesch.

Diesen Erfolg hätte es aber nicht ohne aktive Gewerkschaften und engagierte NGOs gegeben. Umso besorgniserregender ist es, dass in vielen Staaten eine Verschlechterung der Gewerkschaftsrechte festzustellen ist. Noch immer sterben jedes Jahr zahlreiche GewerkschafterInnen für die Erreichung ihrer legitimen Ziele. Allein in Lateinamerika sind im vergangenen Jahrzehnt rund 500 Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen im Kampf für soziale Rechte und Demokratie ermordet worden. Die anhaltende Wirtschaftskrise verleitet auch demokratische Regierungen dazu, die Rechte der Gewerkschaften einzuschränken. Die neoliberale Politik nutzt die Krisensituation, um Arbeitsrechte abzubauen, den Arbeitsmarkt weiter zu liberalisieren und bestehende Sozialsysteme infrage zu stellen. Zusammenarbeit von Gewerkschaften und NGOs über die Grenzen hinaus ist

in diesen Zeiten unerlässlich, wie das EU-finanzierte Projekt „Menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben“, das „weltumspannend arbeiten“ gemeinsam mit Südwind durchführt.

Österreich, eines der reichsten Länder der Erde, kann hier Zeichen setzen. Feuerwehrleute, Polizistinnen und Polizisten, Krankenhauspersonal – alle brauchen Uniformen und Arbeitskleidung. Oft wird bei der Auswahl der Bekleidung nicht auf soziale Kriterien geachtet. Bei der Produktion dieser Arbeitsbekleidung in den Ländern des Südens kommt es aber immer wieder zu massiven Arbeitsrechtsverletzungen. Sozial faire Beschaffung würde bedeuten, dass Steuergeld nicht in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse investiert werden darf.

Fair gehandelte und sozial hergestellte Produkte für öffentliche Küchen, Plätze und Büros: Wenn Bund, Länder und Gemeinden bei ihrem Einkauf die Einhaltung von Mindeststandards fordern, können sie zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen. Eine Reduzierung der Armut weltweit und eine Vorbildwirkung für Konsumentinnen und Konsumenten sowie Unternehmen wären die Folge.

Negativbeispiel FIFA

Ein Beispiel, wie es nicht sein soll, ist die Entscheidung der FIFA, Katar den Zuschlag für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 zu geben. In Katar leben zwar einerseits die reichsten Menschen der Welt, andererseits werden die Bauarbeiter, die die Infrastruktur für die Fußball-WM aufbauen, wie Sklaven ausgebeutet. WanderarbeiterInnen aus Nepal, Indien,

Durch den Verlust der Arbeit sind ein Drittel der Griechen und Griechinnen nicht mehr krankenversichert. In den Krankenhäusern fehlt es an Verbandsmaterial, Infusionen und Medikamenten.



Sri Lanka, Bangladesch und den Philippinen müssen bei Arbeitsantritt ihre Pässe abgeben und befinden sich damit in den Händen ihrer Arbeitgeber. Obwohl das WM-Budget für Stadien, Straßen und Flughäfen mehr als 80 Mrd. US-Dollar beträgt, arbeitet der durchschnittliche Migrant im Baugewerbe für 192 US-Dollar im Monat, das entspricht etwa 2,5 Prozent des Lohnes eines Katarers. Unmenschliche Unterkünfte, unzureichende Sicherheitsvorkehrungen, extreme Hitze, zu wenig zu trinken und viel zu lange Arbeitszeiten sind die Realität auf den Baustellen der Fußball-WM. Nach Schätzungen werden beim Bau der WM-Infrastruktur mehr Menschen sterben, als bei der Fußball-WM spielen.

Lösungsansatz MDGs

Der erfolgreichste globale Vorstoß gegen die Armut sind die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs), die im Jahr 2001 von einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereinten Nationen, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Entwicklungsausschusses der OECD formuliert worden sind. In weniger als 1.000 Tagen läuft die Frist für die Erreichung der **Millenniumsziele** ab. In zahlreichen Bereichen herrscht nach wie vor größter Handlungsbedarf. So leidet noch immer ein Achtel der Weltbevölkerung an Hunger, und durch das stockende Wirtschaftswachstum sind zwischen 2007 und 2012 die Arbeitslosenquoten weltweit wieder gestiegen. Einen Erfolg in diesem Bereich gibt es aber: Die Zahl der in extremer Armut lebenden

Erwerbstätigen ist im vergangenen Jahrzehnt trotz der weltweiten Finanzkrise zurückgegangen. Seit 2001 ist die Zahl der Erwerbstätigen, die mit ihren Familien mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, um 294 Mio. gesunken. Trotzdem leben in Entwicklungsländern weiterhin mehr als 60 Prozent der Erwerbstätigen von weniger als vier Dollar pro Tag. Diese Zahl verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, einen nachhaltigen Strukturwandel zu fördern und die Schutzsysteme auszubauen.

Mit viel Energie wird bereits an der Fortführung der Millenniumsentwicklungsziele gearbeitet. Bei der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) im Juni 2012 griffen die Regierungen die Kritik am begrenzten Fokus der MDGs auf und beschlossen, gemeinsame Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) zu formulieren. Diese Ziele sollen alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (ökonomische, ökologische und soziale) berücksichtigen. Sie sollen in die Post-2015-Entwicklungsagenda (Nachfolgeziele der MDGs) der Vereinten Nationen integriert werden und auf alle Länder der Welt anwendbar sein.

Europa in der Krise – wir handeln

Die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind aber auch schon in unserer näheren Umgebung zu sehen. Arbeitslosenquoten von mehr als 26 Prozent in Spanien und Griechenland werfen ein schlechtes Licht auf die EU-Politik. Die Folgen für die Bevölkerung sind verhee-

rend: Prekäre Arbeitsverhältnisse, Lohnkürzungen und fehlende Sozialleistungen sind nur einige Effekte. Die neoliberale Sparpolitik betrifft besonders das Gesundheitssystem. Durch den Verlust der Arbeit sind ein Drittel der Griechen und Griechinnen nicht mehr krankenversichert. In den Krankenhäusern fehlt es an Verbandsmaterial, Infusionen und Medikamenten. Zudem werden viele staatliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren geschlossen. In dieser Situation entstehen in der griechischen ArbeiterInnenbewegung zahlreiche Selbsthilfeprojekte. Die „Klinik der Solidarität“ im nordgriechischen Thessaloniki wird auch von „weltumspannend arbeiten“ unterstützt. Gemeinsam mit österreichischen Gewerkschaften konnten die finanziellen Mittel für den laufenden Betrieb für die letzten sechs Monate sichergestellt werden.

Internet:

weltumspannend arbeiten:
www.weltumspannend-arbeiten.at

Projekt „Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben“:
www.fairearbeit.at

Klinik der Solidarität in Thessaloniki:
www.klinik-der-solidaritaet.at

Keine Fußball-WM ohne ArbeiterInnenrechte:
www.rerunthevote.org

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
gudrun.glocker@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeit & Wirtschaft

... AUF DEN
BLOG GEBRACHT

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum.

DIE MEISTGELESENEN BEITRÄGE DER LETZTEN 30 TAGE:

- » EU-Reformpolitik drückt auf die Lohnentwicklung (Torsten Müller)
- » Schief läuft's, und wir alle wissen es (Miriam Rehm und Matthias Schnetzer)
- » Zahlt die Mittelschicht Vermögenssteuern auf Unternehmensbeteiligungen? (Miriam Rehm)
- » Duale Ausbildung: Qualität macht attraktiv (Lisa Sinowatz)

EU-REFORMPOLITIK DRÜCKT AUF DIE LOHNENTWICKLUNG

Großes Interesse weckte der Artikel zur gedämpften Entwicklung der Löhne in der EU seit Beginn der Krise 2009 von Torsten Müller. Der Senior Researcher am Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Brüssel zeigt auf, wozu die überwiegend auf Austerität und neoliberale Strukturformen ausgerichtete Krisenbewältigungsstrategie der EU geführt hat. Dadurch dass stark auf moderate Lohnpolitik und Zentralisierung der Tarifvertragssysteme gesetzt wurde, verdienen die Menschen besonders in Ländern, die auf finanzielle Hilfe der Troika bzw. des IWF angewiesen waren, real weniger. Diese Entwicklung hat auch vor den Mindestlöhnen nicht Halt gemacht. Müller argumentiert, dass gerade die Löhne, besonders in Defizitländern, für die Schaffung bzw. Stabilisierung der Binnennachfrage und Förderung sozialer Inklusion wichtig sind. Er fordert daher eine politische Neuorientierung auf ein stärker lohn- und nachfrageorientiertes Wachstumsmodell, anstelle der Fortsetzung des bisher propagierten Lohnsenkungswettbewerbs in der EU.

Lesen Sie nach: tinyurl.com/nbl7l5w

SCHIEF LÄUFT'S, UND WIR ALLE WISSEN ES

Dass den Menschen in Österreich die steigende Ungleichheit durchaus bewusst ist, stellen Matthias Schnetzer und Miriam Rehm gleich zu Beginn ihres Blogbeitrags klar. Die Ergebnisse einer Befragung zeigen, dass Wunsch und Wirklichkeit in Bezug auf die Verteilung in unserer Gesellschaft auseinanderklaffen: Die überwiegende Mehrheit der Befragten in Österreich wünscht sich eine Gesellschaft mit einer breiten Mittelschicht, mehrheitlich wird jedoch unsere derzeitige Gesellschaftsform als eine Gesellschaft mit einer eher ungleichen Verteilung wahrgenommen.

Es ist daher als ein Auftrag an die Politik zu verstehen, die Wirklichkeit näher an die Wunschvorstellung, eine Gesellschaft mit einer gleicheren Verteilung, zu bringen. Die AutorInnen fordern, dass auch Vermögende und BezieherInnen hoher Einkommen einen gerechten Betrag dazu leisten müssen.

Lesen Sie nach: tinyurl.com/p86c2s7

ZAHLT DIE MITTELSCHICHT VERMÖGENSSTEUERN AUF UNTERNEHMENSBETEILIGUNGEN?

Miriam Rehm, Expertin für Makroökonomie und Verteilung der AK Wien, räumt in diesem Artikel die Befürchtung aus, dass eine Vermögenssteuer die Mittelschicht oder Unternehmen treffen würde. Erstens werden Unternehmen gar nicht von der Steuer erfasst, sondern nur Privatpersonen. Zweitens zeigt ihre Analyse, dass bei einer künftigen Besteuerung von Unternehmensbeteiligungen nur die reichsten Haushalte in Österreich etwas zu „befürchten“ hätten: Die reichsten fünf Prozent der österreichischen Haushalte besitzen deutlich mehr Firmenanteile als die unteren 80 Prozent. Rehm kommt zum Schluss, dass – wenn entsprechende

Freibeträge definiert werden – nur eine kleine Gruppe sehr reicher Personen tatsächlich die Vermögenssteuer zahlen würde. Angesichts der extremen Konzentration des Vermögens könnten dadurch aber ansehnliche Einnahmen generiert werden. Lesen Sie nach: tinyurl.com/orxkrg6

DUALE AUSBILDUNG: QUALITÄT MACHT ATTRAKTIV

Als „Exportschlager“ erweist sich vor dem Hintergrund der europäischen Massenarbeitslosigkeit von Jugendlichen das österreichische Modell der dualen Ausbildung. Hierzulande scheint die Lehre aber an Attraktivität einzubüßen. Lisa Sinowatz, Lehrlingsexpertin der AK Wien, geht in ihrem Artikel diesem Widerspruch auf den Grund. Seit Langem ist in Österreich der Lehrstellenmarkt durch einen Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft gekennzeichnet. Die Pauschalverurteilung der Wirtschaft und der Medien lautet: mangelnde kognitive und soziale Fähigkeiten der Jugendlichen sind dafür verantwortlich.

Die Autorin stellt zu Recht die Frage, welche Verantwortung die Betriebe tragen, wenn es darum geht, die Lehre sowohl für Betriebe als auch für die Jugendlichen attraktiver zu machen. Sinowatz schlägt eine „Qualitätsoffensive“ in der Lehrausbildung vor, denn Befragungen zeigen, dass die Ausbildungsqualität der bestimmende Faktor in Bezug auf die Attraktivität der Lehrausbildung ist. Wichtig sei es, objektiv messbare Qualitätskriterien zu definieren und die Kontrolle über ein verpflichtendes und flächendeckendes Qualitätsmanagementsystem zu etablieren.

Lesen Sie nach: tinyurl.com/ndtcvnl

Mehr dazu und weitere aktuelle, informative Beiträge unserer Expertinnen und Experten lesen Sie unter blog.arbeit-wirtschaft.at

Wollen wir etwas?

Mit der jüngsten Konjunkturbelebungscheinung scheinen zumindest in Österreich und Deutschland die stürmischsten Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise überwunden. Doch machen wir uns keine Illusion: Solange das Finanzsystem labil bleibt, ist eine Rückkehr zu wirtschaftlicher Stabilität wenig wahrscheinlich, und mit der schwerwiegendsten Folge der Krise, der Massenarbeitslosigkeit, wird Europa noch lange zu kämpfen haben. In Europa und Österreich versuchen manche Kräfte, die Krise für einen neuen Ruf nach Bescheidenheit zu instrumentalisieren: Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und jetzt gehe es um Zurückhaltung bei Löhnen und Sozialleistungen, kurz um Kostensenkungen für die Unternehmen.

Wir sind wettbewerbsfähig

Selbstverständlich sind uns wettbewerbsfähige Betriebe ein Anliegen, sie bilden eine wichtige Basis für den Wohlstand. Ihre Wettbewerbsfähigkeit beweisen Österreichs Unternehmen jeden Tag in reger Industrieproduktion und hohem Export. In einem offensiven wirtschaftspolitischen Konzept muss sie durch verstärkte Anstrengungen in Aus- und Weiterbildung, Forschung und Innovation abgesichert werden. Die ganze Welt kauft österreichische Produkte. Doch wie lange werden wir selbst uns diese Produkte noch leisten können, wenn die Einkom-

men nicht ausreichend steigen? Es ist doch bemerkenswert, in welchem hohen Ausmaß die Exportgewinne für Dividendenausschüttungen und damit weitere Vermögenskonzentration volkswirtschaftlich verschwendet werden, statt sie produktiv für höhere Löhne, Investitionen und Innovationen zu nutzen.

Damit sind wir mitten in den sozialen Auseinandersetzungen um die Verteilung von Wirtschaftsleistung und Volkseinkommen. Sie werden ohne Zweifel an Intensität gewinnen. Kräftiges Wirtschaftswachstum ist in absehbarer Zeit angesichts der Lage im Banken- und Finanzsystem wenig wahrscheinlich, zudem bestehen angesichts des hohen Ressourcenverbrauchs berechtigte Zweifel an seiner Nachhaltigkeit. Wächst der Kuchen langsamer, dann wird der Streit um seine Verteilung heftiger werden.

Wir kämpfen um Verbesserungen

Dabei ist unsere Position klar: Finanzsystem und Vermögende haben über unsere Verhältnisse gelebt. Ein Zurückdrängen ihrer Ansprüche an das Sozialprodukt schafft Raum für sozialen Fortschritt. Realistisch gesehen besteht für den großen Ausbau des Sozialstaates derzeit wenig Chance. Doch wir wollen um die dringend notwendigen Verbesserungen bei Kindergärten und Ganztagschulen, Pflege und Sozialarbeit kämpfen. Diese

sind ohne Zweifel auch finanzierbar, durch Umschichtungen von Geld- zu Sachleistungen und einen größeren Beitrag von Reichen und Erben zum Sozialstaat.

Wem gehört die Welt?

Die Spielräume im Budget sind generell knapp. Das ist noch immer Folge von Bankenhilfen und Finanzkrise, deren Verursacher wir noch stärker zur Finanzierung des Staatshaushalts heranziehen wollen. Die weitere Verringerung des Budgetdefizits und der Abbau der Staatsschulden bleiben ein Gebot der Stunde: Wir wollen die Abhängigkeit von den Finanzmärkten verringern und Spielräume für die Finanzierung sozialen Fortschritts gewinnen. Deshalb muss die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften einen prominenten Platz auf der politischen Agenda behalten, trotz oder vielmehr wegen des heftigen Widerstands. Dieser Widerstand zeigt: Bei den Vermögenssteuern geht es nicht nur um eine faire Verteilung der Abgabenbelastung. Mit diesem Thema wird auch die Machtfrage gestellt.

Und genau das wollen wir tun, die Frage stellen, wem die Welt gehört: Der breiten Masse an Menschen, die von Leistungseinkommen aus Arbeit leben oder den wenigen, die ihr Millionenvermögen „arbeiten“ und ihren Einfluss auf Politik und Medien spielen lassen?

Andor, László: ungarischer Ökonom, geb. 1966; seit 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration. Andor gilt als eher linksorientierter Wirtschaftsfachmann und der ungarischen sozialistischen Partei (MSZP) nahestehend. (Seite 18)

Antithese: einer These entgegengesetzte Behauptung; Unterschiede können dadurch besonders hervorgehoben werden. (Seite 12)

Austerität: Disziplin, Entbehrung, Sparsamkeit; der Begriff wird heute vor allem in ökonomischem Zusammenhang gebraucht und bezeichnet eine Budgetpolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt (Austeritätspolitik). Ob die Kürzung staatlicher Ausgaben tatsächlich geeignet ist, besonders in Krisenzeiten wirtschaftliche Stabilität herzustellen und die nationale Handlungsfähigkeit nachhaltig zu erhöhen, wird von vielen Expertinnen und Experten bezweifelt. Einschnitte in den Staatshaushalt und in das Investitionsbudget würden die Wirtschaftskraft eines Landes eher schwächen. Erfolgt die Austeritätspolitik zur Verhinderung eines Staatsbankrotts als Reaktion auf Überschuldung des Staatshaushalts, gibt es kaum Alternativen, da internationale Kreditgeber nicht mehr bereit sind, weitere Kredite zu gewähren. (Seite 38)

demissionieren: von einem Amt zurücktreten (Seite 11)

Europäischer Rat: 1974 geschaffenes Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU, das mindestens zweimal jährlich zusammentritt (EU- bzw. G20-Gipfel). Er ist nicht an laufenden Entscheidungen der EU beteiligt, sondern dient dem Austausch zwischen den EU-Staaten und soll Impulse für weitere Entwicklungen setzen. Der Präsident, seit 2009 Herman Van Rompuy, wird für jeweils zweieinhalb Jahre gewählt. Ende 2009 wurde der Europäische Rat mit dem Vertrag von Lissabon ein offizielles Organ der EU. (Seite 36) tinyurl.com/omlzn93

Ford, Henry: US-Unternehmer (1863–1947), er gründete 1903 in Detroit ein Automobilunternehmen und setzte als einer der ersten auf Fließbandproduktion. Außerdem bezahlte Ford seinen Angestellten ungewöhnlich hohe Löhne und ermöglichte diesen auch Firmenbeteiligungen, damit die ArbeiterInnen zum Wohle der US-Wirtschaft ihr Geld für (in Massenproduktion hergestellte) Waren ausgeben konnten. Nach seinem Rückzug aus der Firma widmete sich Henry Ford hauptsächlich der Verbreitung des Antisemitismus. Die Ford Motor Company ist heute der fünftgrößte Automobilhersteller weltweit. (Seite 36)

Frisch, Max: Schweizer Schriftsteller (1911–1991), der sich immer wieder auch politisch engagierte. Werke: Stiller, Biedermann und die Brandstifter, Andorra, Mein Name sei Gantenbein. (Seite 34)

Hanusch, Ferdinand: österreichischer sozialdemokratischer Politiker (1866–1923); 1918–1920 Minister für soziale Fürsorge/Verwaltung, in diese Zeit fällt unter anderem die Gründung der Arbeiterkammer. Außerdem etablierte Hanusch eine moderne Sozialgesetzgebung mit Krankenkassen, 48-Stunden-Woche, Verbot von Kinderarbeit, Arbeitslosenversicherung, Betriebsrätegesetz etc. (Seite 11)

Hochfrequenzhandel: mit spezieller Computersoftware betriebener Wertpapierhandel, der durch extrem kurze Haltefristen und hohe Renditen gekennzeichnet ist. 2010 soll der „Sekundenhandel“ bereits über 50 Prozent des Umsatzvolumens im US-Aktiengeschäft betragen haben. Die US-Börsenaufsicht SEC kündigte eine verstärkte Überwachung des Hochfrequenzhandels an, nachdem eine US-Aktienhandelsgruppe 2012 durch einen Softwarefehler in 45 Minuten 440 Millionen Dollar verloren hatte. Italien hat als erstes Land der Welt Anfang September 2013 eine Steuer auf Hochfrequenzgeschäfte eingeführt. Händler müssen 0,02 Prozent auf Geschäfte zahlen, die innerhalb einer halben Sekunde ausgeführt werden. An der Wiener Börse spielt der Sekundenhandel angeblich eine untergeordnete Rolle. Laut Expertinnen und Experten wird die von elf EU-Staaten geplante Finanztransaktionssteuer über 0,01 Prozent den Hochfrequenzhandel eindämmen bzw. dessen negative Auswirkungen wie dramatische Kursstürze verhindern. (Seite 22)

Immission: Einwirken von Luftverunreinigungen auf Organismen; zu den immissionsseitigen Maßnahmen zählen etwa Lärmschutzfenster. (Seite 27)

Kernarbeitsnormen: Die ILO (International Labour Organization) hat vier Grundprinzipien: Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung von Kinderarbeit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Diese Prinzipien wurden in acht Übereinkommen, den Kernarbeitsnormen, konkret ausgestaltet. (Seite 42)

Leser, Norbert: österreichischer Sozialphilosoph, geb. 1933, der vor allem durch seine kritische Beschäftigung mit der Sozialdemokratie und dem Austromarxismus bekannt wurde. (Seite 12)

Matthäus-Prinzip (Effekt): These der Soziologie, nach der Erfolge mehr durch frühere Errungenschaften als durch gegenwärtige Leistungen erzielt werden. Erfolge rufen demnach immer neue Erfolge hervor. Begründet ist dies darin, dass Erfolge stärkere Aufmerksamkeit erregen, die wiederum Ressourcen eröffnet, mit denen das Erzielen weiterer Erfolge wahrscheinlicher wird. Der Begriff bezieht sich auf einen Satz aus dem Matthäusevangelium: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat.“ (Seite 37)

Migrationshintergrund: Die EU definiert Menschen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden als Personen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe lässt sich in Migrantinnen und Migranten der ersten Generation (Personen, die selbst im Ausland geboren wurden) und in Zuwanderinnen/Zuwanderer der zweiten Generation (Kinder von zugewanderten Personen, die aber selbst im Inland zur Welt gekommen sind) unterteilen. (Seite 34)

Millenniumsziele: Acht Entwicklungsziele der Vereinten Nationen für das Jahr 2015, die im Jahr 2001 von Weltbank, IWF, Vereinten Nationen und dem Entwicklungsausschuss Development Assistance Committee der OECD formuliert worden sind. Diese wurden aus der Millenniumserklärung abgeleitet, die im Rahmen

des sogenannten Millennium-Gipfels von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die Ziele sind: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Primärschulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter, Senkung der Kindersterblichkeit, verbesserte Gesundheitsvorsorge für Mütter, Bekämpfung von HIV und anderen schweren Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit, Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung. (Seite 43)

Negt, Oskar: deutscher Sozialphilosoph, geb. 1934. Seit den frühen 1960er-Jahren ist er den Gewerkschaften eng verbunden; 1994 begründete Negt die Loccum Initiative kritischer Wissenschaftler mit, die sich nach eigenen Angaben aus Sorge um „die geistig-politische Vorherrschaft konservativer und neo-liberaler Ideologien im öffentlichen Leben“ zusammgefunden hatte. In seinen jüngsten Büchern beschäftigte Negt sich hauptsächlich mit den Themen Arbeit, Würde und Globalisierung. (Seite 13)

nivellieren: aus- bzw. angleichen (Seite 18)

Pelinka, Anton: österreichischer Politikwissenschaftler, geb. 1941. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Politisches System und Politische Kultur in Österreich und die vergleichende Parteien- und Verbändeforschung. Österreich betreffend ist er ein gefragter Experte für die Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. (Seite 12)

Pflegefonds: Im Zuge des Stabilitätspakets 2012–2016 haben sich Bund, Länder und Gemeinden darauf geeinigt, zur Sicherstellung der Pflege über das Jahr 2014 hinaus den 2011 eingerichteten Pflegefonds für die Jahre 2015 und 2016 mit insgesamt weiteren 650 Mio. Euro zu dotieren. Mit der Novelle zum Pflegefondsgesetz wurden 2013 unter anderem Maßnahmen zur Flexibilisierung der Mittelvergabe etabliert und ein Richtversorgungsgrad festgelegt. (Seite 32)

Richtwertmietsystem: Gilt für Wohnungen in mehrgeschossigen Häusern, die vor 1945 erbaut wurden. Es legt fest, wie viel Miete pro Quadratmeter zu zahlen ist, auch unter Berücksichtigung verschiedener Zu- und Abschläge, etwa für Lage oder Ausstattung der Immobilie. Der Richtwert variiert je nach Bundesland, in ganz Österreich fallen rund 500.000 Wohnungen in dieses System, das aufgrund undurchsichtiger Zusammensetzungen der Zuschläge laut AK nicht funktioniert, um die Mieten zu begrenzen. (Seite 22)

Rot-Weiß-Rot-Card: 2011 mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz eingeführter Aufenthaltstitel, mit dem qualifizierte Zuwanderung aufgrund festgelegter klarer und transparenter Kriterien sowie ohne Quotenregelungen erfolgen soll. Die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ wird erteilt an: besonders Hochqualifizierte, Fachkräfte in Mangelberufen, sonstige (unselbstständige) Schlüsselkräfte, Studienabsolventinnen und -absolventen, selbstständige Schlüsselkräfte. (Seite 35)

Sallinger, Rudolf: österreichischer VP-Politiker (1916–1992), 1964–1990 Präsident der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft. Sallinger galt als „Königsmacher“ von Erhard Busek und Wolfgang Schüssel. (Seite 13)

Verlag des Österreichischen
 Gewerkschaftsbundes GmbH
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien
 Telefon: +43 1 405 49 98-132
 Fax: +43 1 405 49 98-136
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

HETZER STOPPEN!

Propaganda entlarven. Vorurteile entkräften. Im Betrieb. Am Stammtisch. Bei öffentlichen Veranstaltungen.



Varia

Willi Mernyi, Michael Niedermair

Hörbuch || 2013 || 88 Minuten || EUR 9,90

ISBN: 978-3-7035-1628-3

Das Hörbuch wendet sich an Menschen, für die Zivilcourage mehr ist als ein Schlagwort. Es ist für diejenigen, die dem demagogischen Klima, das sich am Arbeitsplatz, im persönlichen Umfeld und in der Öffentlichkeit auszubreiten droht, etwas entgegensetzen wollen.

Mit Hilfe dieses Hörbuchs sind die Tricks der Demagogen und Hetzer zu durchschauen. Es enthält die Informationen und Tipps, die konkret helfen können, in schwierigen Gesprächssituationen Vorurteile zu entkräften und Menschen für sich zu gewinnen. Es werden jene Methoden vorgestellt, die man braucht, um die Attacken demagogischer Hetzer erfolgreich abzuwehren:

- » Hetzer und ihre Propaganda entlarven
- » Psychologische Aspekte in demagogischen Gesprächssituationen
- » Die Macht der Vorurteile und Möglichkeiten, sie zu entkräften
- » Die entscheidenden Schritte zum erfolgreichen Konter
- » Was wir von Demagogen und Hetzern lernen können, ohne selbst welche zu werden
- » Viele Praxis-Beispiele und konkrete Tipps.

Weitere Infos unter:

www.hetzerstoppen.at

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || per Telefon: +43 1 405 49 98-132

in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

 **JA, ICH BESTELLE ...**
 Anzahl der Exemplare

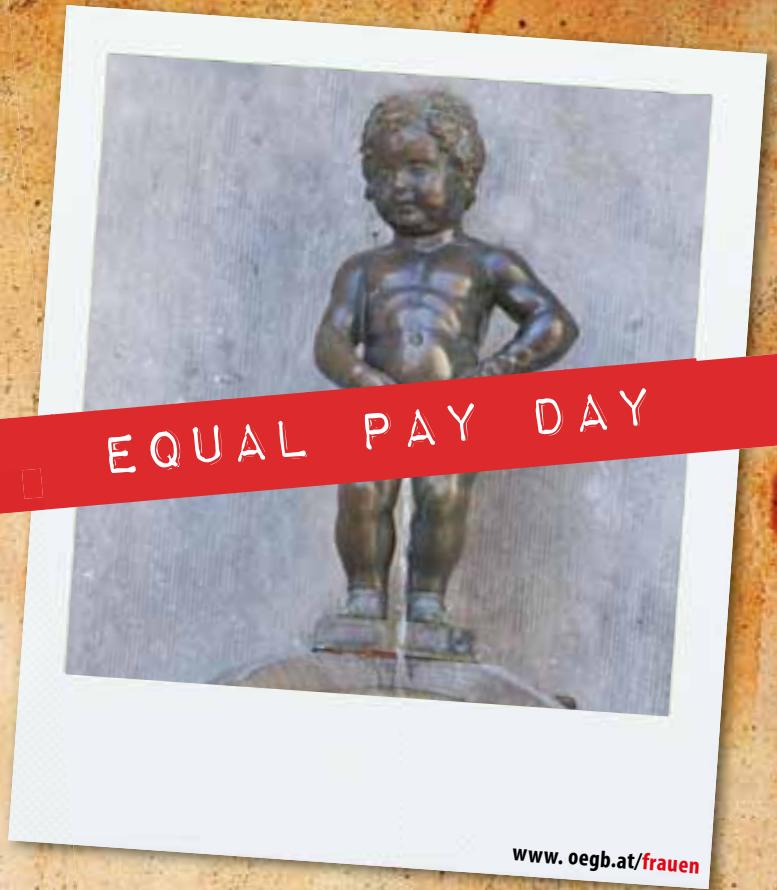
Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

Wieso ist seine Arbeit mehr wert?

8. OKTOBER 2013

EQUAL PAY DAY

Im Schnitt verdienen Frauen
in Österreich 2013 um 23,2 Prozent
weniger als Männer.
2004 waren es 27,3 Prozent.
Die Einkommensschere
muss sich viel schneller schließen!



www.oegb.at/frauen

Wir scheren uns drum!

OGB FRAUEN

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPOSTAMT 1230 WIEN